



## Gelungener Übergang im Zeichen von Kontinuität

Timo Lichtenthäler ist neuer Landesvorsitzender

Beilage:  
Schuljahres-  
planer  
2016/2017

- Hauptversammlung:** Wir brauchen die richtigen politischen Antworten
- Generationenwechsel:** Neue Bezirksvorsitzende
- Datenschutz:** Umgang mit Schülerdaten
- Fachtagung:** Begabung als Chance nutzen
- Beihilfebescheide:** Auf Wunsch elektronisch

# Inhalt der Ausgabe Juni 2016

## Titelthema

### ▶ Hauptversammlung 2016 ..... 5



Bernd Karst: Verband Reale Bildung – dieser Name begleitet uns zeitübergreifend ..... 6

Auszüge aus den Grußworten der Parteien ..... 8

Bernd Karst: Herausforderungen der Schulpolitik ..... 9

### Ehrungen

▶ Bernd Karst: Zum Ehrenvorsitzenden ernannt ..... 12

▶ Gudrun Deck – was zu organisieren war, wussten wir in sicheren Händen ..... 13

▶ Wilfried Rausch: „Ein starkes Plus muss her!“ ..... 14

▶ Wolfgang Häring hat die „Erziehungsoffensive“ ins Leben gerufen ..... 15

▶ Wolfgang Seebach hat die Kassenführung neu ausgerichtet ..... 16

Neuwahlen des Landesvorstandes 2016–2020 ..... 17

Beschlossene Anträge ..... 18

Festveranstaltung: Wir brauchen die richtigen politischen Antworten ..... 20

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler: Unsere Koordinaten: Wertschätzung – Arbeitsplatz – Unterrichtsqualität ..... 22

Ministerin Vera Reiß: Die Realschule plus ist eine attraktive Alternative zum Gymnasium ..... 27

Table Talk mit den bildungspolitischen Sprecherinnen ..... 32

### Bildungspolitik

Pinnwand ..... 34

Inklusion als Sparpaket? ..... 34

▶ Bundesfachtagung: Begabung als Chance nutzen ..... 36

OECD-Bericht: Armut und Migration als Bildungsbremse? ... 39

**VRB-Pressemitteilung:** Hoher Nachhilfebedarf als Folge einer falschen Schulwahl ..... 40

### VRB-Verbandsarbeit

dbb Frühjahrssitzung des Landes- und Hauptvorstandes ..... 41

Seniorensseminar: Gesundheit und Pflege im Alter ..... 42

## Schule in Rheinland-Pfalz

Pinnwand ..... 43

VRB und Philologenverband im Gespräch: Wir wollen eine starke Realschule plus ..... 43

Dr. Hubig als neue Bildungsministerin am Start ..... 44

**VRB-Pressemitteilung:** VRB fordert Kursstabilität ..... 45

Kurz-Interview mit Vera Reiß ..... 45

## Schule und Recht

Pinnwand ..... 46

Digitalisierung: eBescheid Beihilfe ..... 46 ◀

Recht an Schulen: Datenschutz bei Verwendung personenbezogener Daten in der Schule? ..... 47 ◀

Neue Regelung für Elternzeit von Beamten in Rheinland-Pfalz ..... 49

## Lehrerbildung

Studienseminar in Mainz: VRB begrüßt neuen Anwärterjahrgang ..... 50

## Unterrichten – Pädagogik, Didaktik und Methodik

Pinnwand ..... 51

## VRB-Bezirke



### Generationenwechsel: Neue Bezirksvorsitzende ..... ◀

**Bezirk Neustadt:** Personalräte-Fortbildung: Personalplanung und Dienstvereinbarung ..... 52

Bezirksversammlung: Reale Bildung verbindet ..... 53

**Bezirk Koblenz:** Personalräte-Fortbildung: Die Schulstatistik ist kein Hexenwerk ..... 55

Bezirksversammlung: Aufbruchstimmung für Reale Bildung ..... 57

**Bezirk Trier:** Personalräte-Fortbildung: Schwerpunkte: Personalversammlung und Gliederungsplan ..... 59

Bezirksversammlung: Kompetent in eigener Sache ..... 60

## Kurz notiert: Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche ..... 62

VRB-Handbuch: 56. Ergänzung vor der Auslieferung ..... 64

DADA 100: Hannah Höch in der Kunsthalle Mannheim ..... 65

## KlarText!

Realschule plus stärken – von bildungspolitischen Dogmen befreien ..... 46



## Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Wochen wurden viele Weichen neu gestellt.

Die Frage, wie es nach den Landtagswahlen weitergeht, ist bislang erst in Ansätzen beantwortet. Die Regierungskoalition ist keine Standardkonstellation. SPD, FDP und GRÜNE haben einen Koalitionsvertrag vorgelegt, der Bildung Vorrang gibt. Die Regierung verpflichtet sich, die Schulart Realschule plus zu stärken. In seinem Leitartikel durchleuchtet Timo Lichtenthäler das Regierungsprogramm und sieht Vieles verhandelbar. Michael Eich hinterfragt im Klartext die Bereitschaft der Koalitionäre, parteipolitische Dogmen zu überwinden.

Dr. Stefanie Hubig hat überraschend Vera Reiß abgelöst. Wir stellen die neue Ministerin vor. Und Frau Reiß lässt uns in einem Kurzinterview wissen, was sie beim Blick nach vorne sieht und was sie aus 22 Jahren im Bildungsministerium mitnimmt.

Schwerpunktthema dieses Heftes ist die VRB-Hauptversammlung. Auch sie hat personell und inhaltlich Weichen gestellt.

Bernd Karst, der nach drei Wahlperioden nicht mehr kandidierte, wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Neuer Landesvorsitzender ist Timo Lichtenthäler. Er überzeugt in seiner ersten Grundsatzrede. Seine programmatischen Koordinaten sind Wertschätzung – Arbeitsplatz – Unterrichtsqualität. Michael Eich hat den Posten des Chefredakteurs gegen das Amt des

stellvertretenden Landesvorsitzenden eingetauscht. Er bleibt allerdings im Redaktionsstab, sodass Sie auch künftig seine Handschrift erkennen werden.

Die Anträge, welche die Hauptversammlung verabschiedete, zielen auf eine Stärkung der Realen Bildung und zugleich auf eine Verbesserung der beruflichen Rahmenbedingungen für alle Lehrkräfte, die an den Realschulen plus und Gesamtschulen unterrichten.

Spannender Abschluss der Hauptversammlung war ein Table-Talk mit den bildungspolitischen Sprecherinnen der Parteien. Sie kommunizierten parteipolitisch unterschiedliche Standpunkte, und sie reflektierten Möglichkeiten der Umsetzung von Forderungen, die Heinz-Jörg Dähler und Michael Eich gezielt an sie richteten.

In den Bezirken wurden ebenfalls neue Weichen gestellt. Der VRB hat auch hier einen Generationenwechsel in Gang gesetzt: Unser Verband nutzt weiterhin die Potenziale erfahrener Vorstandsmitglieder, Ältere und Jüngere stehen solidarisch füreinander ein. Saskia Tittgen (Bezirk Neustadt), Bengjamin Bajraktari (Bezirk Koblenz) und Christoph Krier (Bezirk Trier) verbreiten Aufbruchstimmung für die Reale Bildung.

Darüber hinaus gibt es noch mehr in dieser Ausgabe zu entdecken.



Bernd Karst beispielsweise berichtet, wie die Bildungsminister und Senatoren der 13 sogenannten A-Länder die Förderung leistungsstarker oder besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler forcieren wollen. Und im Interview Wilfried Rauschs mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu wird der Umgang mit Schülerdaten auf mobilen Endgeräten und in sozialen Netzwerken erläutert.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen erholsame Ferien. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben. Haben Sie Anregungen für die nächste Ausgabe?

Ihr

## Impressum

### Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung  
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

### Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler  
Felix-Blass-Straße 2  
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler  
Tel: 0 26 41 / 9 11 72 84  
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

### Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Martin Radigk  
Nachtigallenweg 55  
67346 Speyer  
Tel: 0 62 32 / 4 04 44  
Fax: 0 62 32 / 1 21 33 18  
schatzmeister@vrb-rlp.de

### Redaktion

Wolfgang Wünschel  
Am Schlossberg 20  
76835 Hainfeld  
Tel: 0 63 23 / 8 18 77  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

### Layout

Daniela Boudgoust  
www.bizzdesign.de

### Auflage und Druck

5.000 Stück,  
flyeralarm GmbH, Würzburg

### Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

### Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

### Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.

## Der Koalitionsvertrag steht, aber vieles bleibt weiter verhandelbar



Am 18. Mai 2016 fand die konstituierende Sitzung des neuen rheinland-pfälzischen Landtages statt. Seit diesem Tag wird unser Bundesland nun offiziell für die kommenden fünf Jahre von einem Regierungsbündnis aus SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN regiert. Mit Blick auf den Bildungsbereich gab es strukturelle und personelle Veränderungen. Die Koalitionspartner vereinbarten, die Ressorts Bildung und Wissenschaft voneinander zu trennen und ein neues Ministerium zu installieren. Der Koalitionsvertrag untergliedert sich in 27 Kapitel und startet in Kapitel Eins mit dem Thema Bildung. Das mag eine besondere Wertschätzung und Priorisierung signalisieren. Inhaltlich bieten die Aussagen allerdings wenig Konkretes. Vieles bleibt somit weiter verhandelbar.

### Neue Bildungs- und Wissenschaftsministerien geleitet von neuen Ministern

Wir gratulieren der Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig und dem Wissenschaftsminister Prof. Dr. Konrad Wolf zu ihren Ämtern. Der VRB wünscht beiden einen erfolgreichen Einstieg in ihr neues Aufgabenfeld. Mit Blick auf die Herausforderung, Reale Bildung zu stärken, bieten wir eine konstruktive schul- und bildungspolitische Zusammenarbeit an. Reale Bildung muss sowohl für die Realschule plus als auch für die Gesamtschulen weiter ausgebaut sowie personell und materiell besser ausgestattet werden. Gleichzeitig danken wir der scheidenden Bildungsministerin Vera Reiß für die vertrauensvolle

Zusammenarbeit und den stets konstruktiven bildungspolitischen Dialog.

### Gute Schulen brauchen gute Arbeitsbedingungen

Der verabschiedete Koalitionsvertrag unterstützt die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Bezogen auf die Realschule plus beabsichtigt die Landesregierung eine breit angelegte Informationskampagne. Diese ist aus unserer Sicht aufgrund des teilweise in der Öffentlichkeit bestehenden Informationsdefizits unabdingbar. Doch mit einer Imagekampagne allein ist es nicht getan. Eine Aufwertung der Schulart Realschule plus muss sich auch spürbar in den personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen abbilden. Wer gute Schulen mit gesunden und motivierten Lehrkräften haben will, der muss auch gute Arbeitsbedingungen sicherstellen. Die diesjährige Hauptversammlung hat in ihren Anträgen ein Forderungspaket geschnürt, das aufzeigt, was die Mitglieder des VRB unter zukunftsorientierter Schul- und Unterrichtsentwicklung verstehen.

### Der Unterrichtsausfall ist weiterhin vorprogrammiert

Die im Koalitionsvertrag anvisierte 100-prozentige Unterrichtsversorgung ist aus unserer Sicht ein „alter Hut“. Seit Jahren bestätigt sich, dass die Statistik am Anfang eines Schuljahres nicht mit dem tatsächlichen Personalbedarf im laufenden Schuljahr übereinstimmt. Der VRB fordert seit Jahren eine Unterrichtsversorgung von „100 plus 5 Prozent“ als Voraussetzung für eine personelle Handlungsfähigkeit der Schulen. Der tatsächliche Unterrichtsausfall ist immer noch viel zu hoch. Eine neue Landesregierung kann diese Situation nicht hinnehmen. Junge engagierte Lehrkräfte stehen reichlich zur Verfügung. Sie wollen ihren Beruf ausüben und können mit ihrer Einstellung in den Schuldienst dazu beitragen, dass beispielsweise die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zum stabilen Angebot einer Schule gehört.

Bedauerlich finden wir die Tatsache, dass im Koalitionsvertrag keine konkreten Aussagen zum notwendigen Ausbau der

Schulsozialarbeit und Schulpsychologie enthalten sind.

Die beabsichtigte Bereitstellung von 48 neuen Funktionsstellen als Anerkennung des enormen Aufgabenzuwachses an den Realschulen plus entspricht einer langjährigen Verbandsforderung. Mit Blick auf die insgesamt 190 Realschulen plus kann dies jedoch bestenfalls als erster Schritt in die richtige Richtung bewertet werden.

Wir blicken gespannt auf die weiteren schul- und bildungspolitischen Entwicklungen. Auch das laufende Schuljahr hat, u.a. ausgelöst durch gesellschaftliche Veränderungen im Zuge des Flüchtlingszustroms, viele Probleme und Defizite offenbart. Aus diesen Erkenntnissen müssen sich Verbesserungen ergeben, die wir als Interessenvertretung nachdrücklich einfordern.

Mit Blick auf die geplanten Personaleinsparungen in einem Volumen von 2000 Stellen im öffentlichen Dienst stellt der VRB klar: Unsere Schulen bedürfen hinsichtlich der Personalzuweisung einer handlungsfähigen Schulaufsicht! Bisherige Modellversuche, die Selbstständigkeit der Schulen bei der Personalisierung zu stärken, überzeugten nicht.

Die Hauptversammlung hat die Mitglieder des Landesvorstandes und der drei Bezirksvorstände mit überwältigender Mehrheit gewählt bzw. im Amt bestätigt. Für die den Vorständen entgegengebrachte Wertschätzung möchte ich Ihnen stellvertretend sehr herzlich danken.

Unser Verband nutzt auch weiterhin die Potenziale älterer Vorstandsmitglieder. Ältere und Jüngere stehen solidarisch füreinander ein. Die Altersstruktur unserer Mitglieder weist einen zunehmend hohen Anteil an jungen Lehrkräften auf. Der VRB hat darauf mit einem Generationenwechsel auf Landes- und Bezirksebene reagiert. Für die vorliegende Amtszeit bitte ich Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

*Timo Lieberknecht*

## ▶ TITELTHEMA

# Hauptversammlung 2016

Am 10. März 2016 fand in der Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim die 26. VRB-Hauptversammlung unter dem Motto „Bildung – real – zukunftsorientiert“ statt.



Eine Hauptversammlung ist ein Tag der Bilanz – Bilanz über vier Jahre Arbeit, in denen unser Verband große Herausforderungen zu bewältigen hatte. Der Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) hat sich nach Abschluss der Schulstrukturreform 2014 in Verband Reale Bildung (VRB) umbenannt. Diesem Schritt vorausgegangen war die Umbenennung unserer Zeitschrift in „Reale Bildung“. Der Vorstand hat darüber hinaus einen Generationenwechsel angebahnt, der mit der Vorstandswahl vollzogen wurde. Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir einen engagierten und abwechslungsreichen Tag. Wir setzen dabei folgende Schwerpunkte:

- ▶ Bernd Karst, der nicht wieder kandidierte, blieb sich in seiner großen Bilanzrede treu, indem er auch diesmal den Blick nach vorne richtete. Die Versammlung ehrte ihn mit dem Amt des Ehrenvorsitzenden für sein Lebenswerk.
- ▶ Es wurden Anträge verabschiedet, die Inklusion und Migration in den Blick nehmen, die Schulentwicklung steuern und das Unterrichten und Erziehen leistbar und erfolgreich machen sollen. Die Versammlung hat sich für eine professionelle Lehrerbildung eingesetzt und sich für unseren Nachwuchs stark gemacht.
- ▶ Timo Lichtenthäler, der neue Landesvorsitzende, strahlte Zuversicht aus und benannte die Eckpfeiler der realen Bildung: Breit ausgerichtete Differenzierung, konsequente Werteorientierung und ein klares Bekenntnis zum Leistungsgedanken. Er nutzte sein erstes Fernsehinterview als VRB-Landesvorsitzender, um unsere Kernforderungen zu verbreiten: Keine Klasse über 25, Unterrichtsversorgung „100 plus X Prozent“, ein multiprofessionelles Team in jeder Schule sowie die Reduzierung der Pflichtstunden aufgrund gewachsener außerschulischer Aufgaben.
- ▶ Die amtierende Ministerin Vera Reiß setzte sich ernsthaft mit dem Forderungskatalog des Vorsitzenden auseinander und berichtete von der Abkehr vom „Klemmabbaupfad“. Sie anerkannte, dass die Unterrichtsversorgung noch besser werden muss, dass Aufstiegsorientierung und Leistungsgedanken wichtig sind und dass Kraft gebraucht wird, Schulsozialarbeit zu stärken. Und sie signalisierte große Offenheit, die FOS weiterzuentwickeln.
- ▶ Mit einem zeitgemäßen Table-Talk erlebte die Hauptversammlung eine neue Form politischer Gespräche und bildungspolitische Sprecherinnen, die den Anforderungen voll und ganz gewachsen waren.

## Landesvorsitzender Bernd Karst: Verband Reale Bildung – dieser Name begleitet uns zeitübergreifend



**Bernd Karst dankte in seiner Begrüßung den anwesenden Mitgliedern für ihre Teilnahme an der 26. Hauptversammlung: „Sie setzen ein sichtbares Zeichen nach außen und dokumentieren, dass wir eine Solidargemeinschaft sind, die sich als starke Interessenvertretung für die beruflichen Belange der Lehrerinnen und Lehrer engagiert“. Die Begrüßungsrede ist nachfolgend zusammengefasst.**

### Teamarbeit und kontinuierlich erfahrene Unterstützung waren eine große Sicherheit

Wir resümieren heute die Herausforderungen, die uns in den vier Jahren der zurückliegenden Wahlperiode begegneten. Wie umfangreich und vielfältig die Aufgabenbereiche seit 2012 gewesen sind, entnehmen Sie dem 25-seitigen Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes. Zugleich blicken wir erwartungsvoll und mit berechtigten Forderungen in die Zukunft. Die aktuellen schulpolitischen Entwicklungen verlangten uns viel Energie ab. Es war für uns eine große Sicherheit, dass wir neben konstruktiver Kritik auch sehr große Unterstützung erfuhren.

Viele von Ihnen, die heute nach Ingelheim gekommen sind, engagieren sich tatkräftig im VRB – und alle stehen hinter unserem gemeinsamen Verband, sie stärken ihn und wollen ihn weiterentwickeln. Dafür danke ich Ihnen auch an dieser Stelle sehr herzlich.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben unsere Verbandsarbeit auch in dieser Wahlperiode in den verschiedenen Gremien ehrenamtlich getragen und mitbestimmt.

Für diesen Einsatz möchte ich den Delegierten, den Bezirksvorständen Koblenz, Neustadt und Trier, den Mitgliedern des Landeshauptvorstandes und des Landesvorstandes sehr herzlich danken. VRB-Arbeit war und ist traditionell Teamarbeit. Die Solidarität innerhalb unseres Verbandes hat die Bewältigung der immens gewachsenen Aufgaben und das Angehen der schwieriger gewordenen Herausforderungen wesentlich erleichtert.

### Reale Bildung besitzt einen zunehmend höheren Stellenwert

Das Motto der Hauptversammlung „Bildung real zu-

kunftsorientiert“ beschreibt prägnant das Profil der Realschule plus und deutlich erkennbar auch das Profil der Integrierten Gesamtschule. Reale Bildung prägt die lange Geschichte unseres Verbandes. Unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt sind auf das schulische Angebot realer Bildung angewiesen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, der Realen Bildung perspektivisch einen höheren Stellenwert einzuräumen. Gleichermaßen haben unsere Kolleginnen und Kollegen, die Reale Bildung vermitteln, sei es an Realschulen plus oder an Integrierten Gesamtschulen, Anspruch auf angemessene Wertschätzung, Anspruch auf einen adäquaten Arbeitsplatz und Anspruch auf Voraussetzungen, die eine optimale Unterrichtsqualität gewährleisten.

### Die notwendige Balance zwischen Tradition und Moderne

Der Verband Reale Bildung ist vor zwei Jahren aus dem Verband Deutscher Realschullehrer hervorgegangen. Der VRB musste einen Balanceakt zwischen Tradition und Moderne vollführen. Der Übergang ist gelungen. Unsere Kolleginnen und Kollegen waren mit uns zu der Überzeugung gelangt: Wer rein nur an der Tradition festhält, verliert den Anschluss. Wer blind die Moderne bedient, verliert seine Identität. Identität definiert sich im VRB wesentlich über die Reale Bildung. Historisch gesehen zieht sich die Reale Bildung über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Verband Reale Bildung – dieser Name begleitet uns zeitübergreifend.

Die Anträge, die der Hauptversammlung vorliegen, zielen ab auf eine Stärkung der Realen Bildung und zugleich auf eine Verbesserung der beruflichen Rahmenbedingungen für alle Lehrkräfte, die an den Realschulen plus und Gesamtschulen unterrichten.

In drei Tagen finden Landtagswahlen statt. Die heutige Hauptversammlung bietet im Vorfeld ein spannendes Forum: Wir erwarten nicht nur die Bildungsministerin, sondern auch die bildungspolitischen Sprecherinnen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP. Welche Positionen vertreten sie? Wir werden heute deutlich machen: Reale Bildung ist unverzichtbar. Reale Bildung ist zukunftsorientiert. An der Realen Bildung kommt keine Partei vorbei. Reale Bildung funktioniert nur, wenn die Lehrkräfte, die die Reale Bildung vermitteln, Unterstützung und Wertschätzung erfahren.

### Personelle Vorsorge für eine zukunftsorientierte Verbandsarbeit

Wahlen finden auch heute statt: Gewählt wird ein neuer geschäftsführender Landesvorstand für eine Amtszeit von vier Jahren. Ein Verband, der sich das Motto „Bildung real zukunftsorientiert“ gibt, muss gleichermaßen sicherstellen, dass es auch in den eigenen Gremien gut weitergeht. Wir haben daher frühzeitig die personelle Vorsorge für eine zukunftsorientierte Verbandsarbeit getroffen. Aus diesem Grund blicken wir zuversichtlich über diesen Tag hinaus.

Einige langjährige Vorstandsmitglieder werden heute aus dem geschäftsführenden Landesvorstand ausscheiden und nicht mehr für ein Wahlamt kandidieren. Dazu gehören Gudrun Deck, Wolfgang Häring, Wilfried Rausch, Wolfgang Seebach und ich selbst.

Ich danke Ihnen für die geleistete Unterstützung. Blicken Sie mit mir auf eine Hauptversammlung mit zahlreichen Höhepunkten und wichtigen Entscheidungen.



## Auszüge aus den Grußworten der Parteien



Rheinland-Pfalz hat als erstes westdeutsches Flächenland umfassend die erforderliche Konsequenz aus verschiedenen Entwicklungen gezogen: aus der sich abzeichnenden demographisch bedingten Schülerzahlentwicklung, einem veränderten Bildungswahlverhalten der Eltern, einer hohen Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss und dem steigenden Bedarf der Wirtschaft an gut qualifiziertem Nachwuchs. (...) Die praxisorientierte Realschule plus hat sich als Schulform bewährt. Sie bietet eine klare Aufstiegsorientierung. Die einzelnen Bildungsabschlüsse bleiben so lange wie möglich für alle Schülerinnen und Schüler offen. Sie können immer wieder während ihrer Schulzeit den höheren Bildungsgang erreichen, bis zur Fachhochschulreife an den 32 Realschulen plus mit Fachoberschule.

*Alexander Schweitzer,  
Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion*

Die Realschule plus hat einen differenzierten Bildungszugang. Im Gegensatz zum Gymnasium werden die Berufsorientierung und die praxisorientierte Bildung betont. Dieses Pfund muss weiter gefördert und ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, die Ungleichbehandlungen der verschiedenen Schularten hinsichtlich der Planstellen und Lehrerstundenzuweisung sowie der Anmeldetermine abzubauen. (...) In den jüngsten Haushaltsberatungen haben wir deshalb 600 zusätzliche Lehrerstellen mit dem Ziel einer vollständigen Unterrichtsversorgung gegenfinanziert. Auf diese Weise tragen wir auch dazu bei, den Junglehrkräften eine realistische und dauerhafte berufliche Perspektive zu bieten. Es muss endlich Schluss sein mit der gängigen Praxis, dass Lehrkräfte, obwohl sie strukturell zur Unterrichtsabdeckung gebraucht werden, jedoch mit immer neuen, prekären Kurzzeitverträgen abgespeist werden.



*Julia Klöckner,  
Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz*



Bei den derzeitigen Bemühungen, geflüchtete Kinder und Jugendliche, die zu uns kommen, schnell zu integrieren, nehmen die Realschulen plus mit ihrem starken Praxisbezug und den erprobten Konzepten zur Unterrichtung unterschiedlichster Schülerinnen und Schüler ebenfalls eine wichtige Rolle ein. (...) Vor dem Hintergrund der wachsenden Aufgabenvielfalt haben die Koalitionspartner in der Regierungsverantwortung zur Stärkung und besseren Personalausstattung der Realschule plus beigetragen und in einem ersten Schritt an den großen Realschulen plus das bisherige Funktionsstellentableau der Sekundarstufe I um die Funktionsstelle einer didaktischen Koordinatorin bzw. eines didaktischen Koordinators erweitert.

*Daniel Köbler,  
Fraktionsvorsitzender Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

Für die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge benötigen wir gut ausgestattete Realschulen plus. In den meisten Fällen werden die Kinder der Flüchtlinge nicht direkt eine akademische, sondern zunächst eine berufliche Ausbildung anstreben. Damit sind die Realschulen plus sowie die Berufsschulen im Land auch die für die Integration wichtigste Schulform. Investitionen in die Realschule plus sind Investitionen in Integration, in Chancengerechtigkeit und in die Zukunft eines Großteils unserer Kinder. Ein Meister ist etwas anderes als ein Master, aber er ist genauso wichtig. Es gibt für uns keinen richtigen oder falschen Bildungsweg, alle Bildungswege sollen und müssen die Schülerinnen und Schüler ihrem selbstgewählten Ziel näher bringen.



*Dr. Volker Wissing,  
Vorsitzender der FDP Rheinland-Pfalz*



## Landesvorsitzender Bernd Karst: Herausforderungen der Schulpolitik

**Bernd Karst, der seit 2005 das Amt des Landesvorsitzenden ausübt und nach drei Wahlperioden heute hierfür nicht mehr erneut kandidieren werde, bilanziert aus einer persönlichen Sicht schulpolitische Entwicklungen und zeigt zugleich Perspektiven auf. „Mit dem Blick in die Vergangenheit kann man die Gegenwart besser verstehen. Mit dem Blick auf die Gegenwart markiert man zugleich die Herausforderungen der Zukunft. Ich möchte mich weitgehend auf die Gegenwart und die Zukunft konzentrieren, wiewohl es mir verständlicherweise nicht leicht fällt, die vielen Erfahrungen und Erinnerungen in Schule und Verband, die ich mit zahlreichen Anwesenden teile, an dieser Stelle auszusparen.“ Seine Rede ist nachfolgend zusammengefasst.**



Schule existiert nicht für sich, sie ist in die Gesellschaft eingebettet. Schule muss folglich auf Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt reagieren. Sie muss neue Aufgaben annehmen und sich verändern. Da Erziehung und Bildung auf Kontinuität angelegt sind, müssen Veränderungen mit Augenmaß erfolgen. Bewährtes muss erhalten werden und zugleich muss die notwendige Weiterentwicklung geleistet werden. Mit der Einbeziehung der Realien und der Praxis hatte bereits die Realschule das Nebeneinander von allgemeiner und beruflicher Bildung aufgehoben, ohne eine vertiefte Grundbildung zu vernachlässigen. Mit der Realschule plus hat sich das Spektrum realer Angebote erweitert und allgemeine und berufliche Bildung in eine lebhaft und lebendige Kooperation gebracht.

### Die Bildungserwartungen steigen heute weiter

Die Realschule hielt eine Vielzahl an Optionen offen und war auch deshalb bei Eltern und Abnehmern anerkannt. Entsprechende Erwartungen richten die Eltern auch an die Realschule plus. Die Forderung, dass die Realschule plus erfolgreich sein muss, ist daher berechtigt und nachvollziehbar. Landesregierung und Gesetzgeber haben mit der neuen Struktur versucht, ein breit gefächertes Bildungsangebot zu erhalten. Kooperative und integrative Realschulen plus ergänzen sich vielerorts durch eigene Profilbildungen. Unser VRB appellierte von Beginn an, beide Formen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern die jeweiligen Spezifika wertzuschätzen und zu unterstützen. Wir beobachten, dass das Bildungsministerium in dieser Frage bislang behutsam handelte, um zu vermeiden, dass die Bildungslandschaft bereits wenige Jahre nach Einführung der Realschule plus ins Wanken gerät. Schließlich wirken sich die Entwicklungen der Realschule plus in gravierender Weise auf die anderen Schularten aus. Im Laufe der schulischen Entwicklung müssen wir allerdings feststellen, dass der anfänglich gedachte Unterstützungsrahmen, wie die Reduzierung der Klassenmesszahlen in der Orientierungsstufe, die Schaffung einer Funktionsstelle als Pädagogischer Koordinator oder die Einführung der Fachoberschule nicht ausreicht, um das

deklarierte Plus zu rechtfertigen. Das Plus der Realschule Plus zu definieren, fällt deshalb auch nicht leicht.

### Was ist mit dem Plus gemeint?

Da die Realschule plus nach unserem Verständnis mehr sein muss als lediglich ein Konglomerat aus zwei zuvor eigenständigen Schularten, erwarten wir, dass mit dem Plus Qualitätsmerkmale verbunden werden, die über die anerkannten Merkmale der Vorgängerschularten hinausgehen. Unsere Erwartungen sind diesbezüglich nicht zu unserer Zufriedenheit erfüllt. Unsere Plakate mit der Aufschrift: „Ein starkes Plus muss her!“ sind daher immer noch griffbereit. Das Plus, das die Landesregierung beschreibt, deckt nicht unsere Vorstellungen, schon gar nicht unsere Vorstellungen von einem „starken Plus“.

Mehr Unterstützung würde dem Image der Realschule plus guttun und damit auch vielerorts den Standort sichern, weil Image und Akzeptanz eng miteinander verbunden sind. Die Politik muss sich mit Blick auf die verstärkten Schülerströme in Richtung Gymnasium die Frage stellen, ob sie diese Entwicklung forcieren will oder ob eine vernünftige Gegensteuerung erforderlich ist. Politik muss sich ohnehin bildungspolitisch stärker engagieren. Eine Leserumfrage der Allgemeinen Zeitung in der vergangenen Woche ergab, dass die Menschen „Bildungspolitik“ als wichtigstes von neun vorgegebenen Themenbereichen sehen. Das zeigt unmissverständlich, dass Bildungspolitik kein Nebenschauplatz werden darf.





### Gymnasium um jeden Preis?

Politik, die den Zugang zum Gymnasium ausschließlich dem Elternwillen überlässt, Politik, die auf Leistungsvoraussetzungen als Übergangskriterium gänzlich verzichtet, braucht sich nicht zu wundern, wenn sich die Schülerströme verändern. Politik, für die die Höhe der Sitzbleiberquote ein entscheidendes Kriterium ist, ob eine Schule pädagogisch erfolgreich arbeitet oder ob sie versagt, verlagert die Verantwortung für den Leistungserfolg vom Schüler auf den Lehrer. Erfreulicherweise entscheidet sich die Mehrheit der Lehrkräfte nach wie vor für eine lern- und leistungsorientierte Schule. Der VRB hat kein Verständnis für ein leistungsentkoppeltes Durchwinken von einer Klassenstufe zur nächsthöheren Klassenstufe. Daher bedeuten Klassenwiederholungen oder gegebenenfalls auch ein Schulwechsel kein Drama, sie bieten vielmehr auch Chancen, Chancen für einen erfolgreichen Neustart.

Ein Schulwechsel vom Gymnasium zur Realschule plus wird mittlerweile offiziell als „Abschulung“ bezeichnet. „Berührt, geführt!“ – abgeleitet aus den Schachregeln – heißt die Vorgabe der KMK. Kurzum: Die Schule, die den Schüler einschult, soll ihn gefälligst auch zum Abschluss führen. Eine solche Aufforderung basiert auf Ideologie, aber nicht auf Pädagogik. „Berührt, geführt!“ – Eine solche Aufforderung macht selbst eine unverbindliche Grundschulempfehlung im Nachhinein überflüssig.

Die einstige Befürchtung, dass das Gymnasium nicht mehr generell die Studierfähigkeit vermittelt, ist längst Realität geworden. Und so entwickelt sich schleichend eine Schule für alle, ohne dass sie schulrechtlich als solche verankert werden müsste. Dem muss politisch Einhalt geboten werden.

Warum entscheiden sich relativ wenige junge Menschen, die Lehrer werden wollen, für das Lehramt an der Realschule plus? Weil sie die unterschiedlichen Rahmenbedingungen während ihrer schulpraktischen Ausbildung kennenlernen und miteinander vergleichen. Politik, die

Realschulen plus nur stiefmütterlich ausstattet, Sanierungen verschleppt, notwendige sächliche Anschaffungen verzögert oder verweigert, Investitionen für einen zeitgemäßen Unterricht versagt, weil sich die Elternlobby an dieser Schulart nur moderat artikuliert, stellt die äußere und innere Attraktivität dieser Schule in Frage. Politik, die einerseits den Facharbeitermangel beklagt und andererseits alle Anstrengungen unternimmt, um einseitig den Akademisierungsgrad der Gesellschaft zu fördern, handelt widersprüchlich.

### Was erwarten wir von der künftigen Landesregierung?

Wir erwarten von der künftigen Landesregierung ein Umdenken in Richtung Stärkung der „Realen Bildung“ und damit eine Stärkung der Realschule plus und der Integrierten Gesamtschulen. Für die Lehrerinnen und Lehrer an der Realschule plus und auch für die Lehrkräfte an Gesamtschulen müssen die bestehenden Arbeitsbedingungen verbessert werden – und zwar nicht durch ein Stündchen Entlastung hier oder eine kleine Anrechnung dort. Massive Unterstützungsmaßnahmen müssen ergriffen werden vor dem Hintergrund des unverkennbar enormen Aufgaben- und Belastungszuwachses.

Das eingerichtete Institut für Lehrergesundheit weist auf die besondere Belastung der Lehrkräfte an den Realschulen plus hin. Es kann nicht angehen, dass es noch Jahre dauert, bis dem Faktum Rechnung getragen wird. Neue, langfristige angelegte Befragungen sollen ergeben, worauf diese besonderen Belastungen zurückzuführen sind. Mit diesem Versuch eines Zeitgewinns werden unmittelbar notwendige Entscheidungen verschoben. Das widerspricht jeglicher Fürsorgepflicht. Die Fakten sind auch ohne vermeintlich wissenschaftliche Befragungen unübersehbar: Die neuen Erwartungen überfordern den Lehrer: Migration, Inklusion, Ganztagsbetreuung und Ganztagerziehung – und Elternschelte, wenn das eigene Kind versagt.

Das Ministerium möchte das Image der Realschule plus aufwerten. Es gibt zahlreiche Beispiele und Wege, die dem Anliegen dienen. Wirksam sind die Beispiele jedoch nur, wenn sie mit aktiven Unterstützungsmaßnahmen verbunden werden. Die Einführung eines Didaktischen Koordinators ist eine solche Unterstützung. Wir haben



diese zusätzliche Funktionsstelle immer wieder gefordert. Dass sie vorerst nur den großen Schulen vorbehalten bleibt, kann man lediglich als Einstieg würdigen. Denn mit dieser Maßnahme sind die berechtigten Ansprüche der Realschule plus längst nicht befriedigt. Auch die kleinen Realschulen plus stehen vor großen, teilweise besonders schwierigen Herausforderungen.

### Politik wird dem Druck nicht widerstehen können

Ein Verband muss Unangenehmes artikulieren. Aber er muss zugleich auch mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Die Politik wird zunehmend erkennen, dass sie sich den Herausforderungen der Realen Bildung nicht verschließen kann. Unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft brauchen die Reale Bildung an den Schulen. Die Politik wird daher lernen müssen, dass die Realschule plus nur dann zukunftsfähig ist, wenn das Plus den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehrerinnen und Lehrern tatsächlich Rechnung trägt. Sie wird dem Druck auf Dauer nicht widerstehen können.

Was bereits im Antrags- und Forderungskatalog meiner ersten Tagungsmappe der VDR-Hauptversammlung aus dem Jahr 1979 steht, gilt übertragen auch für die Zukunft. Dazu gehören:

- Eine gute Unterrichtsversorgung
- Überschaubare Klassengrößen in allen Klassenstufen
- Unterstützung der Erziehungsarbeit durch Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und weitere Institutionen
- Gerechte Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte und Schulleitungen
- Sichere Arbeitsplätze und eine an der wirtschaftlichen Entwicklung orientierte Besoldung im Beamtenstatus

Neue Aufgaben sind hinzugekommen. Aufgaben verändern sich infolge gesellschaftlicher Entwicklungen. Zu den aktuellen und künftigen Aufgaben gehören:

- die schulische Bewältigung der Migration
- die Inklusionsfrage
- die Bewältigung der schulischen Erziehungsaufgabe

Und all diese und andere Aufgaben sollen unter Beibehaltung der Leistungsansprüche erfüllt werden.



### Zuversichtlicher Blick in die Zukunft

Mich stört es immer, wenn der Lehrerberuf abwertend als „Job“ bezeichnet wird. Die Ansprüche, die an Lehrerinnen und Lehrer gerichtet werden, sind vielfältig und zunehmend differenziert. In einer beeindruckenden „Bildungs-Rede“ am 6. November 2015 erklärte Bundespräsident Joachim Gauck: Lehrer leisten „in unserem Land Tag für Tag beinahe Unglaubliches. Viele (...) gehen an ihre physischen und psychischen Grenzen, um Lehrer zu sein. Lehrer – das ist einer der wichtigsten, einer der schönsten und einer der schwierigsten Berufe“, so Bundespräsident Gauck treffend in seiner „Bildungs-Rede“. Diese Aussage des Bundespräsidenten kann ich aus eigener Erfahrung nur bestätigen. Lehrer – das ist ein schöner, ein wichtiger, aber einer der schwierigsten Berufe.

Der VRB als Interessensverband nimmt kontinuierlich die Gelegenheit wahr, seine Sichtweise und seinen Sachverstand einzubringen: In der Politik, gegenüber den Wirtschaftsverbänden, Elternvertretungen, gesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen, in schulinternen, schultangierenden und schulexternen Bereichen. Die vielen Begegnungen, Gespräche und Kontakte eröffnen wertvolle Erfahrungen. Es kann nur jemand nach außen wirken, wenn er von innen gestützt wird. Ich habe mich in meiner Rolle als Vorsitzender immer von meinen Kolleginnen und Kollegen getragen gefühlt.

Mein besonderer Dank gilt all jenen lieben Menschen, die mich inhaltlich und freundschaftlich in den nahezu 40 Jahren meiner Verbandsarbeit begleitet haben. Unser Verband nutzt die Potentiale älterer Vorstandsmitglieder seit Jahrzehnten. Ich bin im Alter von 28 Jahren zum Bezirksvorsitzenden gewählt worden und habe damals aus der Sicht eines jungen Verbandsvertreters erfahren: Ältere und Jüngere stehen solidarisch füreinander ein. Dies gilt auch für die Kollegien an den Schulen. Ältere Lehrkräfte geben ihre Berufserfahrung an junge Kollegen weiter und profitieren umgekehrt von den eingebrachten Veränderungen durch die jungen Kollegen. Die Altersstruktur unserer Mitglieder weist einen hohen Anteil an jungen Lehrkräften auf.

Das zeigt uns: Der Einsatz für die Lehrkräfte in den Realschulen plus und Gesamtschulen ist lohnenswert. Der VRB darf daher mit Selbstbewusstsein in die Zukunft schauen.

Bernd Karst



► EHRUNGEN

## Bernd Karst zum Ehrenvorsitzenden ernannt

**Im Anschluss an Bernd Karsts letzte programmatische Rede als VRB-Landesvorsitzender ernannte ihn die Hauptversammlung zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes Reale Bildung**



Ein entsprechender Antrag (Nr. 6.1) des Landeshauptvorstandes war den Teilnehmern der Hauptversammlung bereits vorab zugegangen. Der Antrag wurde vom Tagungspräsidenten Wolfgang Häring vorgetragen:

„Bernd Karst war von 2005 bis 2016 Landesvorsitzender unseres Verbandes. Nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Schuldienst kandidiert er nun nicht mehr für das Amt des Landesvorsitzenden.

Bernd Karst hat sich seit 1977 in verschiedenen Funktionen engagiert. Er war von 1980 bis 2005 Bezirksvorsitzender des Bezirks Neustadt, von 1987 bis 1990 Chefredakteur der Landeszeitschrift und ist seit 2006 stellvertretender Bundesvorsitzender des VDR. Darüber hinaus arbeitete er in zahlreichen pädagogischen und sozialen Gremien und Projekten mit, z. B. in der Arbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft.

Neben seiner Tätigkeit als Schulleiter der Rochus-Realschule plus Bingen mit FOS hat Karst durch zahllose Gespräche mit Gremien und Führungskräften aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft entscheidenden Einfluss auf die schulische Entwicklung des Landes genommen. Er hat es dabei verstanden, Reale Bildung zunehmend in den Fokus des Interesses zu rücken. Bernd

Karst hat sich im Hauptpersonalrat über 32 Jahre für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt.

Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Realschule bzw. Realschule plus und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen waren ihm stets wichtige Anliegen. Es ist ihm gelungen, auch junge Nachwuchskräfte für die Verbandsarbeit zu gewinnen.

Bernd Karst hat in herausragendem Maß seine persönliche Freizeit für das Ehrenamt geopfert.“

Der Antrag wurde einstimmig – unter minutenlangem Beifall für den Geehrten – angenommen.



## Forderungen an die neue Landesregierung

Teilnehmer der Hauptversammlung wurden bei ihrer Ankunft in Ingelheim nach Ihren Erwartungen an die Politik befragt: Welche Erwartungen haben Sie an die neue Landesregierung? Es

wurden Plakate beschriftet, deren Botschaften im Veranstaltungssaal ausgehängt und beim Table-Talk mit den bildungspolitischen Sprecherinnen eingebracht wurden.



**Heinz-Dieter Scheid**  
von der Theodissa-Realschule plus Diez wünscht sich eine engere Abstimmung der Politik mit den Zielen des Verbandes Reale Bildung.



**Carsten Ritter** von der Ernst-Barlach-Realschule plus in Höhr-Grenzhausen fordert von der neuen Landesregierung, sich auch nach der Wahl an die Versprechen zu halten, für bessere Rahmenbedingungen an den Realschulen plus zu sorgen.

Lesen Sie weitere Forderungen auf Seite 20

## ► EHRUNGEN

## Gudrun Deck – was zu organisieren war, wussten wir in sicheren Händen



**Gudrun Deck ist unsere Organisationsreferentin. Sie wird sich von regelmäßigen Sitzungen und Terminen zurückziehen und in den Bereich des Unterstützens nach der eigenen Uhr wechseln. In Stichworten möchten wir Ihnen aufzeigen, was wir ihr zu verdanken haben.**

1993 wurde Gudrun Deck in den Hauptpersonalrat gewählt, sie war in diesem Gremium bis 2008, zuletzt als stellvertretende Vorsitzende. Ihre Arbeitsschwerpunkte waren u.a. Ganztagschule, Lehrergesundheit, Gesundheitsschutz und Gleichberechtigung.

Ein Arbeitsschwerpunkt der letzten Jahre war die Lehrerbildung. Sie hat in der Konzeptgruppe mitgearbeitet. Ihr Anliegen war, die Qualität der Lehrerbildung zu sichern und die schulischen Ausbildungsleitungen in ihren Aufgaben zu stärken und zu entlasten. Beispielhaft war ihr Beitrag für ein gutes Arbeitsklima im Gremium.

1996 übernahm sie im Landesvorstand verantwortliche Aufgaben. Drei Landesvorsitzende, Hans Thielen, Jutta Grabkowski und Bernd Karst, haben sich auf sie gestützt. Um zu zeigen, was damit gemeint ist, zitiere ich beispielhaft Jutta Grabkowski, VDR-Landesvorsitzende von 1998 bis 2005:

„Für mich war sie die ideale Partnerin. Sie war meine Klagemauer und ein ruhender Pol, zu dem man sich flüchten konnte im Getriebe der Geschäfte. Was sie an-

gepackt hat, wussten wir alle in sicheren Händen. Durch ihr großes Einfühlungsvermögen hat sie die Zusammenarbeit der verschiedenen Temperamente im GLV oftmals harmonisiert.“

Was kennzeichnet Gudrun Deck, was zeichnet sie aus? Sie identifiziert sich mit ihren Aufgaben. Sie geht auf Aufgaben zu, nimmt Belastungen an, klagt nie. Sie steht für Zuverlässigkeit und Eigenständigkeit. Sie ist fürsorglich und hilfsbereit. Sie organisiert perfekt. Gerne für die Sache, aber am liebsten für die Menschen.

Als sie 2008 aus dem geschäftsführenden Landesvorstand ausschied, konnten wir sagen: Gudrun Deck wird uns auch in Zukunft unterstützen. Und das hat sie bis heute getan.

Liebe Gudrun, an sich müssten wir jetzt sagen: Wir werden dich vermissen. Es ist schön, dass ich stattdessen sagen kann, Gudrun Deck wird weiter mitarbeiten – in Aufgabenfeldern, die unser kulturelles Verbandsangebot umschreiben.

*Wolfgang Wünschel*

## ► EHRUNGEN

## Wilfried Rausch – „Ein starkes Plus muss her!“



**Wilfried Rausch spielte als Jugendlicher leidenschaftlich gerne Fußball, wie viele Jungs in diesem Alter. Er war Verteidiger beim 1. FC Ringsdorf-Mehlem, ein „Wadenbeißer“ oder Abräumer, wie es in der Fußballsprache heißt. Jede Mannschaft braucht so einen Typen, der in den entscheidenden Situationen mit seiner Willensstärke etwas Entscheidendes bewegen kann.**

Auch Verbände und Gewerkschaften brauchen Menschen, die sich wie Wilfried Rausch engagiert für die demokratische Gestaltung der Schule und unserer Gesellschaft einsetzen.

Wilfried Rausch ist 1978 in den VDR eingetreten. Nach seiner Mitarbeit im Bezirksvorstand Koblenz, u. a. auch als Stellvertretender Bezirksvorsitzender, übt Wilfried Rausch seit 2005 das Amt des Stellvertretenden Landesvorsitzenden aus. Dem VDR-Bundesvorstand gehört Wilfried Rausch seit 2006 an. Er leitet überdies auch auf Bundesebene seit 2013 den VDR-Arbeitskreis „Inklusion“.

Von 2005 bis 2014 gehörte Wilfried Rausch dem Hauptpersonalrat Realschulen und Realschulen plus an.

Zweimal war Wilfried Rausch bei den Personalratswahlen Spitzenkandidat unseres Verbandes. Von 2009 bis 2014 vertrat er unseren Verband im HPR-Vorstand.

Er verfasste zahlreiche Stellungnahmen zu schulpolitischen Fragen und trug dazu bei, dass Vorlagen des Ministeriums zugunsten der Lehrerschaft korrigiert wurden.

Wilfried Rausch arbeitet mit äußerster Sorgfalt und Genauigkeit. Ihm fallen beim Durchlesen von Gesetzesvorlagen und Schriftstücken kleinste Details und Nuancen auf, die er kritisch hinterfragt und erforderlichenfalls korrigieren lässt. Seine subtile Arbeitsweise bereicherte auch die zahlreichen Personalräteschulungen unter seiner Leitung.

Auch im dbb ist Wilfried Rausch aktiv. Er ist Mitglied im dbb-Kreisvorstand und Vertreter unseres Verbandes im dbb-Hauptvorstand.

Auf die Frage nach den verbandspolitischen Motiven antwortete Wilfried Rausch, dass er auch bei diesem Engagement durch das große Interesse angespornt werde, etwas bewegen zu können. Und er hat in der Tat vieles bewegen können – auch an seiner Realschule Altenkirchen, die er über 25 Jahre erfolgreich leitete.

Wilfried Rausch hatte wesentlich dazu beigetragen, dass die Realschule in Rheinland-Pfalz zu einer Erfolgsgeschichte geworden ist. Reale Bildung ist auch mit dem Namen Wilfried Rausch verbunden. Wilfried Rausch, der Erfinder des Slogans „Ein starkes Plus muss her!“, kämpft auch im neuen System dafür, dass sich die Reale Bildung der Vorgängerschulen erfolgreich im Profil der neuen Schulart widerspiegelt.

Wilfried Rausch liebt seine Arbeit. Es zeichnet ihn aus, dass er seine Aktivitäten mit anderen Aufgaben im Landesverband und auf Bundesebene fortsetzen wird.

Persönlich danke ich dir für deine wertvolle Arbeit, für deine Energie und das stetige Kämpfen für eine gute Schule, in der – wie du immer wieder betont hattest – auch die sozialen und beruflichen Interessen der Lehrkräfte wahrgenommen werden müssen.

*Bernd Karst*

## ► EHRUNGEN

## Wolfgang Häring hat die „Erziehungsoffensive“ ins Leben gerufen



**Es gibt kaum einen Menschen, bei dem sich Energie und souveräne Gelassenheit in so harmonischer Weise verbinden wie bei Wolfgang Häring. Dazu gehört menschliche Größe. Und die besitzt Wolfgang Häring. Seine Sachkompetenz und sein politisch couragiertes Auftreten werden allseits geschätzt.**

Die lange ununterbrochene gemeinsame Arbeit seit 1980 hat uns auch freundschaftlich miteinander verbunden. Wolfgang Häring lebt das vor, was er fordert und von anderen erwartet.

Wir bewundern sein sicheres Gespür für das Wesentliche. Seine Weitsicht verdeutlicht immer wieder das hohe Maß seiner (verbands-)politischen Fähigkeiten. Wolfgang Häring besitzt Organisationstalent und Redegewandtheit. Er hat ein treffsicheres Gespür für das Wesentliche. Seine Arbeit ist exakt und schnörkellos.

Trotz aller Aufmerksamkeit und Wertschätzung, die ihm entgegen gebracht werden, ist Wolfgang Häring bescheiden geblieben. Er ist stets ein Vorbild an Pflichtauffassung, Einsatzbereitschaft und Fairness. Besonders schätzen wir seinen taktvollen Umgangsstil. Wolfgang Häring besitzt Zivilcourage, er hat Format, er ist bereit, anzuecken, wenn es der Sache dient.

Im VDR-Bezirksvorstand leistete er von 1980 bis 2005 ein Vierteljahrhundert unverzichtbare Arbeit. Dies gilt auch für sein langjähriges Engagement im Bezirkspersonalrat Realschulen. Dort vertrat er die Lehrerinnen und Lehrer an den Realschulen von 1986 bis 2007, zeitweise auch als Vorsitzender dieses Gremiums. Von 1988 bis 2001 war Wolfgang Häring Vorsitzender des Hauptwahlvorstandes für die Personalratswahlen. Eine nach außen unauffällige, aber wichtige Aufgabe.

Im Landesvorstand arbeitet Wolfgang Häring seit 2005 als Landespressesprecher. Unser Verband war infolge der vielfältigen von Wolfgang Häring geknüpften Kontakte in den letzten zehn Jahren mehr denn je in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen präsent.

Wolfgang Häring arbeitet in zahlreichen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen. Ich erinnere beispielhaft an die von ihm ins Leben gerufene „Erziehungsoffensive“, die unsere Verbandsarbeit auch in Zukunft begleiten wird.

Wolfgang Häring hat klare Vorstellungen von Realer Bildung, an der er ständig konzeptionell mitwirkt und deren Weiterentwicklung er forciert. Seine Kontakte zur Wirtschaft und zu den Kammern haben dazu beigetragen, dass die Fachoberschule auch dort eine Außenakzeptanz erlangte. Vieles, was gedanklich im VDR/VRB entwickelt wurde, geht auf Wolfgang Häring zurück, ohne dass dies immer offenkundig wurde.

Für seinen Einsatz im VDR bzw. im VRB danken wir ihm in freundschaftlicher Verbundenheit.

Wolfgang Häring scheidet offiziell aus dem geschäftsführenden Landesvorstand aus, aber wir verlieren ihn nicht. Wir brauchen Persönlichkeiten wie Wolfgang Häring, die auch außerhalb eines Gremiums Unterstützung leisten. Wenn wir seinen Rat und seinen Sachverstand benötigen, dann wird er da sein. Davon sind wir alle überzeugt.

*Bernd Karst*

## ► EHRUNGEN

## Wolfgang Seebach hat die Kassenführung neu ausgerichtet



**In der Wahlperiode 2012 bis 2016 hatte der Landesschatzmeister eine große Herausforderung zu stemmen. Das Programm für die Mitgliederverwaltung, das viele Jahre zuverlässig gearbeitet hatte, war spätestens mit der Ankündigung des Bankwesens, auf das SEPA-System umzustellen, nur noch beschränkt einsetzbar.**

Wolfgang Seebach hat sich schon vor seiner Amtsübernahme intensiv mit der Einführung eines neuen Verwaltungsprogramms beschäftigt. Er hat die Angebote geprüft und getestet und an den Landesvorstand seine Erkenntnisse weitergegeben, sodass die Entscheidung für das neue Verwaltungsprogramm einstimmig getroffen werden konnte. Die Umstellung auf das neue Programm hat Wolfgang Seebach nach der Übernahme des Schatzmeisteramtes souverän gemeistert. Es gab keine Umstellungsschwierigkeiten.

Mit der Anschaffung zusätzlicher Erweiterungsmodule hat er die Software auf die Bedürfnisse unseres Verbandes ausrichten können.

Mit der Einführung eines neuen Verwaltungsprogramms hat Wolfgang Seebach die Kassenführung neu ausrichten müssen. Er hat ein elektronisches Kassenbuch eingeführt. Dies war sehr zeitintensiv. Mit der neuen Kassenführung wurde dem Landesvorstand eine größere Planungssicherheit bei der Finanzverwaltung ermöglicht.

Im Landesvorstand wurde die Arbeit von Wolfgang Seebach geschätzt. Auf seine Unterstützung konnten die Mitglieder der Bezirksvorstände und des Landesvorstandes bauen. Er hat – und das ist das Beste, was man über einen Schatzmeister sagen kann – stets sorgfältig und gewissenhaft gearbeitet.

*Wilfried Rausch*



## ► NEUWAHLEN

# Wahl des Landesvorstandes 2016-2020



**Die Hauptversammlung hat am 10. März in Ingelheim mit überragenden Wahlergebnissen einen neuen Landesvorstand gewählt. Neuer Landesvorsitzender ist der 37-jährige Timo Lichtenthäler (3.v.r.) aus Bad Neuenahr-Ahrweiler.**

In geheimer Abstimmung per Stimmzettel erreichte er eine überwältigende Zustimmung von 100 % der abgegebenen Stimmen. Mit gleichem Ergebnis wurde Michael Eich (4. v. r.) aus Jockgrim, Kreis Germersheim, zum ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Zweiter Stellvertreter bleibt Erwin Schneider (2. v. r) aus Roth an der Our, Kreis Bitburg-Prüm (97,6 %), während Heinz-Jörg Dähler (2. v. l.) aus Insul, Kreis Ahrweiler, Rektor der Realschule plus Linz, zum dritten Stellvertreter gewählt wurde (98,4 %).

In offenen Abstimmungen wurden mit jeweils 100 % der neue Schriftführer Christoph Krier (3. v. l.) aus Trier, der neue Schatzmeister Martin Radigk (re.) aus Speyer und der neue Chefredakteur der Verbandszeitschrift „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ Wolfgang Wünschel (l.) aus Hainfeld, Kreis Südliche Weinstraße, gewählt.



In den erweiterten Vorstand wurden daruber hinaus Wilfried Rausch (Geschäftsführung), Wolfgang Seebach (Mitgliederverwaltung), Bernd Karst (Kommunikation Presse und Medien) und Heidi Becker (Veranstaltungsorganisation) berufen.

► BESCHLOSSENE ANTRÄGE

## Viele Aufgabenfelder müssen noch bewältigt werden, doch das nötige Rüstzeug ist unzureichend

Im Sommer 2015 wurden nach sechs Jahren die ersten Jahrgänge der Realschulen plus in Rheinland-Pfalz verabschiedet. Der Weg dahin war nicht immer einfach, denn die Schulstrukturreform stellte so manche Hürde auf, die die Lehrkräfte bewältigen mussten. Und war eine Hürde genommen, sah man sich häufig vor der nächsten. Inhaltlich und strukturell muss nachjustiert werden, um den pädagogischen und gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden.

Die veränderten Arbeits- und Rahmenbedingungen an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen erfordern eine Anpassung. Die auf der Hauptversammlung eingebrachten Anträge (siehe Kasten Seite 19) geben einen umfassenden Überblick über die Forderungen unseres Verbandes. Die neue Landesregierung ist gut beraten, die Erfahrungen der Praktiker zu nutzen und Verbesserungen zügig anzugehen.

Zwei Anträge seien hier exemplarisch angeführt:

### Antrag Nr. 1.5 Inklusion

Die Belastungen im Schulalltag nehmen immer mehr zu und das Maß des Möglichen ist oftmals schon überschritten. In inklusiv unterrichteten Jahrgängen und Klassen sitzen mehr Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf als vorgesehen und seitens der Schulaufsicht wird auf weitere Aufnahmen gedrängt. Aus diesem Grund wurde der geschäftsführende Landesvorstand von der Hauptversammlung beauftragt, sich für folgende Anpassungen einzusetzen:

- Die Klassenmesszahl der Klassen, in denen inklusiver Unterricht stattfindet, muss deutlich abgesenkt werden.
- Pro gebildeter Klasse im Jahrgang, in der inklusiv unterrichtet wird, sollen nicht mehr als zwei Kinder mit speziellem Förderbedarf aufgenommen werden. Über Ausnahmen entscheidet die Klassenkonferenz.
- Der inklusive Unterricht an einer Schwerpunktschule muss grundsätzlich von einem Team, bestehend aus Regel- und Förderschullehrkraft, erteilt werden.
- Es müssen zusätzliche Anrechnungsstunden für die mit inklusivem Unterricht befassten Lehrkräfte gewährt werden.

### Antrag Nr. 1.6 Migration

Seitens der Politik wurde den Schulen die Integration der Migrantenkinder aufgetragen, was eine deutlich erkennbare Herausforderung im Schulalltag darstellt. Durch das hohe Maß an notwendiger Förderung werden die Ressourcen des Machbaren oftmals völlig ausgeschöpft. Dies führt dazu, dass Lehrkräfte an ihre physischen und psychischen Grenzen geraten. Und sie treffen dabei auch auf Migrantenkinder, die ihre traumatischen Erfahrungen aufarbeiten müssen. Um all diesen Kindern hilfreich und

unterstützend zur Seite stehen zu können, ist der Geschäftsführende Vorstand damit beauftragt worden, sich für nachstehende Maßnahmen starkzumachen:

- Multiprofessionelle Teams sollen zur Unterstützung gebildet und eingesetzt werden.
- Die Schulen benötigen mehr Ressourcen zur Sprachförderung.
- Die Sprachförderzentren sollen ausgebaut werden.
- Betroffene Schulleitungen und Kollegen benötigen angemessene Entlastung.

*Christoph Krier*



*Die Mitglieder nutzen die Antragsdiskussion zu Nachfragen, Änderungsvorschlägen und Klärungsbeiträgen.*



Anträge an die Hauptversammlung: studieren – diskutieren – abstimmen



## VRB-Hauptversammlung: Beschlossene Anträge

### 1. Schulentwicklung

- In Bildung investieren
- Schulentwicklung
- Ausweitung der Fachoberschulen
- Inklusion
- Migration

### 2. Unterrichten und Erziehen

- Unterrichtliche Rahmenbedingungen
- Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung
- Erziehungsoffensive
- Profilbildung Realschule plus

- Koordinator für Berufs- und Studienorientierung
- Lehrergesundheit

### 3. Lehrerbildung

- Bachelor- und Masterstudiengang für das Lehramt an Realschulen plus
- Gesetz zur Stärkung der inklusiven Kompetenz und der Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften
- Lehrkräfte an der FOS
- Nachwuchsgewinnung für das Lehramt an Realschulen plus

### 4. Dienst- und Besoldungsrecht

- Besoldung
- Vergütung der nach TV-L beschäftigten Lehrkräfte
- Funktionsstellen
- Altersteilzeit

### 5. Personalvertretung

- Sicherung der Personalratsarbeit

### 6. VRB-intern

- Ehrenvorsitz Bernd Karst



► FESTVERANSTALTUNG

# „Wir brauchen die richtigen politischen Antworten.“




Im Rahmen seiner Begrüßungsrede dankte Erwin Schneider den Gästen der nachmittäglichen Festveranstaltung für ihr Kommen und ihre Unterstützung des Verbandes Reale Bildung. Im Einzelnen sind dies die Landtagsabgeordneten und Parteienvertreter, die Bildungsministerin



sowie die Vertreter des Kreises Mainz-Bingen, der Schulbehörden, der Fortbildungsinstitute, der Lehrerverbände, des Beamtenbundes, des VDR-Bundesverban-

des, des Landeselternbeirates, des Elternvereins, der Handwerkskammern, der Landesarbeitsgemeinschaft SchuleWirtschaft und der Fachhochschule Bingen.

## Forderungen an die neue Landesregierung




**Erika Schmitt** von der Kaiserpfalz-Realschule plus in Ingelheim erwartet, dass hinsichtlich der Sprachförderung und Integration von Flüchtlingskindern größere Anstrengungen unternommen werden.



**Melina Vlassakidis** von der Robert-Koch-Schule Linz am Rhein stellt den Drittelparagraphen in Frage.



**Christoph Andreas Schneider** von der IGS Ludwigshafen-Edigheim wünscht sich eine Korrektur des Fächerkanons.



**Georg Kühner** von der St.-Franziskus-Realschule in Kaiserslautern fordert eine bessere Unterrichtsversorgung. Mit einer Versorgungsquote von 104% ließe sich Unterrichtsausfall vermeiden!

Lesen Sie weitere Forderungen auf Seite 26



In Vertretung der dbb-Landesvorsitzenden Lilli Lenz stellt Jürgen Kettner (Bild oben links) dar, dass der dbb als Dachverband für eine angemessene Besoldung und Versorgung der Lehrkräfte eintritt und eine Verbesserung der Stellensituation vor allem für die Kolleginnen und Kollegen mit Zeitverträgen fordert.

Der VDR-Bundesvorsitzende Jürgen Böhm (Bild unten links) gratuliert zu Beginn

seines Grußwortes zunächst dem neu gewählten Landesvorstand und dankt dem ausgeschiedenen Landesvorstand für seine geleistete Arbeit.

Jürgen Böhm betont anschließend: „Die Realschulen plus stehen heute für eine hohe und anerkannte Bildungsqualität und bilden eine hervorragende Basis für vielfältige Übergänge nach der Schule mit einer sehr guten Zukunftsperspektive.

Kein Weg ist den Absolventinnen und Absolventen der Realschule plus verbaut.“

Bild rechts: Die dbb-Lehrerverbände sind komplett vertreten und überbringen dem neuen Vorsitzenden ihre Glückwünsche. Von links: Jürgen Kettner (dbb), Andreas Hoffmann (VLBS), Karl-Heinz Fuß (VLW), Timo Lichtenthäler (VRB), Hubertus Kunz (VBE), Max Laveuve (PhV-Ehrenvorsitzender) und Ralf Hoffmann (PhV).



In seinem Schlusswort lässt Wolfgang Wünschel die Höhepunkte des Tages Revue passieren. Er dankt den Anwesenden für einen lebendigen, engagierten

und abwechslungsreichen Tag, der den neuen Landesvorstand beflügeln werde. Für die musikalische Gestaltung während der Festveranstaltung sorgt das Bläser-

ensemble der Rochus-Realschule plus mit FOS Bingen unter Leitung von Hans-Jörg Fiehl.

Heidi Becker

► LANDESVORSITZENDER TIMO LICHTENTHÄLER

## Unsere Koordinaten: Wertschätzung – Arbeitsplatz – Unterrichtsqualität



Mit großer Spannung erwarteten die Teilnehmer die erste Grundsatzrede des neugewählten Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler und die Replik der Bildungsministerin Vera Reiß. Timo Lichtenthäler überzeugte mit seinen Ausführungen die Verbandsmitglieder und Gäste. Vielfach wurden seine Redebeiträge mit zustimmendem Beifall bedacht. Der Applaus am Ende zeigte deutlich, dass er die Stimmungslage der Mitglieder nicht nur gegenüber der Bildungsministerin Vera Reiß treffend wiedergegeben hatte. Die Mitglieder bekundeten ihm und dem neuen Landesvorstand Zustimmung und Unterstützung für die Verbandsarbeit der neuen Wahlperiode.

### Neuer Vorstand – gleiche Inhalte

Heute Vormittag haben die anwesenden Mitglieder den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt. Dem VRB ist der Generationenwechsel gelungen. Es ist uns geglückt, einen harmonischen Übergang zwischen bewährten Vorstandsmitgliedern und der nachwachsenden Verbandsgeneration zu realisieren. Dies konnte nur durch eine sehr weitsichtige Verbandspolitik auf personeller Ebene erfolgen. Die handelnden

Wir Jüngeren konnten durch die vielfältigen Erfahrungswerte einen enormen Lernzuwachs erlangen.

Personen in den Vorständen haben es über Jahre hinweg verstanden, die Nachwuchsabteilung zu integrieren und schnell in verantwortlichen Positionen agieren zu lassen, sei es in den Bezirksverbänden, im Landesvorstand oder auch in den Stufenvertretungen.

### Die Lehrtätigkeit ist vielfältiger und belastender geworden

Die Realität hat uns eingeholt, wenn wir uns beispielsweise vom Institut für Lehrgesundheit bescheinigen lassen müssen, dass die höchsten Krankheitsquoten an den Realschulen plus zu verzeichnen sind.

Die Tätigkeit von Lehrkräften ist in den Jahren der Schulstrukturreform noch wesentlich vielfältiger geworden, als sie dies vorher schon war. Dadurch sind die Belastungen der unterrichtlichen, aber auch der außerunterrichtlichen Tätigkeitsfelder erheblich gewachsen. Neben der nachwachsenden Generation spüren dies vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die über Jahrzehnte hinweg unsere

Wir freuen uns, dass die anwesenden Bildungspolitikerinnen so kurz vor der Landtagswahl durch ihre Teilnahme das politische Gewicht unseres Verbandes dokumentieren.

Schulart zu dem gemacht haben, was sie auszeichnet, nämlich Generationen von Kindern und Jugendlichen durch das Vermitteln von realen Bildungsinhalten auf das Leben vorzubereiten. Insbesondere dieser Personenkreis darf besondere Ansprüche hinsichtlich der Lehrgesundheit stellen. Deshalb erwarten wir von der Politik, dass sie nicht abwartet, sondern sofort handelt.

### Die künftige Landesregierung wird an den Bildungsinvestitionen zu messen sein

Wir haben registriert, dass die Unterrichtsversorgung gegenüber der Vorjahre statistisch verbessert werden konnte. Die real spürbare Verbesserung lässt allerdings noch auf sich warten!

Wir haben registriert, dass die Schaffung einer neuen Funktionsstelle an zunächst größeren Realschulen plus ein guter Anfang ist und einer langjährigen Verbandsforderung gerecht wird. Dies muss aus unserer Sicht nun auch konsequent an den übrigen Realschulen plus Anwendung finden.

Auf der anderen Seite sind die Schulen im gleichen Zeitraum durch die Themen „Inklusion“ und „Migration“ vor neue Herausforderungen gestellt worden.

Eine vermeintlich angespannte Haushaltslage kann nicht als Argument erhalten, um notwendige Maßnahmen hinauszuzögern oder gar abzulehnen. Wir fordern konsequent eine reale und zukunftsorientierte Bildungspolitik, die den Gegebenheiten in allen Facetten gerecht wird. Die künftige Landesregierung muss sich daran messen lassen, was sie in die Zukunft der Schule und somit in die Zukunft der Kinder investiert.

Gute Schulen mit gesunden, motivierten Lehrkräften brauchen auch eine gute Schul- und Bildungspolitik.

► Eine qualifizierte Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen bedarf kontinuierlicher Investitionen im Bildungsbereich zur Verbesserung der Erziehungs- und Bildungsarbeit.

### Bildung real – zukunftsorientiert

Das Motto der Hauptversammlung „Bildung real – zukunftsorientiert“ steht über den Tag hinaus.

Reale Bildung prägt die lange Geschichte unseres Verbandes. Wahlpflichtfächer, Berufs- und Studienorientierung, Informatische Bildung und Ökonomische Bildung gehören zum Kernauftrag der Realschule.

► Zur Vermittlung der Realen Bildung gehören eine breit ausgerichtete Differenzierung, eine konsequente Werteorientierung und ein klares Bekenntnis zum Leistungsgedanken.

Reale Bildung ist und bleibt mit Blick auf die Zukunft unverzichtbar, weil unsere Schülerinnen und Schüler ohne Reale Bildung nur eingeschränkte berufliche Perspektiven haben. Unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt sind auf das schulische Angebot Realer Bildung angewiesen.

Vor diesem Hintergrund gilt es, der Realen Bildung künftig einen noch höheren Stellenwert einzuräumen.

### Die Realschule plus muss attraktiver werden

Reale Bildung wird in den Schulprofilen der Realschulen plus und der Gesamtschulen transportiert. Leider stellen wir zunehmend fest, dass die Politik im Allgemeinen bis hin in die einzelnen Kommunen nicht die notwendigen Unterstützungssysteme liefert. Wenn man etwas gut machen will und das Kostbarste, gerade auch mit Blick auf die Bevölkerungsstruktur unseres Bundeslandes – nämlich unsere Kinder – zu eigenständigen und mündigen Menschen erziehen möchte, benötigt man entsprechende Rahmenbedingungen und Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Es gibt Schulstandorte, an denen die Realschule plus bereits ein wahrnehmbares Imageproblem vermuten lässt. Steigende Heterogenität, Inklusion, Migration – diese Bandbreite an gesellschaftlichen Herausforderungen führt vor Augen, dass die Bedeutung der Realschule plus im rheinland-pfälzischen Schulsystem ständig zunimmt. Es ist in erster Linie die Realschule plus, die sich den genannten Herausforderungen stellen muss.

► Die Realschule plus muss als eine Schulart wahrgenommen werden, die ein breites Angebot auch für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler anbietet.

Reale Bildung wird zukünftig noch mehr denn je das verbindende Element sein, um unsere Schülerinnen und Schüler auf Ausbildung und Studium vorzubereiten. Dabei wollen wir als eigenständige Schulart wahrgenommen werden, die keineswegs den Anspruch hat, ein „Gymnasium light“ zu sein. Es gilt insbesondere auch, die bereits vorhandenen Stärken der Realschule plus zu akzentuieren und weiterzuentwickeln.

Auch an der Realschule plus muss das Leistungsprinzip weiterhin einen hohen Stellenwert besitzen.

Leistung heißt nach unserem Verständnis: Förderung der schwachen und, mit keinem geringeren Einsatz, Förderung der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler.

Die Realschule plus muss die Durchlässigkeit gewährleisten. Durchlässigkeit an verschiedenen Gelenkstellen sowie Abschlüsse, die auf tatsächlich erbrachten Leistungen basieren, sind Kriterien, an denen der Erfolg der Realschule plus gemessen wird.

► Die Realschule plus ist das Kind der Landesregierung. Jetzt muss auch dafür gesorgt werden, dass sich dieses Kind gesund entwickeln kann!

Wenn unsere Schülerinnen und Schüler künftig nicht mehr den erfolgreichen Anschluss in die Sekundarstufe II finden, egal ob an der hauseigenen Fachoberschule, an der BBS, an der IGS oder am Gymnasium, dann wird die Realschule plus als eine Sackgasse empfunden, die, weil es hier nicht weitergeht, zwangsläufig umfahren wird.

### Zentrale Forderungen des Verbandes Reale Bildung

Die letzte ordentliche Hauptversammlung liegt nunmehr vier Jahre zurück. Landesvorsitzender Bernd Karst führte in seiner Rede damals aus:

„Die Schulstrukturreform befindet sich immer noch in einer Einführungsphase. Denn mit der rechtlichen Umwandlung ist die pädagogische und organisatorische Entwicklung noch längst nicht abgehakt.“

Die Schulen haben sich bezogen auf die innere Struktur und Profilbildung auf den Weg gemacht. Die Lehrkräfte haben dabei mitgearbeitet und Schule in all ihren Facetten teilweise neu denken müssen.

Wir beobachten, dass jetzt die eigentliche Arbeit, nämlich die innere Strukturreform, erst richtig anfängt. Für die Schulen bedeutet dies eine enorme Kraftanstrengung, die ohne angemessene Entlastung von anderen Aufgaben nicht geleistet werden kann.“

Die heutige Hauptversammlung hat demnach erneut sehr konkrete Forderungen in den Anträgen formuliert und ausführlich begründet.

## 1. Die unterrichtlichen Rahmenbedingungen müssen an die Realitäten angepasst werden!

Das Verhältnis von gebundener und ungebundener Arbeitszeit ist erheblich aus dem Gleichgewicht geraten. Lehrkräfte müssen immer mehr Aufgaben übernehmen, die nicht zu ihrer eigentlichen Profession gehören. Wenn Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen im Klassenverband unterrichtet werden sollen, kann dies nicht nur von einer Lehrkraft gemeistert werden. Die personelle Ausstattung der Schulen mit Schulsozialarbeitern und auch Schulpsychologen ist daher dringend zu verbessern.

### Konkret fordern wir:

- Mehr professionelle Unterstützung, eine Erhöhung der Zahl der Anrechnungsstunden für besondere unterrichtliche Belastungen und eine Lehrerversorgung von 100 plus x Prozent, damit beispielsweise eine schuleigene Vertretungsreserve geschaffen werden kann.
- Des Weiteren darf künftig keine Klasse die Höchstzahl von 25 Schülern überschreiten.
- Für Klassen im Berufsreifebildungsgang der Realschule plus darf die Obergrenze nicht über 20 Schülern liegen.

## 2. Inklusion erfordert Professionalität und Mut – auch von der Politik!

Inklusion ist eines der beiden Themenfelder, das in der öffentlichen Wahrnehmung immer auch mit Emotionalität einhergeht. Der VRB begleitet die Entwicklung der Inklusion auf rein sachlicher Ebene und muss dabei feststellen, dass die Rahmenbedingungen an den bestehenden Schwerpunktschulen nicht ausreichend sind. Wer Inklusion nicht auf dem Papier betreibt, oder gar eine ganze Schulstruktur in Frage stellt, sondern das Kind in den Mittelpunkt seines Handelns rückt, der wird feststellen, dass Inklusion den Mut braucht, sich zu den bewährten Förderschulstrukturen und Expertisen zu bekennen und die Schwerpunktschulen besser auszustatten. Inklusion darf kein Sparmodell sein!

### Konkret fordern wir:

- Die Förderschulen und das eigenständige Lehramt an Förderschulen müssen erhalten bleiben, die Schwerpunktschulen benötigen schnelle und spürbare Verbesserung in der Personalisierung mit Förderschullehrkräften, sowie der räumlichen und auch sächlichen Ausstattung.

## 3. Migration geht alle etwas an!

Bei der Eingliederung der Migrantenkinder leisten die Lehrkräfte aller Schulen hervorragende Arbeit und engagieren sich im Interesse der Jugendlichen über ihre Pflicht hinaus. Besonders betroffen sind neben den Grundschulen die Realschulen plus und auch die Gesamtschulen, da dort die meisten Flüchtlingskinder angemeldet werden. Daher ist es zwingend, dass Lehrkräfte dieser Schularten bei den Fortbildungen zur Erteilung von Deutsch als Zweitsprache (DaZ) verstärkt berücksichtigt werden. Zudem braucht die Realschule plus eine optimale Personalversorgung.

Mit der Erteilung von Sprachunterricht allein ist es jedoch nicht getan. In den Klassen müssen Kinder mit unterschiedlichsten Vorkenntnissen, kulturellen und religiösen Hintergründen sowie intellektuellen Vorausset-





zungen zusammengeführt werden. Die Klassenleitungen sowie die DaZ-Lehrkräfte brauchen für die außerunterrichtliche Beziehungsarbeit (Eltern, Schüler, Kooperationspartner) dringend Entlastungsstunden. Zusätzlich benötigen die Schulen Unterstützungsteams, zu denen Schulsozialarbeiter, Psychologen und auch Dolmetscher gehören. Außerdem ist die pädagogische und organisatorische Koordination der Integrationsarbeit zu bewältigen. Dafür müssen speziell geeignete Kolleginnen und Kollegen unterrichtlich entlastet werden.

**Konkret fordern wir:**

- *Der Ausbau der Sprachförderzentren ist dringend erforderlich. Die Einrichtung von Deutschintensivkursen ist an jeder Schule zu gewährleisten und es bedarf entsprechender Entlastungen.*
- *Wir fordern mit Nachdruck, dass die Erkenntnisse der monatlichen Abfrage des sogenannten FMI-Bogens nicht nur belastbares Zahlenmaterial für die weitere Personalisierung der Schulen bringen, sondern auch eine spürbare Verbesserung nach sich ziehen werden.*

#### 4. Schulische Erziehung darf nicht defizitorientiert ausgelegt sein!

Um vorneweg irgendwelche Missverständnisse aus dem Weg zu räumen: Der Erziehungsauftrag gehört alleine schon nach § 1 des Schulgesetzes zum Auftrag der Schule. Konkretisiert wird dies u. a. in der Erziehung zur Selbstbestimmung, zur Anerkennung ethischer Normen, zur Gleichberechtigung von Mann und Frau und zur Gleichstellung behinderter und nichtbehinderter Menschen.

Im selben Maße sind aber auch die Schülerinnen und Schüler nach § 3 verpflichtet, vom schulischen Bildungs- und Erziehungsangebot verantwortlich Gebrauch zu machen. Im nächsten Satz heißt es sogar: Unterricht und Erziehung erfordern Mitarbeit und Leistung.

Durch gesellschaftliche Veränderungen, die größere Heterogenität in den Klassen und die häufig fehlende elterliche Erziehung hat sich das Konfliktpotenzial in den Klassen teilweise dramatisch erhöht. Oft durch Einzelne hervorgerufene Störungen und Provokationen behindern die Kolleginnen und Kollegen im o.g. Erziehungsauftrag. Bereits vor einigen Jahren initiierte unser Verband die Erziehungsoffensive. Diese muss wieder aufgegriffen und von allen Beteiligten intensiv weiterverfolgt werden.

**Konkret fordern wir:**

- *Einen Einsatz von Schulsozialarbeitern mit adäquater Ausbildung und vor allem in ausreichender Anzahl. Ich wiederhole gerne unsere bestehende Forderung, dass wir je 100 Schüler einen Schulsozialarbeiter für bedarfsgerecht erachten. Des Weiteren ist der schulpsychologische Dienst auszubauen und nicht zuletzt ist die Übergreifende Schulordnung mit Blick auf wirksame Ordnungsmaßnahmen zu konkretisieren.*

Wir richten mit unseren Forderungen ein deutliches Signal an die künftige Landesregierung, die politischen Parteien und die Schulträger.

**Nachwuchsgewinnung muss stärker in den Blickpunkt gerückt werden**

Wollen wir Bildung zukunftsorientiert gestalten, so benötigen wir nicht nur Verbesserungen für das System und für die im Dienst befindlichen Lehrkräfte, sondern auch ein Programm zur Nachwuchsgewinnung.

Die „Rückholaktion“ kürzlich pensionierter Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer kann nur als erste Reaktion auf eine plötzlich aufkommende Notsituation verstanden werden. Das ehrenamtliche Engagement ist insgesamt positiv zu bewerten und gehört zu einer funktionierenden Gesellschaft unbedingt dazu.

Dennoch gibt es immer noch eine Vielzahl junger Lehrkräfte, die gut ausgebildet entweder keine Anstellung gefunden haben oder als Vertretungslehrkräfte mit Zeitverträgen ausgestattet sind, die kaum bis gar keine persönliche Planungssicherheit bieten. Daher muss das Motto lauten: „Lehramt statt Arbeitsamt“!

Die Landesregierung kann sich durch den kostenlosen Einsatz der Pensionäre kein Alibi für eine verfehlte Einstellungspolitik verschaffen.

Seit vielen Jahren fordert unser Verband eine Ausweitung der Unterrichtsversorgung und die Schaffung von Reserven. Jetzt ist es allerhöchste Zeit, die noch zur Verfügung stehenden Lehrkräfte in vernünftige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen.

Die Anzahl an Studierenden für das Lehramt an Realschulen plus ist nach unseren Beobachtungen deutlich zurückgegangen. Was dies perspektivisch betrachtet bedeuten kann, liegt auf der Hand. Wir sehen nicht nur die Unterrichtsversorgung durch fehlende fachspezifische Lehrkräfte, sondern auch durch fehlende schulartspezifische Lehrkräfte gefährdet. Dieser Entwicklung ist dringend gegenzusteuern.

Wir blicken gespannt auf die Rede der Ministerin und hoffen, dass ihre Ausführungen größtmögliche Schnittmengen mit unseren Forderungen erkennen lassen.

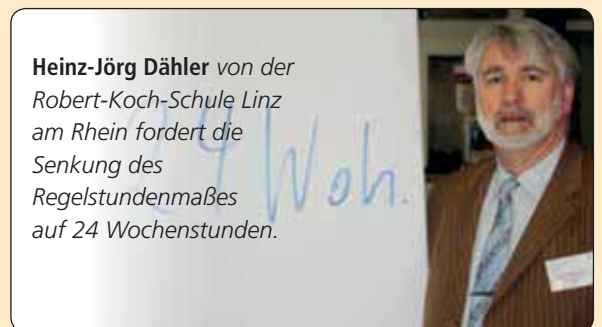
**Wertschätzung-Arbeitsplatz-Unterrichtsqualität**

Zusammenfassend und übergreifend lässt sich festhalten: Unsere Kolleginnen und Kollegen haben Anspruch auf angemessene Wertschätzung, Anspruch auf einen adäquaten Arbeitsplatz und Anspruch auf Voraussetzungen, die eine optimale Unterrichtsqualität gewährleisten.

Der VRB sieht seine Aufgabe auch darin, diesen Ansprüchen politisch Nachdruck zu verleihen. Dies artikulieren wir in intensiven Gesprächen mit den Parteien und auch mit der Ministerin.

Redaktion: Wilfried Rausch

## Forderungen an die neue Landesregierung



Lesen Sie weitere Forderungen auf Seite 31

► MINISTERIN VERA REISS

## Die Realschule plus ist eine attraktive Alternative zum Gymnasium

Die Ansprache der Bildungsministerin war in mancherlei Hinsicht bemerkenswert. Im Verlauf der Grundsatzrede des neugewählten Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler konzipierte sie aus dem Stegreif eine neue Rede. Darin bezog Vera Reiß Stellung zu den konkreten schulpolitischen Forderungen des Verbandes, offenbarte Selbstbewusstsein in der Verteidigung der Bildungspolitik der Landesregierungen in den zurückliegenden Wahlperioden und zeigte sich in Detailfragen kompetent und sicher. Sie versteckte sich nicht hinter wohlfeilen Worten und ließ sich nicht dazu verführen, in Zeiten des Wahlkampfes Versprechungen für eine zukünftige Bildungspolitik zu formulieren, die eindeutig auf Stimmenfang zielen. Im Folgenden haben wir die wesentlichen Passagen ihrer Rede zusammengestellt.



### Notwendige Schulstrukturreform hat die Realschule plus auf den Weg gebracht

Wir haben in der letzten Legislaturperiode – nicht in der laufenden – den Bedarf gesehen, Schulstrukturreformen im Land durchzuführen. Nicht, weil es uns in Mainz in den Ministerien langweilig gewesen wäre. Wir hatten den Befund rückläufiger Schülerzahlen an Hauptschulen, und das in bedrohlichem Ausmaß. Nicht etwa, weil Ihre Kollegen und Kolleginnen in den Hauptschulen, jetzt in den Realschulen plus, schlechte Arbeit geleistet hätten, sondern weil wir einfach feststellen mussten, dass der Hauptschulabschluss nicht mehr viel wert war und dass Schüler mit einem Hauptschulabschluss Probleme hatten, Ausbildungsstellen zu bekommen, um es einfach auszudrücken. Diejenigen, die dann später kritisiert oder gefragt haben: „War das nötig mit der Auflösung der Hauptschule?“, waren diejenigen, die keine Hauptschüler mehr eingestellt haben.

Und dann haben wir uns mit den Verbänden, und ganz besonders natürlich auch mit dem Realschullehrerverband, so wie er damals noch hieß, zusammengesetzt und haben überlegt: Wie könnte denn eine Schulstrukturreform im Land aussehen, die auf diese Befunde vernünftig reagiert?

► Wie sich die Realschule plus entwickelt hat und wie sie auch konzipiert worden ist, nämlich mit den 32 Fachoberschulen im Land, das war Ihr Verdienst gewesen.

### Die Realschule plus ist eine aufstiegsorientierte Schule

Wir haben 184 Realschulen plus bei uns im Land, davon 32 mit Fachoberschulen. Sie ist, und so haben wir sie miteinander auch auf den Weg gebracht, in meinen Augen eine attraktive Alternative zum Gymnasium. Es darf bei Eltern nicht der Eindruck entstehen, dass die Realschule plus die Schule derer ist, die sozusagen eher lernschwach sind, die mehr Betreuung brauchen, die mehr Sprachförderbedarf haben, und auch die Schule derer ist, die gemeinsamen Unterricht behinderter Kinder und nicht behinderte Kinder machen.

► Sie sind ein sehr frischer Verband, das spürt man. Sie haben eine gute Mischung aus Expertise, aus erfahrenen, älteren und jungen Kolleginnen und Kollegen.

Das alles sind auch wichtige Aufgaben der Realschule plus, aber wir haben Schülerinnen und Schüler „an beiden Enden“. Wir haben die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler in der Schulart Realschule plus, und wir haben die Schülerinnen und Schüler, die einen stärkeren Förderbedarf haben. Und das war ja auch der Grund, warum die Realschule plus von vorneherein eine geringere Klassenmessenzahl, nämlich 25 in der fünften und sechsten Klasse, bekommen hat, um dieser Differenzierung stärker Rechnung zu tragen. Das ist auch

der Grund, warum wir in der Realschule plus mehr Schulsozialarbeiter haben als in anderen Schularten. Und das ist auch der Grund, warum es in der Realschule plus einen Pool gibt von 6.000 Stunden, den wir damals schülerzahlunabhängig gestellt haben. Und jetzt geht es darum, wie es weiter gehen kann.

Ich bin bei Ihnen, wenn wir uns darum kümmern müssen, dass wir tatsächlich das Label auf der Realschule plus, eine aufstiegsorientierte Schulart zu sein, dringend nicht nur verteidigen müssen, sondern dass wir uns auch um dessen Umsetzung kümmern müssen.

### Abkehr vom Klemm-Abbaupfad

Wir haben in diesem Schuljahr, im Schuljahr 2015/16, 240 neue Lehrerstellen geschaffen. Wir sind seit dem letzten Schuljahr, 2014/15, nicht mehr im sogenannten „Klemm-Abbaupfad“. Die Annahme, die wir zu Beginn der Legislaturperiode hatten, dass die Schülerzahlen so deutlich zurückgehen, dass wir 4.000 Lehrerinnen und Lehrer rein rechnerisch nicht mehr brauchen – 2.000 sollten in der Schule bleiben und 2.000 sollten abgebaut werden – ist nicht eingetreten: durch Zuzug, auch durch ein verändertes Schulwahlverhalten.

Ich bin nicht hierher gekommen, um Versprechungen zu machen, weil wir drei Tage vor der Wahl sind. Ich sage Ihnen, was wir gemacht haben und was ich für realistisch halte.

Und deswegen haben sich diejenigen, die für Bildungspolitik zuständig waren – das nehme ich natürlich auch für meine Person in Anspruch, ob als Staatssekretärin oder jetzt eben seit knapp eineinhalb Jahren als Ministerin – immer für mehr Ressourcen im Schulsystem eingesetzt. Und deswegen haben wir seit letztem Jahr eine Abkehr vom Klemm-Abbaupfad.

In diesem Land geht es nicht darum, Lehrerstellen abzubauen, sondern im Gegenteil, neue Lehrerstellen zu schaffen. Wir haben einen Einstieg hinbekommen in diesem Schuljahr. Letztes Jahr haben wir keine Stellen abgebaut, jetzt 240 neue Lehrerinnen- und Lehrerstellen geschaffen. Ich nenne Ihnen jetzt eine Zahl, weil so viele falsche Zahlen durch die Welt geistern: von den 2.000 Stellen, von denen wir gedacht haben, dass man sie in dieser Legislaturperiode abbauen kann, sind gerade mal 600 tatsächlich rechnerisch abgebaut worden. Das ist die Bilanz.

### Lehrerbedarf und Einstellungsperspektiven

Wir haben in diesem Schuljahr 1.277 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt. Von diesen rund 1.200 Lehrerinnen und Lehrern hatten 630, also rund die Hälfte, vorher einen Vertretungsvertrag. Das zeigt, dass wir natürlich darauf achten, dass Leute, die einen Vertretungsvertrag haben, sofern die Einstellungsvoraussetzungen vorliegen, fest angestellt werden.

„Es gehört für mich zur Ehrlichkeit der Politik, dass ich mich jetzt nicht hierhin stelle und sage: Ja, wir werden es in der nächsten Legislaturperiode schaffen, dass wir keine Vertretungsverträge mehr haben. Wer das sagt, der wird nicht die Wahrheit sagen können“.

Nahezu alle sind Beamtinnen und Beamte dieses Landes geworden. Sie kennen die Voraussetzungen, Eignung, Befähigung, fachliche Leistung. Die Personalräte wissen, dass der Vertretungsvertraglehrer seinen

Durchschnitt um eine Note verbessern kann, wenn er mit einem jungen Menschen konkurriert, der frisch aus dem Referendariat kommt. Aber irgendwann wird er eben verglichen werden. Und deswegen kann ich keine Zusage machen, dass alle Vertretungsvertragslehrer eine Planstelle bekommen. Und wir brauchen zusätzliche Planstellen, weil die Aufgaben zu groß sind. Wir haben in Rheinland-Pfalz das jüngste Kollegium in Deutschland, weil wir immer Lehrerinnen und Lehrer eingestellt haben. Das jüngste Kollegium bedeutet aber auch, und das freut mich, dass

wir eine hohe Inanspruchnahme von Mutterschutz und Elternzeit haben. Und aus diesem Grund sind viele Kolleginnen und auch Kollegen temporär nicht im Schuldienst und müssen vertreten werden.

In Rheinland-Pfalz haben wir ein Instrument eingeführt: den Vertretungspool. Wir haben derzeit 800 volle Beamtenstellen, zum nächsten Schuljahr sollen laut Plan 200 weitere dazukommen, dann sind es 1.000 Beamtinnen- und Beamtenstellen im Vertretungspool, die die Aufgabe haben, auf Grundlage einer Beamtenstelle Vertretung in den Schulen zu machen. Das ist ein Instrument, das wir eingeführt haben, weil es uns umtreibt, die Arbeitsbedingungen von Vertretungslehrkräften zu verbessern.

Zum Schreck meiner Eltern habe ich nach Neigung Politikwissenschaft, Soziologie und Pädagogik studiert. Die haben gesagt: „Aus dir wird nie was.“

Ich bin, das weiß die Schulaufsicht, die hier ist, für sehr klare Worte, wenn es um Empfehlungen zum Lehramtsstudium geht. Natürlich ist es gut, wenn man nach Neigung, nach Interesse studiert. Aber man muss auch sehr klar sehen, welche Fächer-

kombinationen hier einfach keine Chance auf eine Einstellung haben. Das machen wir im Abiturienten-Brief deutlich. Wenn es nach mir geht, müssen wir noch klarer informieren, weil es nicht gut ist, dass man frustriert ist, wenn man dann ein Studium und ein Referendariat abgeschlossen hat, und dann feststellt, dass dieses Land einem keine Planstelle geben kann.

### Stärkung der Selbstständigkeit vor Ort

Wir sollten zu einem neuen System der Lehrer-Wochenstunden-Zuweisung finden, weil die Schulen unterschiedliche Bedingungen haben. Auch unsere 184 Realschulen plus sind nicht alle gleich. Es hängt davon ab, wie hoch der Anteil sozialer Brennpunkte ist, wie hoch der Anteil der Sprachförderung ist. Wie sind die Elternhäuser? Arbeiten sie mit, arbeiten sie nicht mit? Wie hoch ist der Anteil der besonders Leistungsstarken, die noch andere Angebote brauchen? Das können wir mit einer Zuweisung, die es in diesem Land schon gibt, seit ich im Ministerium bin, das ist seit 1994, nicht abbilden. Wir brauchen eine schulschärfere Zuweisung. Wir müssen Schulleitern und Schulleiterinnen stärker die Möglichkeit geben, auf Ihre Bedürfnisse vor Ort nicht nur zu reagieren, sondern agieren zu können. Und das kriegt man im Moment, im bisherigen System, nicht wirklich gut hin. Deswegen, so finde ich, muss man an dieser Stelle umsteuern, und das ist auch das Gebot in meinen Augen für die nächste Legislaturperiode, die ich dann unter die Überschrift stellen würde „Stärkung der Selbstständigkeit vor Ort“.

► Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass unsere Schulen in den nächsten Jahren mehr Ressourcen brauchen werden.

### Die Ressourcenkraft im Haushalt setzt Grenzen

Es war eine meiner ersten Amtshandlungen als Ministerin, die mir nicht besonders leicht gefallen ist, dass ich die Reduzierung der Klassenmesszahl von 28 auf 25 bei den Gymnasien und den Integrierten Gesamtschulen vorläufig ausgesetzt habe. Sie hat es nicht betroffen, aber ich nehme es genau deswegen als Beispiel. Die weitere Reduzierung von 28 auf 25 hätte zwei Mal 100 Lehrerstellen bedeutet. Ich sehe nicht die Ressourcenkraft im Haushalt, auch wenn wir noch mehr in den Bildungsbereich investieren, und ich finde, man muss noch mehr in den Bildungsbereich investieren.

► Aber natürlich ist es Ihre Aufgabe und Ihre vorderste Pflicht, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass Sie sich eine Veränderung der Klassenmesszahl wünschen.

### Bessere Ausstattung der Realschulen plus mit unterstützendem Personal

Ich sehe aber sehr wohl, dass wir beim Bereich Inklusion mit mehr Schulsozialarbeitern, mit mehr anderem Personal – das spielt bei der Integration auch eine Rolle – die Schulen besser unterstützen könnten. Egal wo man hinkommt, und ich bin sehr viel in Schulen gewesen in den letzten Monaten, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass Sie in Ihrer Aufgabenpalette längst nicht mehr nur Aufgaben machen, für die Sie mal ausgebildet worden sind, nämlich Lehrerin oder Lehrer zu sein.

► Jeder dritte Euro fließt in Rheinland-Pfalz in die Bildung.

Und dass die Lehrertätigkeit in der Realschule plus noch eine andere Dimension hat, das sehen wir auch im Bericht unseres Instituts für Lehrergesundheit. Das ist ein von uns ins Leben gerufenes und ein von uns beauftragtes Institut, weil wir natürlich wissen wollen: Wie entwickeln sich Belastungssituationen in den einzelnen Lehrämtern. Es treibt mich natürlich um, wenn es den in der Realschule plus Arbeitenden nicht so gut geht, und das auffälligerweise anders als in anderen Schularten. Deswegen hoffe ich wirklich inständig, dass die neue Landesregierung die Kraft hat, im Bereich Schulsozialarbeit weitere Schwerpunkte zu setzen. Und dann hat die Verteilung und die Zuweisung von Schulsozialarbeiten und anderen unterstützenden pädagogischen Berufen eine Hauptadresse, das sind die Realschulen plus.

### Sprachförderung

Es kommen sehr viele Flüchtlingskinder in den Realschulen plus an. In den Integrierten Gesamtschulen kommen im Moment viel zu wenige und in den Gymnasien noch gar keine an. Sie kennen das System: Sobald sie die zentrale Aufnahmeeinrichtung verlassen und in die Kommunen kommen, haben sie nach unserem Schulgesetz Schulpflicht. Wir haben ein System, in dem die Kinder, die Jugendlichen durch die erste Beratung, durch die erste Einschätzung auf die Schulen verteilt werden. Sie werden aber noch nicht korrekt verteilt, weil wir noch zu wenig Wissen haben.

► Die Realschule plus ist nicht primär für die Aufgabe der Integration zuständig, sie ist es wie jede andere Schulart auch.



107 Pensionären sind in unseren Schulen im Einsatz. Aber nicht als Ersatz für auch nur einen einzigen Lehrer, den wir hätten einstellen können. Das Stundenvolumen der 107 Pensionäre beträgt zwischen vier und sechs Stunden in der Woche. Ich sage allen ein dickes Dankeschön.

Wir wissen im Moment nicht: Welche schulische Vorbildung bringt der Neuankömmling mit? Wo kommt das Kind oder der Jugendliche her? Da sind wir zurzeit dabei, die Datenlage zu verbessern, damit wir zu einer genaueren Zuteilung der Schülerinnen und Schüler kommen.

Für Sprachförderung an unseren Schulen brauchen wir zusätzliche Ressourcen. Genau deswegen fahren wir zum Fünfzehnten eines Monats eine Abfrage, wie viele Schülerinnen und Schüler es denn sind. Wir haben jetzt 364 Deutsch-Intensiv-Kurse hier in Rheinland-Pfalz. Wir haben im Jahr 2015 im laufenden Haushalt die Mittel für Sprachförderung erhöht. Wir haben jetzt im 2016er Haushalt einen erhöhten Ansatz für Sprachförderung.

Wir müssen den Kindern sofort Deutsch vermitteln – in den Deutsch-Intensiv-Kursen – und sie integrieren, wo es nur geht. Und das darf nicht auf Kosten der Unterrichtsversorgung gehen, es darf nicht auf Kosten der begabten Kinder gehen, und es darf nicht auf Kosten der Kinder gehen, die aus deutschen Familien kommen und auch einen schulischen Nachholbedarf haben. Das geht dann in der Tat nur mit zusätzlichen Ressourcen und mit zusätzlichen Unterstützungssystemen.

#### Einstellungsstrang für Deutsch-als-Zweitsprache-Lehrkräfte

Wir werden zum kommenden Schuljahr einen Einstellungsstrang haben, rein für Deutsch-als-Zweitsprache-Lehrkräfte. Die Lehrkräfte müssen sich dann verpflichten, Deutsch als Fremdsprache oder als Zweitsprache zu unterrichten in einem Deutsch-Intensiv-Kurs. Und wir haben letzte Woche der ADD mitgeteilt, dass wir ab sofort Sprachförderkräfte in Rheinland-Pfalz nach Tarif bezahlen. Nicht mehr über Tarif, damit wir genügend Sprachförderlehrkräfte in Verträgen binden können. Und auch da müssen wir uns anschauen, dass wir zur Entfristung kommen von Sprachförderlehrkräften an den Schulen, damit Sie noch Kolleginnen und Kollegen von außerhalb haben für die wichtige Arbeit der Integration.

Es ist im Verband Reale Bildung wirklich in extrem guter Weise gelungen, Nachwuchs zu sichern.

#### Fachoberschulen

Ich möchte auf den Aspekt Fachoberschule eingehen. Ich komme auf die Forderungen des VRB, dass wir über Fachrichtungserweiterung und Fachrichtungskombination miteinander sprechen sollen. Und da kann ich Ihnen einfach nur eine maximal große Offenheit zusichern. Ich halte das für sehr wichtig, dass wir mit der Realschule plus und der Fachoberschule und ihrer attraktiven Ausgestaltung Eltern überzeugen können, dass sie, wenn sie ihr Kind an einer Realschule plus anmelden, auch die Möglichkeit sehen, bis zur Fachhochschulreife entweder an der gleichen Realschule plus zu bleiben oder – und das ist noch nicht in dem Maße gelungen, wie es gelingen sollte – an einer Realschule plus in der Nähe. Man muss mit der Fachoberschule als Standortfaktor im Verbund arbeiten, damit eben die Realschule plus insgesamt noch attraktiver wird.

Wir haben in Rheinland-Pfalz wirklich ein durchlässiges Schulsystem. Es ist nur so kompliziert für Eltern mit Kindern in der 4. Klasse, sich damit auseinanderzusetzen. Wenn man sich damit auseinandersetzt, dann weiß man, dass man in der 4. Klasse keine Schullaufbahn-Entscheidung treffen muss, die sozusagen über das ganze Leben des Kindes entscheidet. Da kann man schon Druck aus den Elternhäusern nehmen, auch Druck aus den Gymnasien.

Das ist ja das Problem, wenn die Eltern glauben, nur mit dem Abitur sei man ein vollwertiger Mensch.

Im Übrigen haben wir da eine tolle Zahl: die Absolventen, die die Fachhochschulreife an der Realschule plus erwerben, die gehen zu 60 Prozent in die duale Ausbildung. 40 Prozent gehen weiter zum Studium. Die 60 Prozent, die von Ihnen wirklich real gebildet sind, absolvent mit guten Wahlpflichtbereichen eine supergute schulische Bildung haben, die sind natürlich von unseren Unternehmen gefragte Auszubildende. Die Einstellung hat sich gelöst, dass die FOS, die Fachoberschule, eine Konkurrenzveranstaltung zu den Berufsbildenden Schulen ist. Nein, ist sie nicht, weil sie die Fachoberschüler nicht verloren haben, weil sie weiter gehen, teilweise an der Berufsbildenden Schule ihr allgemeines Abitur machen. Wenn wir die FOS nicht

Begreift doch die Realschule plus als eine Schulart, die auch den Berufsbildenden Schulen hilft, sich erfolgreich aufzustellen.

gemacht hätten, wären sie aufs Gymnasium gegangen, dann hätte die BBS diese Schülerinnen und Schüler verloren.

### Die Realschule plus macht eine gute Arbeit

Die Realschule plus ist eine aufstiegsorientierte Schulart. Wir werden Sie weiter unterstützen, auch durch Weiterentwicklung in den Fachrichtungen, auch durch Ressourcen. Ich bin davon überzeugt, und das merkt man, wenn man mit Eltern im Gespräch ist, dass es uns gelingt, dass die Realschule plus – so wie sie konzipiert haben – in Rheinland-Pfalz eine aufstiegsorientierte und eine leistungsstarke Schule ist.

► Ich stehe zur Realschule plus.

Und ich darf mich bei Ihnen, die Sie in dieser Realschule plus jeden Tag eine wirklich gute Arbeit machen, ganz herzlich dafür bedanken. Ich danke auch dem Verband für die guten Diskussionen in der Vergangenheit.

*Redaktion: Wilfried Rausch*



## Forderungen an die neue Landesregierung

**Sandro Rudelitz** von der Nelson-Mandela-Realschule plus in Trier fordert bessere Einstellungschancen und wünscht sich eine Planstelle.



*Die Statementfotos haben Eva Wilhelmus und Gerhard Hein aufgenommen. Sie haben auch die Gespräche geführt und Statements im Raum präsentiert. Unterstützt wurden sie bei den Gesprächen von Peter Quint und Katharina Becker.*

# „Wir brauchen die richtigen politischen Antworten!“

## Table Talk mit den bildungspolitischen Sprecherinnen

Spannender kann eine Hauptversammlung nicht abschließen. Zwei Moderatoren, drei Tage vor den Landtagswahlen, im Gespräch mit vier bildungspolitischen Sprecherinnen. Die Fragen hochaktuell, die Antworten auch nach dem 13. März noch verbindlich? Die Politikerinnen wirken glaubwürdig, sie kommunizieren parteipolitisch unterschiedliche Standpunkte und sie reflektieren finanzielle Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung von Forderungen, die der VRB gezielt an sie richtet. „Wir brauchen die richtigen politischen Antworten“, fordert Michael Eich in seiner Begrüßung.

Die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Michael Eich und Heinz-Jörg Dähler stellen die Themen Migration, Inklusion, Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und Fachoberschule in den Mittelpunkt des einstündigen „Table Talk“.

Die bildungspolitischen Sprecherinnen Bettina Brück (SPD), Bettina Dickes (CDU), Ruth Ratter (Die Grünen) und Helga Lerch (FDP) äußern sich in jeweils zweiminütigen Statements und nehmen dabei immer wieder konkreten Bezug auf Aussagen ihrer Mit-Diskutantinnen. Das macht die Runde lebendig und für die Zuhörer interessant.

### Thema: „Migration“

„Lehrer leisten einen enormen Einsatz bei der schulischen Integration der Flüchtlingskinder. Zusätzliche Ressourcen sind erforderlich und eine gerechte Verteilung dieser Kinder auf die einzelnen Schularten“, schlussfolgert Heinz-Jörg Dähler in medias res.

Bettina Brück (SPD) räumt ein, dass die Verteilung der Flüchtlingskinder auf die einzelnen Schularten verbessert werden muss. Für die Sprachförderung seien insgesamt 26 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Bettina Dickes (CDU) will das aktuell praktizierte System der Sprachförderung verändern. Sie strebt die Bildung von gesondert eingerichteten Sprachvorlaufklassen an. Nach Erwerb von Basiskennnissen sei die Integration in Regelklassen nach einem halben Jahr erfolgreicher als eine Zuweisung von Beginn an. Ruth Ratter (Die Grünen) spricht sich gegen Sprachvorlaufklassen aus. Grundsätzlich gehe sie einen Schritt weiter: „Wir dürfen nicht in Schulsystemen denken. Wir brauchen ‚Eine Schule für alle‘. Reale Bildung ist für alle Kinder wichtig.“ Helga Lerch (FDP-Landtagskandidatin) konzediert, dass die Realschule plus „überproportional überlastet ist“ und sagt zu, gegen diese Unausgewogenheit politisch anzugehen.



### Thema: „Inklusion“

Michael Eich weist darauf hin, dass den Lehrkräften die erforderliche Zeit und professionelle Unterstützung fehlt. Ruth Ratter (Die Grünen) erwartet von den Schulen eine stärkere „Multiprofessionalität“. Auch Förderschullehrkräfte seien schließlich nicht für alle Bereiche ausgebildet. Vorteile auch hinsichtlich der „Inklusionsbewältigung“ sieht sie in einer schulartübergreifenden Stufenlehrausbildung: „Weg von einer Lehrerausbildung nach Schularten!“ Helga Lerch (FDP) warnt davor, beim Lehrerstudium künftig auf ein vertieftes Fachwissen zu verzichten. Sie plädiert für den Erhalt der Förderschulen und damit für die Sicherung des Elternwahlrechts zur Aufnahme des Kindes an der Regelschule oder an der Förderschule.

Bettina Dickes (CDU) berichtet, dass sie 60 Schwerpunktschulen besucht habe. „An keiner dieser Schulen konnte ich Rahmenbedingungen erkennen, die sächlich und personell gestimmt haben.“ Bettina Brück (SPD) entgegnet, „In der Bewertung sind Eltern die besten Experten“. Sie plädiert für eine profunde Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Darüber hinaus sei in der Praxis die begleitende Unterstützung durch Schulsozialarbeit und Schulpsychologie wichtig.

### Thema: „Arbeitsbelastungen“

„Die Arbeitsbelastungen für Lehrkräfte an den Realschulen plus sind die höchsten, die Aufstiegsmöglichkeiten die geringsten.“ Heinz-Jörg Dähler will wissen, wie die Bildungspolitikerinnen diesen Widerspruch bewerten. Bettina Dickes (CDU) fordert feste Anstellungen statt Vertretungsstellen sowie eine bessere Lehrerversorgung mit der Formelvorgabe „100 plus x-Prozent!“. Ruth Ratter (Die Grünen), ursprünglich Gymnasiallehrerin, verweist auf die Notwendigkeit einer Stufenlehrausbildung, die auch die Gleichwertigkeit der Arbeit von Lehrkräften in den Vordergrund stelle. Erleichterungen ergäben sich durch „mehr



Zeitfenster für Absprachen, zum Beispiel in Klassen- oder Projektteams“.

Bettina Brück (SPD) bekräftigt, dass sie weiterhin an der Zielvorgabe einer personellen Vollversorgung der Schulen festhalten werde. Die Zuweisung müsse in jedem Fall bedarfsgerecht sein. Im Übrigen unterstütze sie Forderung des VRB, die Möglichkeit der Altersteilzeit zu erhalten. Ein weiteres Anliegen sehe sie in der Unterstützung der Schulen insbesondere bei der Bewältigung der Verwaltungsarbeit. Helga Lerch (FDP) frage sich als Schulleiterin eines Gymnasiums, warum Eltern ihr Kind zunehmend entgegen der Grundschulempfehlung am Gymnasium anmelden. Sie versichert, sich für eine stärkere Imageförderung und Wertschätzung der Realschulen plus stark zu machen. Die Klassengröße von 25 Kindern in allen Klassenstufen sieht sie auch vor dem Hintergrund der einseitigen schulartspezifischen Belastungskomponenten als eigene politische Vorgabe.

**Thema: „Fachoberschule“**

Michael Eich konstatiert, dass sich die Fachoberschule an der Realschule plus erfolgreich etabliert hat und fordert eine Stabilisierung und Weiterentwicklung dieser an 32 Realschulen plus angebotenen Oberstufe. Helga Lerch (FDP) erhofft sich, dass die Fachoberschulen weiter vorankommen und sich stärker mit den Berufsbildenden Schulen austauschen. Bettina Brück (SPD) verweist auf die wechselseitig gute Vernetzung der Fachober-

schulen. Die Beantragung neuer Fachoberschulen obliege den Schulträgern. Nach den bisherigen Erfahrungen sei es wichtig, dass die Fachrichtungen an den Schulen weiterentwickelt und bei entsprechendem Bedarf ausgebaut werden. Ruth Ratter (Die Grünen) setzt auf eine stärkere Kooperation mit den Berufsbildenden Schulen. Eine Prognose hinsichtlich der Weiterentwicklung der Fachoberschule könne sie nicht abgeben. Sie wiederhole allerdings ihr Plädoyer auch in diesem Zusammenhang für „Eine Schule für alle!“ Bettina Dickes (CDU) betrachtet die Fachoberschule als einen Teil der Aufwertung der Realschule plus. So sei es wichtig zu prüfen, wo neue Fachoberschulen möglich und erforderlich sind. Als eine Möglichkeit der Qualitätssicherung der Schulen sieht sie die Einführung einer Zentralen Abschlussprüfung, die allerdings an allen Schularten durchgeführt werden müsse.

**Blitzlichter**

Am Ende sind die Bildungspolitikerinnen noch einmal zur Höchstkonzentration aufgefordert. Denn die Ergänzung vorformulierter Halbsätze zu einem aussagekräftigen Statement erfordert ein spontanes Reagieren:



Redezeit begrenzt

„Am Ende der Wahlperiode 2021 wird die Realschule plus ... (Eich)

... rückblickend als erfolgreich zu bewerten sein!“ (Dickes)

„Eine gute Lehrerbildung ... (Dähler)

... ist eine Stufenlehrerbildung!“ (Ratter)

„Eine Schule für alle ... (Eich)

... ist völlig undenkbar!“ (Lerch)

„Eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung an der Realschule plus unter 27 Stunden ... (Dähler)

... ist nicht möglich!“ (Brück)



Bernd Karst

Die Medien-Dokumentation der Hauptversammlung wurde zusammengetragen und redaktionell betreut von Heidi Becker, Michael Eich, Wolfgang Häring, Bernd Karst, Christoph Krier, Wilfried Rausch und Regina Sersch. Die Fotos lieferten Claus Brier, Karin Berneburg und Wolfgang Wünschel. Das „amtliche“ Protokoll der Hauptversammlung erstellten unter der Koordination von Martin Radigk und Christoph Krier: Anna Becker, Joanna Boehlke, Gerhard Hein, Peter Quint, Ulrike Wedekind und Nicole Weis-Urbach.



## ► MOBILISIERUNG FÜR DIE DEMOKRATIE Wählen ab 16 = höhere Wahlbeteiligung?

Dieser Zusammenhang lässt sich zumindest aus den Ergebnissen einer neuen Studie der Bertelsmann Stiftung ableiten. Um der sinkenden Wahlbeteiligung entgegenzuwirken, wäre die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre demnach eine vielversprechende Lösung. Bei Jugendlichen um die 16 ließe sich vor allem durch Bildungsmaßnahmen in den Schulen politisches Interesse wecken.

Wahlen und Wähler sind die Basis der Demokratie, das weiß jeder Sozialkunde-Schüler. Daher macht die sinkende Wahlbeteiligung unserer Demokratie ganz schön zu schaffen. Und das ist schon länger so: egal, ob bei Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahlen, immer mehr Bürger entscheiden sich, auf ihr Wahlrecht zu verzichten. Ob es an Desinteresse liegt oder am Gefühl, man könne ja eh nichts ändern – Fakt ist, dass die Wahlbeteiligung stetig sinkt. Die er-

wähnte Studie „Wählen ab 16“ prognostiziert bei Bundestagswahlen bis 2049 ein Absinken auf 58 Prozent. Bei der letzten Bundestagswahl 2013 lag sie noch bei 71,5 Prozent.

Würde man es jedoch Jugendlichen ab 16 Jahren ermöglichen, zu wählen, so könnte die Wahlbeteiligung der Studie zufolge bis 2049 auf fast 80 Prozent steigen. Begründung: Vor allem Schüler wissen um die politische und gesellschaftliche Bedeutung von Wahlen, dürfen sich aber selbst noch nicht daran beteiligen. Eine Senkung des Wahlalters könnte das Interesse der Jugendlichen an Politik erhalten und damit eine dauerhafte höhere Wahlbeteiligung bewirken.

Darüber hinaus könne so die soziale Kluft zwischen den Wählern bzw. Nichtwählern möglicherweise verringert werden: „Vor allem Jugendliche aus sozial schwächeren und bil-



Foto: www.fotolia.de

dungsferneren Milieus gehen immer seltener wählen. Die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung ist bei jungen Menschen zwischen 18 und 29 Jahren dreimal so stark ausgeprägt wie bei den Wahlberechtigten in den anderen Altersgruppen. Eine höhere Erstwählerbeteiligung könnte die politische Ungleichheit in Deutschland entschärfen“, meint Robert Vehrkamp, Direktor des Stiftungs-Programms „Zukunft der Demokratie“.

Ohne die Schule geht das alles nicht. Um Erfolg bei der Mobilisierung der Jung-Wähler zu haben, braucht es gezielte Maßnahmen. Politik und Wahlen müssten in den schulischen Alltag integriert werden.

*wü/Quelle: [www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/dezember/waehlen-ab-16-kann-wahlbeteiligung-dauerhaft-erhoehen/](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/dezember/waehlen-ab-16-kann-wahlbeteiligung-dauerhaft-erhoehen/)*



Foto: www.fotolia.de

## ► THEMA SCHULSTERBEN Innerhalb von zehn Jahren wurden vier von zehn Hauptschulen geschlossen

Im Schuljahr 2014/15 gab es in Deutschland rund 33 600 Schulen. Dies waren 14 % bzw. 5.500 Schulen weniger als vor zehn Jahren. Betrachtet man die absoluten Zahlen wurden 42 % der Hauptschulen, 23 % der Realschulen, 19 % der Schularten mit mehreren Bildungsgängen und 10 % der Förderschulen in diesem Zeitraum geschlossen. Die Integrierten Gesamtschulen hingegen konnten sich mehr als verdoppeln, während die Freien Waldorfschulen einen Zuwachs von 19 % verzeichnen.

Weitere interessante Daten unter:

[www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BroschuereSchulenBlick0110018169004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Schulen/BroschuereSchulenBlick0110018169004.pdf?__blob=publicationFile)

*Hr/Quelle: Schulen auf einen Blick, Broschüre mit ausgewählten Schuldaten – destatis – Ausgabe 2016*

# INKLUSION BRAUCHT



Fotos: www.fotolia.de

## ► INKLUSION ALS SPARPAKET

### Wie der Unterrichtsalltag in einer Klasse mit behinderten und nichtbehinderten Kindern aussieht

Für Lehrer an einer Regelschule gleichen die Unterrichtsstunden mit Inklusionskindern oft einem „Eiertanz“. Öffentlich äußern mögen sich die meisten nicht. Schon gar nicht darüber, was in ihrem Unterricht abläuft, wenn sie vor einer Klasse mit sogenannten Inklusionskindern stehen. (...)

Oft sitzen sie (*die Inklusionskinder, Anm. der Redaktion*) das, was sie nicht anspricht, und auch vieles, was ihnen nicht zuträglich ist, geduldig aus. Manche lächeln dabei – man könnte meinen, sie lächeln es weg. Eine klassisch paradoxe Reaktion. (...)

Und eine allgemeinbildende Schule verlangt aus der Perspektive eines behinderten Kindes dauernd etwas, was es nur unter größter Anstrengung oder eben gar nicht schaffen kann. Dann beginnt der eine ruhelos zu kramen, erst auf dem Tisch und schließlich darunter und später in der Schultasche, eine Zweite macht laute Geräusche, beispielsweise mit einem Schlüssel, ein anderer fängt an zu „wandern“, und es hat auch schon welche gegeben, die in den Klassenschrank geklettert und dort bis zur Pause geblieben sind. Die geringsten Schwierigkeiten bereiten jene, die einfach den Kopf auf den Tisch sinken lassen, um so zu verharren, womöglich für den Rest der Unterrichtszeit. (...)

#### Der wesentliche Zweck von schulischer Inklusion scheint die Personaleinsparung zu sein.

Für Förderschulen gilt grundsätzlich eine Doppelbesetzung für jede Schulstunde (in Niedersachsen, redaktionelle Anmerkung), und das, je nach Schwerpunkt, bei einer Schülerzahl von sieben bis zwölf Kindern pro Klasse. Eine faire Inklusion müsste, so sollte man erwarten, dieses Zahlenverhältnis in Relation auf den Unterricht der Regelschule übertragen. (...)

Verantwortungsvoller Förderunterricht braucht gezielt gestaltete, auf die mentalen Befindlichkeiten der Kinder ausgerichtete Räume, um überhaupt wirksam zu sein. Wer einmal eine Förderschule von innen gesehen hat, weiß, dass dazu Rückzugsmöglichkeiten vom Lernbetrieb gehören, Nischen zum Ausruhen und Regenerieren, denn ein nach Regelstundenanzahl getakteter Schultag stresst und überfordert insbesondere Kinder der Problembereiche „geistige Entwicklung“, „Lernen“ und „emotional-soziale Entwicklung“. Als selbstverständlich gelten in Förderschulen ebenso integrierte Küchenzeilen, weil die erprobte Förderdidaktik lehrt, dass eine selbst zubereitete Verköstigung den Alltag behinderter Kinder sinnvoll strukturiert und die Möglichkeit bietet, sich so vom kognitiven Lernen zu erholen. An allgemeinbildenden Schulen gibt es solche Funktionsräume nicht.

#### Mit jedem ablaufenden Schuljahr werden Förderschulen geschlossen, und das spart. (...)

Und was machen freigesetzte Sonderpädagogen, die nun kein berufliches Zuhause mehr haben? Ganz einfach: Für sie beginnt ein neues, inklusiv bewegtes Lehrerleben. Ihre Stundenkapazitäten werden, in kleinste Einheiten gesplittet, über die Schullandschaft in ihrem Bezirk verteilt, wo sie, erst hier, dann dort und später anderswo, ihre fachlichen Fähigkeiten in den Regelschulbetrieb bringen sollen. Irgendwann auf den Endlosdienstfahrten wird der einen oder dem anderen vielleicht klarwerden, dass die wichtigste Qualifikation für den Job nicht das Staatsexamen ist, sondern der Führerschein. (...)

*Ra/Quelle: Ralph Gehrke, Lehrer an einer integrierten Gesamtschule.  
In: F.A.Z. vom 7. April 2016 in Beilage Bildungswelten, Seite 8*

► BUNDESFACHTAGUNG

# Begabung als Chance nutzen

## Mainzer Erklärung der 13 rot-rot-grünen Länderregierungen



Zehn „Thementische“ auf der Bundesfachtagung im Kurfürstlichen Schloss Mainz

Die Bildungsminister und Senatoren von 13 Bundesländern wollen die „Förderung leistungsstarker oder besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler“ forcieren. Auf einer Fachtagung mit 150 Bildungsexperten aus dem gesamten Bundesgebiet am 29. Februar 2016 in Mainz forderte der Hamburger Senator Ties Rabe in seiner thematischen Einführung: „Begabungsförderung muss in jeder Unterrichtsstunde stattfinden“. Diese sei Kernauftrag der Schule und dürfe sich nicht auf „Extraangebote für die zwei Prozent Schülerinnen und Schüler mit einem IQ-Wert von 130 und höher“ erschöpfen: „Die Förderung der Begabung ist eine Regelaufgabe“. Unseren Verband vertrat in Mainz der Stellvertretende Bundesvorsitzende Bernd Karst (Bingen).

### Talkrunde mit Ministern und Senatoren

In einem Podiumsgespräch erläuterten Senatorin Dr. Claudia Bogedan (Bremen), Minister Ulrich Commerçon (Saarland), Ministerin Sylvia Löhrmann (NRW), Senator Ties Rabe (Hamburg), Ministerin Vera Reiß (RLP) und Minister Andreas Stoch (BW) die „Mainzer Erklärung“ der 13 Bundesländer. „Unser Ziel ist ein Bildungssystem, in dem für jedes Kind, jede Jugendliche und jeden Jugendlichen unabhängig von der Herkunft ein bestmöglicher Lern- und Bildungserfolg gesichert ist. Das ist von großer Bedeutung sowohl für den Einzelnen als auch für unsere Gesellschaft.“

Die individuelle Förderung der Leistungspotenziale sei Kernauftrag jeder Schule. Individuelle Förderung bedeute, alle Kinder und Jugendlichen bei der Entwicklung sowohl kognitiver als auch sozial-emoti-

onaler, künstlerisch-kreativer und psychomotorischer Kompetenzen bestmöglich zu unterstützen.

Der Anspruch auf individuelle Förderung gelte gleichermaßen für leistungsstarke oder besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler, so die Mainzer Erklärung: „Auch sie bedürfen einer adäquaten Förderung, ihre Potenziale müssen frühzeitig erkannt und gefördert werden. Sie benötigen geeignete Formen des Lehrens und Lernens sowie auf sie zugeschnittene Angebote der Beratung und Begleitung ihres Bildungsganges.“ Entsprechende Anstrengungen sollen im Bereich der Lehrerbildung, der weiteren Etablierung von individuellen und systemischen Beratungsangeboten sowie der Intensivierung von Bildungs- und Schulbegleitforschung unternommen werden.

Bereits am 11. Juni 2015 hatte die Kultusministerkonferenz (KMK) eine gemeinsame Förderstrategie beschlossen. Daraufhin hatten am 08. Dezember 2015 die drei Kultusminister der CDU, die damalige Vorsitzende der KMK Brunhild Kurth (Sachsen) und ihre beiden Amtskollegen Ludwig Spaenle (Bayern) und Alexander Lorz (Hessen) einen eigenen Vorstoß zur Begabtenförderung unternommen und scherten ebenso wie nun die rot-rot-grünen Länder mit einer eigenen Tagung aus. Dazu Senator Ties Rabe (Hamburg) in Mainz: „Egal ob A- oder B-Länder: An der Hochbegabtenförderung müssen alle arbeiten. Im Vergleich zu den unionsgeführten Ländern sind wir verstärkt auf die Regelförderung ausgerichtet.“

### „Bildung der Vielfalt und Vielfalt der Bildung“

Unter diesem Thema referierte Prof. Dr. Eckhard Klie-me (DIPF Frankfurt am Main). Aus seinem Vortrag zwei Zitate:

- „Angesichts der Forderung nach Inklusion ist Begabtenförderung als Separierung obsolet.“
- „Der Kern eines Systems, das alle Schülerinnen und Schüler individuell fördert, ist ein adaptiver Unterricht.“

### Biographische Einblicke in eine gelingende Begabtenförderung

Schüler und Stipendiaten aus verschiedenen Bundesländern berichteten aus eigenem Erleben, darunter Nicolas Ebling (Mainz), ehemaliger Schüler des Otto-Schott-Gymnasiums Mainz-Gonsenheim, Schule für Hochbegabtenförderung, heute Jurastudent (Zitate):

- „Oma hat mir vor dem Eintritt in die Grundschule Lesen, Rechnen und Schreiben beigebracht. Ich konnte das TV-Programm vor der Einschulung lesen. Die 1. Klasse hatte ich übersprungen. Ich sollte dann noch eine Klasse überspringen, aber das wollten meine Eltern aus altersspezifischen Gründen nicht.“
- „Voraussetzung für die Aufnahme in mein Gymnasium war eine erfolgreiche IQ-Testung. Unsere Vorteile: Wir hatten in der Oberstufe Intensivklassen mit fünf bis zehn Schülern.“
- „In der 5. Klasse sind wir mit 18 Schülern gestartet (15 Jungen und 3 Mädchen). Die drei Mädchen wechselten nach einem Jahr in reguläre Parallelklassen. Umgekehrt kamen auch Schüler aus regulären Klassen in die Klasse mit Hochbegabtenförderung. Bis zum Abitur blieben noch sieben ehemalige Fünftklässler übrig.“

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 38.



Biographische Einblicke in eine gelingende Begabtenförderung (darunter Nicolas Ebling vom Otto-Schott-Gymnasium Mainz, 3. v. l.)

„Ich habe ganz vernünftig Klarinette gespielt und durfte ab und zu ein Solo spielen.“

Vera Reiß, Rheinland-Pfalz

„Ich war ein mittelmäßiger Schüler, setzte mich zwischen zwei begabte Schüler und hatte dann als bester Abiturient abgeschlossen.“

Ties Rabe, Hamburg

„Ich wurde immer als ‚Käpsele‘ (Übersetzung aus dem Schwäbischen: „gescheiter Mensch“) bezeichnet. Im Zeugnis stand: ‚Andreas stört die Mitschüler‘.“

Andreas Stoch, Baden-Württemberg

„Meine Mitarbeit in gesellschaftlichen und politischen Fragen war sehr gut. Ich war aber eine schlechte Schülerin und kämpfte um den Zugang in die Oberstufe.“

Sylvia Löhrmann, Nordrhein-Westfalen

„Ich engagierte mich lieber für die Schulgemeinschaft als in den einzelnen Fächern, zum Beispiel für die Schülerzeitungsarbeit.“

Ulrich Commerçon, Saarland

„Meine Begabungen lagen besonders im naturwissenschaftlichen und mathematischen Bereich. Ich habe dann aber Soziologie studiert.“

Dr. Claudia Bogedan, Bremen

Randzitate aus dem „Minister-Talk“



Bildungsministerin Vera Reiß, Gastgeberin der Bundesfachtagung in Mainz



Die Ministerrunde (vlnr): Minister Ulrich Commerçon (Saarland), Minister Ties Rabe (Hamburg), Senatorin Dr. Claudia Bogedan (Bremen), Ministerin Vera Reiß (RLP), Ministerin Sylvia Löhrmann (NRW), Minister Andreas Stoch (BW)

Kommentar

**Rückfall in ideologiegeleitete Debatten**

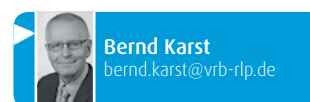
Hochbegabung ist eine von vielen Dimensionen menschlicher Vielfalt. Nachdem im Jahr 2010 die leistungsschwächeren Schüler im Fokus standen, traten im Jahr 2015 die hochbegabten Schüler ins Blickfeld der KMK. Auslöser der „Hochbegabten-Förderstrategie-Initiative“ vom 11. Juni 2015 war die PISA-Vergleichsstudie von 2013. Sie lieferte für die Leistungsschwächeren gegenüber den Studien aus den Jahren 2003 und 2009 in Deutschland erfreulicherweise bessere Ergebnisse, wohingegen der Anteil der Schüler in den oberen Kompetenzstufen stagnierte.

Der KMK-Beschluss vom 11. Juni 2015 ist ein bildungspolitischer Kompromiss der 16 Bundesländer. Maßnahmen sowohl der „äußeren Differenzierung“ als auch der „integrativen Förderung“ erhalten hier einen gleichgewichtigen Stellenwert, obwohl die Parteien ansonsten gerade in der Präferenz der Differenzierungsform konträre Auffassungen vertreten. Dass die 13 A- und 3 B-Länder bereits wenige Monate nach dem KMK-Beschluss jeweils getrennte Konferenzen veranstalteten, stößt bei Pädagogen auf Unverständnis. Ideologiegeleitete Diskussionen führen auch bei der Umsetzung der Hochbegabtenförderung keinen Schritt weiter.

**Auszüge aus dem 15 Seiten umfassenden KMK-Beschluss vom 11. Juni 2015**

- Ziel der Hochbegabtenförderung ist es, „Möglichkeiten für eine Optimierung der Lernbedingungen für diese Schülergruppe aufzuzeigen durch Maßnahmen, die den spezifischen Anforderungen dieser Gruppe sowohl im Rahmen unterschiedlicher schulischer Konzepte als auch durch außerschulische Angebote gerecht werden.“
- „Die Bildung von temporären Lerngruppen in klassen- oder jahrgangsübergreifender Form sowie in einzelnen Fächern oder Lernbereichen hilft Schülerinnen und Schülern, ihre hohen Potenziale und die vorhandenen Stärken zu entfalten. (...) Enrichment kann auch in Form eines Modells mit einer äußeren Differenzierung praktiziert werden, indem sich leistungsfähige Schülerinnen und Schüler regelmäßig in besonders eingerichteten Lerngruppen mit anspruchsvollen Aufgabenstellungen und Wissensinhalten befassen, die ihnen in dieser Form im Regelunterricht überwiegend so nicht begegnen“ (S. 6).
- „Die integrative Förderung ist neben spezifischen Enrichment- und Akzelerationsmaßnahmen ein Förderansatz, der in allen Schulstufen seinen Platz hat. Wesentliches Strukturmerkmal dieser auf Individualisierung der Lernprozesse basierenden Lernkultur ist das Prinzip der inneren Differenzierung, d.h. die Nutzung bindendifferenzierender Methoden, Unterrichtsinhalte und Aufgabenstellungen“ (S. 8).

Fotos: Fotograf Andreas Reeg im Auftrag der Karg-Stiftung/Frankfurt am Main. Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Stiftung



Bernd Karst  
bernd.karst@vrb-rlp.de

► 15 JAHRE NACH „PISA-SCHOCK“

## Armut und Migration als Bildungsbremse?

### OECD-Bericht sucht nach den Gründen für Schulversagen

**Unabhängig davon, in wie weit man das „Vermessen“ junger Menschen mittels PISA durch eine Wirtschaftsorganisation als Maßstab anerkennt, scheint ein Zusammenhang zwischen sozialem Status und Schulleistung doch ausgeprägt zu sein. Der aktuelle OECD-Bericht „Low Performing Students“<sup>1</sup> weist zum wiederholten Mal darauf hin.**

„Trotz spürbarer Verbesserungen im Bildungssystem nach dem PISA-Schock vor 15 Jahren gilt in Deutschland immer noch fast jeder fünfte fünfzehnjährige Schüler als zumindest teilweise äußerst leistungsschwach. Und nach wie vor ist der soziale Hintergrund eines Jugendlichen hierzulande ein entscheidender Risikofaktor für solches Schulversagen“<sup>2</sup>, so eine im Februar dieses Jahres veröffentlichte Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Neu ausgewertet wurden alte bis 2012 erhobene PISA-Daten. Wesentlich neue Erkenntnisse wurden dabei nicht gewonnen. Dazu Cornelia Schwartz, Vorsitzende des Philologenverbandes Rheinland-Pfalz: „Dass Mitgliedsstaaten der OECD weiterhin Geld für die Durchführung der aufwändigen PISA-Studien zahlen, ist in Anbetracht der Banalität der Ergebnisse eine Beleidigung für jeden Steuerzahler.“<sup>3</sup>

#### Prekäre häusliche Verhältnisse als Risikofaktor

Deutschland gehört zu den Staaten, in denen die Leistungsunterschiede zwischen Schülern mit Migrationshintergrund und den einheimischen Schülern am stärksten ausgeprägt sind. Über 25 Prozent der Schüler der ersten Generation, die nicht in Deutschland geboren sind, erreichen in Mathematik nicht das Basisniveau. Unter den Jugendlichen der zweiten Generation, die also hier geboren sind, liegt der Anteil sogar bei mehr als 40 Prozent. Ein überraschendes Ergebnis, das den Integrationsbemühungen zuwider läuft.

Schüler aus sozial schwachen Verhältnissen verlieren in der Schule viermal so häufig den Anschluss wie Schüler, deren Familien es wirtschaftlich besser geht.<sup>4</sup> Das höchste Risiko besteht in Deutschland für Mädchen, die aus armen Familien kommen, in denen eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird, die auf dem Land leben und die nur kurz ein Angebot der frühkindlichen Bildung wahrgenommen haben, so die OECD.

Allerdings greift die einfache Logik „Migrationshintergrund = Sprachprobleme = Armut = Schulversagen“ zu kurz. So haben Bildungsforscher türkische, deutsche und vietnamesische Schüler näher unter die Lupe genommen.<sup>5</sup> Während die türkischen Kinder in den Tests durchschnittlich deutlich schlechter abschneiden als deutsche, sind die vietnamesischen Schülerinnen und Schüler selbst in der deutschen Sprache besser als ihre deutschen Mitschüler. Und das gilt, obwohl ihre Eltern über ein niedrigeres Einkommen und auch über einen geringeren Bildungsstand verfügen. Man spricht vom „vietnamesischen Paradoxon“<sup>6</sup>. Die Erklärung des Phänomens fällt den Bildungsforschern schwer.



*Geringste Bildungschancen laut OECD: Mädchen, die nur kurz ein Angebot der frühkindlichen Bildung wahrgenommen haben, aus ländlichen Gegenden sowie aus ärmlichen Familien stammen, in denen nicht deutsch gesprochen wird.*

Foto: www.fotolia.de

Möglicherweise spielen der elterliche Erziehungsstil und die Einstellung zum Lernen eine Rolle.

#### Die ökonomische Sichtweise

Der Aufschwung ostasiatischer Gesellschaften wird auch dadurch deutlich, dass die Menschen dort neunmal wohlhabender sind als ihre Großeltern, in Lateinamerika aber nur zweieinhalbmal. Das ifo-Zentrum für Bildungsökonomik argumentiert, dass die Antwort auf beide Wachstumsrätsel in den großen Unterschieden in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bildungsleistungen der Bevölkerungen liegt. Entsprechend fordert das Institut die Politik auf, in die Qualität von Schulen zu investieren.

In ähnlich typisch ökonomischer Sichtweise heißt es im OECD-Bericht: „Wenn es gelänge, alle 15-jährigen in Deutschland bis 2030 auf PISA-Durchschnittsniveau zu bringen, würde die Wirtschaftsleistung um neun Prozent wachsen.“<sup>7</sup>

#### Gemeinsame Erziehungsoffensive erforderlich

Dass Schule allein, das Problem der Kinder mit extrem geringen Kompetenzen nicht lösen kann, betont der Präsident der Deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus: „Was problematische Elternhäuser betrifft, so ist es immer noch nicht gelungen, sie in Sachen Schulbildung ihrer Kinder in die Pflicht zu nehmen. Es

gibt (...) keine Bildungsoffensive ohne elterliche Erziehungsoffensive.“<sup>8</sup>

Während sich die leistungsschwächsten Schüler durchschnittlich 3,7 Std/Woche mit Hausaufgaben beschäftigen, sind es bei den leistungsstarken 4,5 Std. Der Chef des Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, fühlt sich bestätigt: „Dass besser abschneidende Schüler auch mehr Zeit in Hausaufgaben investieren, widerlegt die Kritik an deren angeblicher Sinnlosigkeit.“

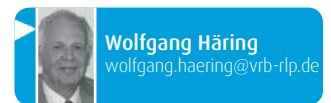
Wer ausschließlich den sozialschwachen Status für die mangelhafte Leistungsfähigkeit Jugendlicher verantwortlich macht, leugnet jeglichen Einfluss der Vererbung. Genauso wenig kann das Verweigern individueller Förderung damit begründet werden, die „low-performing-students“ seien durch ihre Anlagen so geprägt, dass jede Mühe vergeblich ist.

### Forderungen an die Politik

Schwache Schulleistungen seien „nicht das Ergebnis eines einzelnen Risikofaktors, sondern einer Kombination von mehreren Hindernissen und Benachteiligungen“, so das Fazit der OECD-Studie. Daher gebe es auch mehrere Stellschrauben: Chefkoordinator Andreas Schleicher nannte frühkindliche Bildung, eine frühe Leistungsdiagnostik, verbindliche Bildungsstandards, mehr Ganztagschulen, intensivere Aus- und Weiterbildung für Lehrkräfte.

Der Journalist Winfried Folz kommentiert die Veröffentlichung des Berichts so: „Andere Unterrichtsformen, zusätzliche Angebote außerhalb des Unterrichts, die

Beteiligung von Eltern oder spezielle Programme für Migranten bewirken, dass schwache Schüler wieder den Anschluss finden. In Deutschland ist das in den vergangenen Jahren gelungen. Und es hat sich bewährt, wogegen sich manche Bildungsminister lange gewehrt haben: Dass nämlich ein Mehr an Autonomie an den einzelnen Schulen gerade jenen hilft, deren Kompetenzen niedrig sind. (...) Länder, in denen Schulen freier agieren können als in Deutschland, fahren nach den Zahlen der Pisa-Studie Erfolge ein. Und noch etwas steckt hinter den schlichten Wahrheiten der Wissenschaft: Mehr Lehrer tun den Schülern gut. Schon komisch, man hat es irgendwie geahnt.“<sup>9</sup>



<sup>1</sup> Original-Text unter [www.oecd.org/berlin/publikationen/low-performing-students.htm](http://www.oecd.org/berlin/publikationen/low-performing-students.htm)

<sup>2</sup> dpa-Meldung vom 10. Februar 2016

<sup>3</sup> Pressemitteilung des Philologenverbandes RLP vom 14. Februar 2016

<sup>4</sup> DIE RHEINPFALZ vom 10. Februar 2016

<sup>5</sup> Nauck, Bernhard, Schnoor, Birger „Against all odds?“, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 4/2015

<sup>6</sup> Gerald Graf „Das vietnamesische Paradoxon“ in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Januar 2016

<sup>7</sup> DIE WELT vom 10. Februar 2016

<sup>8</sup> DL-Pressemittlung vom 11. Februar 2016

<sup>9</sup> DIE RHEINPFALZ vom 10. Februar 2016

## ► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 11. FEBRUAR 2016

# Hoher Nachhilfebedarf als Folge einer falschen Schulwahl

**Angesichts der Ergebnisse einer aktuellen Bertelsmann-Studie bezüglich des Nachhilfebedarfs deutscher Schüler appelliert der Landesvorsitzende des Verbandes Reale Bildung Bernd Karst an die Eltern der Viertklässler, die Chancen der differenzierten Bildung an Realschulen plus zu nutzen.**

„Man kann es ja mal probieren“, ist ein häufig gehörter Satz aus dem Mund von Eltern, die über den schulischen Werdegang ihres Kindes nach der 4. Klasse nachdenken. Mit „mal probieren“ ist der Besuch des Gymnasiums gemeint. Da es keine verbindlichen Übertrittsempfehlungen gibt, ist diese Überlegung nachvollziehbar. Aber ist sie auch sinnvoll? „Für die Persönlichkeitsentwicklung, das Selbstwertgefühl und das Wohlbefinden eines Kindes ist es sehr viel besser, wenn es die Erfolgsleiter stufenweise erklimmt, anstatt von den Eltern gleich auf die oberste

Sprosse gesetzt zu werden, um dann herunterzupurzeln“, sagt Karst aus seiner langjährigen Erfahrung als Lehrer und Schulleiter. „Erreichbare Ziele und Erfolge steigern die Motivation!“

Die Realschulen plus bieten alle Bildungsabschlüsse an – bis hin zum Fachabitur. Durch individuelle Betreuung geben sie den Schülern Ruhe und Sicherheit auf dem Weg zum Ziel. Es bleibt auch noch Spielraum für Hobbies. Übergänge sind nach der Orientierungsstufe und nach Klasse 10 problemlos möglich. Dass laut Bertelsmann-Studie deutschlandweit rund 1,2 Millionen Schüler Nachhilfe in Anspruch nehmen, ist ein Warnsignal dafür, dass ein – zumindest für den Anfang – unpassender Bildungsweg gewählt wurde.

Mit dem Wechsel von der Grundschule zur weiterführenden Schule steigt bei Deutschlands Schülern der Nachhilfebedarf; unter den Gymnasiasten ist er am höchsten – für Karst ein klares Zeichen einer falschen Schulwahl.



## ► RESOLUTIONEN VERABSCHIEDET

# dbb Frühjahrssitzung des Landes- und Hauptvorstandes

Ende April tagten die dbb-Vorstandsgremien in Trier. Für den VRB nahmen Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler und der stellvertretende Landesvorsitzende Erwin Schneider teil. VRB-Ehrenvorsitzender Bernd Karst wurde im Rahmen der Nachmittagsveranstaltung durch die Landesvorsitzende Lilli Lenz offiziell aus den Gremien des dbb verabschiedet.

Im Mittelpunkt standen der Inhalt des in der Entwurfsfassung vorliegenden Koalitionsvertrags zwischen SPD, FDP und den GRÜNEN sowie Fragestellungen und Forderungen im Hinblick auf eine gerechte Bezahlung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Zu beiden Themenkomplexen verabschiedete der dbb-Landeshauptvorstand die Resolutionen „Ampel-Koalitionsvertrag – Nein zum Personalabbau“ und

„Faire Bezahlung im öffentlichen Dienst – gerissene Löcher müssen gestopft werden“.

Der vollständige Text findet sich unter [www.dbb-rlp.de/wir/positionen.html](http://www.dbb-rlp.de/wir/positionen.html)



Zum Gruppenbild versammelt: Die Vorsitzenden der rheinland-pfälzischen dbb-Mitgliedsverbände

Foto: Hestermann, dbb

► ZWEITES SENIORENSEMINAR IN KÖNIGSWINTER

## Gesundheit und Pflege im Alter

Das Amt der VDR-Seniorenvertretung ist vom Bundesvorstand 2014 geschaffen worden, um die Interessenvertretung der pensionierten Lehrkräfte auf Bundes- und Landesebene nachhaltig sicherzustellen. Unterstützt wird Christa Nicklas auf Bundesebene von den Seniorenvertreterinnen und -vertretern aus den Landesverbänden. Die Seminare dienen der Kommunikation, Information und Zielsetzung für die Verbandsarbeit. Für den VRB hat auf Landesebene Wilfried Rausch die Vertretung der Pensionäre übernommen.

Das zweite Seniorenseminar des VDR-Bundesverbandes hatte als Schwerpunktthema „Gesundheit und Pflege im Alter“ gewählt. Das Seminarthema umfasste die Teilbereiche Vorsorgevollmacht, Pflege, richtige Ernährung sowie sicheres Wohnen im Alter.

Jürgen Böhm, VDR-Bundesvorsitzender, nahm am ersten Tag am Seminar teil und gab mit seinen Beiträgen „Schule in der Einwanderungsgesellschaft“ und „Digitalisierung der Schule“ einen Einblick in schul- und verbandspolitische Entwicklungen und Aktivitäten. Christa Nicklas, die die Seniorenvertretung VDR Bund in der Seniorenvertretung von dbb beamtenbund und tarifunion wahrnimmt, leitete das Seminar und informierte über ihre Arbeit als Seniorenbeauftragte.

Alle Beiträge weckten das Interesse der Teilnehmer und regten zu Nachfragen an. Insbesondere das Schwerpunktthema machte deutlich, dass diese Themen nicht nur die Senioren betreffen sollten. Das Thema Vorsorgevollmacht mit Patientenverfügung



Seminarleiterin Christa Nicklas

Foto: Rausch

und Erklärung zur Organspende ist nicht an bestimmte Altersgruppen gebunden. Auch junge Mitglieder sollten sich dieser Thematik stellen und den rechtlichen Rahmen für sich mindestens alle zwei Jahre prüfen.

Christa Nicklas machte deutlich, dass die Mitwirkung der Seniorenvertretung unseres Verbandes unter dem Dach des dbb und tarifunion an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes notwendig ist, damit altersgerechte Regelungen für den Ruhestand nicht außer Acht geraten.

Es gilt u. a. dafür einzutreten, dass die Pensionen nicht von den jährlichen Steigerungen der aktiven Bezüge abgekoppelt werden oder, wie in einem Bundesland angedacht wurde, der Beihilfeanspruch für Pensionisten von 70 % auf 50 % gesenkt wird.



Wilfried Rausch  
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



Teilnehmer des Seniorenseminars in Königswinter

Foto: Hillen



## ► LÄNDERVERGLEICH GANZTAGSSCHULEN Rheinland-Pfalz schneidet gut ab

Es gibt eine neue Klemm-Studie. Der Essener Bildungsforscher hat sich im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung angesehen, wie die einzelnen Bundesländer ihre gebundenen Ganztagschulen ausstatten. Ergebnis: Die Bundesländer statten ihre Ganztagschulen uneinheitlich aus. Am besten schneiden dabei Berlin, das Saarland und (im Bereich der weiterführenden Schulen) Rheinland-Pfalz ab. Das Ergebnis des Bundesländervergleichs nennt Martin Korte auf News4teachers im Grunde einen Skandal. „Die Ursache für den deutschen Flickenteppich ist ein Systemfehler: Bildung ist Ländersache, es fehlen einheitliche Standards und deren Überprüfung. Wir wollen eine europäische Einheit, bekommen aber bei der Bildung noch nicht einmal eine deutsche Einheitlichkeit hin.“

Hintergrund: Derzeit geht jeder dritte Schüler (32,3 Prozent) ganztags zur Schule. Rund die Hälfte davon haben verpflichtenden Nachmittagsunterricht. Die Nachfrage ist deutlich höher: Bundesweit wünschen sich (nach einer Emnid-Studie von 2012) 70 Prozent aller Eltern einen Ganztagsplatz für ihr Kind.

Wü/Quellen: [www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/in-vielfalt-besser-lernen/projektnachrichten/ausbau-des-ganztagsunterrichts-verlangsamt-sich/](http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/in-vielfalt-besser-lernen/projektnachrichten/ausbau-des-ganztagsunterrichts-verlangsamt-sich/)  
[www.spiegel.de/schulspiegel/ganztagschulen-ganz-und-gar-nicht-zufriedenstellend-a-1089615.html](http://www.spiegel.de/schulspiegel/ganztagschulen-ganz-und-gar-nicht-zufriedenstellend-a-1089615.html)

## ► VRB UND PHILOLOGENVERBAND IM GESPRÄCH

### Wir wollen eine starke Realschule plus

**Beim Frühjahrstreffen der Vorstandsgremien von Philologenverband und Verband Reale Bildung ging es um Absprachen gemeinsamer schul- und bildungspolitischer Projekte. Auf Seiten des PhV nahm Cornelia Schwartz mit ihrem neugewählten Vorstand teil: Stellvertreterin Sigrid Janotta-Fischer, Bildungsreferent Ralf Hoffmann, Pressereferent Jochen Ring sowie Horst Wittig von der IGS-Arbeitsgemeinschaft. Auf Seiten des VRB nahmen der geschäftsführende Landesvorstand sowie die IGS-Referentin Regina Bollinger teil.**

Der Austausch über Eckpunkte der Verbandspolitik beider Lehrerverbände ergab eine hohe Übereinstimmung in den Verbandszielen. Beide Lehrerverbände stehen für ein differenziertes und leistungsfähiges Schulsystem, für eine differenzierte sowie für den Unterrichtseinsatz qualifizierende Lehrerbildung und für eine Lehrereinstellung, die dem Bedarf der jeweiligen Schularten und den Perspektiven der ausgebildeten Lehrkräfte gleichermaßen Rechnung trägt.

Die Qualität des differenzierten Schulsystems in Rheinland-Pfalz kann nach übereinstimmender Meinung der Verbandsvertreter nur dann gesichert werden, wenn die Schularten Gymnasium, Integrierte Gesamtschule und Realschule plus Zuspruch und Anerkennung von Gesellschaft und Wirtschaft erfahren. Die unterschiedlichen Profile und die Leistungsanforderungen aller drei Schularten müssen vor allem in der Elterninformation herausgestellt werden.

Unter der Leitlinie, dass es auch künftig ein differenziertes Schulwesen mit einer starken Realschule plus geben müsse, wurden Möglichkeiten erörtert, wie bildungs- und schulpolitisch die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung herzustellen sei. Im Mittelpunkt stand u.a. die Frage, welche Formen der Kooperation künftig gepflegt werden können. Fortsetzen will man auch die erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich der Integrierten Gesamtschulen, wo es bereits bei der letzten



Frühjahrstagung Philologenverband und Verband Reale Bildung: Glück und Erfolg im neuen Amt wünschte Bernd Karst der neu gewählten Vorsitzenden des PhV, Cornelia Schwartz (2. v. r.). Nach erfolgreicher Besprechung versammelten sich die Vorsitzenden, die Stellvertreter und die IGS-Referenten der beiden Verbände gut gelaunt zum Gruppenbild. Von links: Wilfried Rausch, Sigrid Janotta-Fischer (PhV), Regina Bollinger, Bernd Karst, Cornelia Schwartz (PhV), Horst Wittig (PhV)

Foto: Wü

Personalratswahl eine Listenverbindung von PhV und VRB gab. Die gemeinsame Präsenz in den Hochschulen soll ebenfalls verstärkt werden.

Wilfried Rausch, Wolfgang Wünschel

► MINISTERIUM IM UMBRUCH

## Dr. Hubig als neue Bildungsministerin am Start

Am 11. Mai wurde das Personaltableau für die geplante rot-gelb-grüne Regierung präsentiert. Der Bildungsbereich wird neu aufgestellt.



Foto: Nürnberger – Quelle: bmjv

Neben einem Bildungsministerium wird es ein Wissenschaftsministerium geben. Es wird geführt von dem parteilosen Prof. Dr. Konrad Wolf. Er ist Präsident der Hochschule (vormals FH) Kaiserslautern, die drei Standorte (KL, PS, ZW) hat und sich als „moderne Hochschule für angewandte Wissenschaften und Gestaltung“ versteht.

Neue Bildungsministerin wird Dr. Stefanie Hubig. Die Landesschau formulierte: „Auf Stefanie Hubig hätten wohl die wenigsten getippt.“

In der Pressekonferenz räumte Hubig freimütig ein, nicht aus der Bildung zu kommen. Sie halte das Thema für spannend und könne sich mit der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz identifizieren. Sie habe sich mit Doris Ahnen und Vera Reiß unterhalten und sehr schnell für sich entschieden: „Das ist ein Thema, das mich interessiert, und zwar einfach, weil es ganz viel mit Gerechtigkeit zu tun hat.“

Zur Person: Stefanie Hubig ist Juristin und war in den letzten beiden Jahren beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Dort war sie zuständig für die Bereiche Justiz, Rechtspolitik und Verwaltung. Im bmjv war sie als Referatsleiterin schon früher tätig, bevor sie 2008

in die Staatskanzlei Rheinland-Pfalz wechselte und danach im rheinland-pfälzischen Justizministerium beschäftigt war. Schulzeit und Studium absolvierte sie in Bayern.

Die Ministerpräsidentin ging in der Pressekonferenz auf die fachfremde Verwendung ihrer neuen Bildungsministerin ein: Sie besitze Fleiß, Affinität zum Thema und die Bereitschaft, auch Rat anzunehmen. Sie werde sich rasch und gut einarbeiten.

Fazit: Man sollte sich von den etwas holprigen bildungspolitischen Startvorbereitungen zunächst nicht irritieren lassen. Wir wünschen Ministerin Hubig jedenfalls einen guten Start. Wie sie die ersten Meter absolviert haben wird, berichten wir in unserer nächsten Ausgabe.



► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 14. MAI 2016

## VRB fordert Kursstabilität

**Der personelle Wechsel im Bildungsministerium kommt allgemein überraschend. Die politische Zusammenarbeit des Verbandes Reale Bildung (VRB) mit der ausscheidenden Amtsinhaberin war zunehmend geprägt von einer Stärkung der Realen Bildung. Ministerin Vera Reiß zeigte sich auch in Detailfragen kompetent und hat der Realschule plus neben einer besseren Unterrichtsversorgung 48 zusätzliche Funktionsstellen zugesichert, die auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben sind.**

Sie entsprach damit einer der langjährigen Forderungen des Verbandes Reale Bildung. Die Realschule plus wertete sie als aufstiegsorientierte und leistungsstarke Schule und als eine attraktive Alternative zum Gymnasium. Die Absicht und „maximale Offenheit des Ministeriums“, die Fachrichtungen und Fachkombinationen der an den Realschulen plus angeschlossenen 32 Fachoberschulen zu sichern und auszuweiten, entspricht aus Sicht des Verbandes einem dringlichen Anliegen. Der Verband Reale Bildung erwartet von der künftigen Landesregierung Kursstabilität. Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer

Bildung im Sinne eines chancengerechten Schulsystems müsse auch weiterhin ein unverzichtbarer Bestandteil der künftigen rheinland-pfälzischen Bildungspolitik sein.

Der Verband Reale Bildung dankt der ausscheidenden Bildungsministerin Vera Reiß für die faire und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Der VRB wünscht der designierten Ministerin Dr. Stefanie Hubig einen erfolgreichen Einstieg in ihr neues Aufgabengebiet und eine konstruktive schulpolitische Arbeit auch mit Blick auf die Herausforderungen der Realen Bildung.

**Zum Hintergrund** Reale Bildung ist attraktiv, denn sie öffnet zahlreiche Wege und Alternativen. Die schulische und berufliche Laufbahn ist daher nicht einseitig festgelegt, sondern abhängig von Begabung, Interessen, Leistung und Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler. Das Schulsystem in Rheinland-Pfalz muss diese Durchlässigkeit gewährleisten und erhöhen. Die Erfahrungen mit der neuen Schulstruktur zeigen, dass die Reale Bildung sowohl für die Realschule plus als auch für die Integrierte Gesamtschule weiter ausgebaut werden muss. Hier setzt der VRB als Interessenverband seinen schul- und verbandspolitischen Schwerpunkt.

► ZUM SCHLUSS

## „...dass man sich aufeinander verlassen kann.“

### Kurz-Interview mit Vera Reiß

**Vera Reiß hat sich für eine andere Schwerpunktsetzung in ihrer Lebensplanung entschieden. Einen Tag nach ihrem Abschied aus dem Bildungsministerium hatte RBiRP Gelegenheit zu einem kurzen Telefoninterview.**

Ihre Antwort auf die Frage, was sie beim Blick nach vorne sehe, lässt aufhorchen: „Die Chance, mich künftig kontinuierlich beschäftigen zu können.“ Das klingt, als hätte sie selbstbewusst eine Zukunftsperspektive in den Blick genommen, die nicht vom politischen Alltag dominiert ist. Wir würden uns freuen, wenn sie ihre Kompetenz und Praxiserfahrungen in Bildungsfragen in Publikationen oder in anderen Beiträgen einbringen würde.

Vera Reiß war 22 Jahre lang im Bildungsministerium beschäftigt. Ministerin wurde sie zur Hälfte der letzten Legislaturperiode. Ihr gelang eine reibungslose Kontinuität zur Arbeit ihrer



Vorgängerin. Eigenes Profil gewann sie beim Bestreben, die Schularten einander anzunähern. Sie hat die Bedeutung der Realen Bildung erkannt, sich zur Realschule plus bekannt und die Berufs- und Studienorientierung zur Aufgabe aller Schularten gemacht.

Was nimmt sie mit aus dieser Zeit? „Es lohnt sich, mit Menschen so zusammenzuarbeiten, dass man sich aufeinander verlassen kann.“



**Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@  
vrb-rlp.de



## ► URTEIL DES LANDESSOZIALGERICHTS

### Gesetzliche Unfallversicherung auch bei Projektarbeiten außerhalb der Schule

Das Landessozialgericht in Stuttgart hat am 17. März 2016 einem Schüler Recht gegeben, der im März 2013 auf dem Nachhauseweg von einem Videodreh außerhalb der Schule verunglückt war. Er wurde von einem Mitschüler angerempelt und zu Fall gebracht, stürzte auf den Kopf, erlitt ein schweres Schädel-Hirn-Trauma und sitzt seitdem im Rollstuhl. Die Berufsgenossenschaft hatte es abgelehnt, den Sturz des Schülers als Arbeitsunfall anzuerkennen und damit in erster Instanz vor dem Sozialgericht Heilbronn Recht bekommen. Die Richter des Landessozialgerichts haben es anders gesehen und dem Schüler Recht gegeben.

Den Schülern war im Musikunterricht die Aufgabe gestellt worden, einen Videoclip zum Thema „Musik und Werbung“ zu drehen. Zunächst war vorgegeben, die Aufgabe während der Unterrichtszeit auf dem Schulgelände zu erledigen, jedoch erhielten die Schüler auf ihren Wunsch die Möglichkeit, das Video auch im privaten Be-

reich zu drehen. Etwa die Hälfte machte hiervon Gebrauch. Entscheidend war für die Richter des Landessozialgerichts, dass die Gruppenprojektarbeit, bei der der Schüler verunglückt ist, eine organisatorisch von der Schule getragene Unternehmung war, auch wenn sie im häuslichen Bereich stattgefunden hat. Wenn die Schule den minderjährigen Schülern die Entscheidung überlässt, ob und wie sie eine Unterrichtsaufgabe erledigen und sie dann nicht mehr beaufsichtigt, führt dieser „aufgelockerte“ Schulunterricht nicht dazu, dass die gesetzliche Schülerunfallversicherung entfällt. Projektarbeiten auch außerhalb der Schule gehören mittlerweile zu einem modernen Unterrichtskonzept, bei dem der schulorganisatorische Rahmen gelockert wird. Der Schutzbereich der Unfallversicherung deckt diese Formen modernen Unterrichts ab.

Das Landessozialgericht hat wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache die Revision zum Bundessozialgericht zugelassen.



Foto: www.fotolia.de

Urteil des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom 17.03.2016, Az.:L 6 U 4904/14

**Hintergrund:** Die sog. Schülerunfallversicherung umfasst Betätigungen von Schülerinnen und Schülern während des Unterrichts und im Rahmen von Schulveranstaltungen. Maßstab ist, ob Schülerinnen und Schüler sich im organisatorischen Verantwortungsbereich der Schule betätigen und der schulischen Aufsichtspflicht unterliegen. Dies ist bei gewöhnlichen Hausaufgaben nicht der Fall. Klärungsbedürftig ist nach Auffassung der Stuttgarter Richter die Frage, inwieweit moderne Unterrichtskonzepte mit Aktivitäten außerhalb des gewöhnlichen Lernens in der Schule von der Schülerunfallversicherung gedeckt sind. Aus diesem Grund hat das Landessozialgericht die Revision zum Bundessozialgericht zugelassen.

*Hr/Quelle: Pressemitteilung des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom 17. März 2016*

## ► ABLENKUNGSMANÖVER?

### Grundsätzliche Anmerkung zur schulischen Gesetzgebung

„Die Tendenz bei jedem tatsächlichen oder vermeintlichen Problem den Schulen eine neue Aufgabe zu übertragen – von der gesunden Ernährung bis zum Höflichkeitstraining – ist Ausdruck gesellschaftlichen und politischen Versagens, überfordert Lehrer und weckt bei Eltern und Schülern unerfüllbare Erwartungen. Gesetze und Vorschriften werden in diesem

Zusammenhang nicht als Leitlinie und Stütze schulischen Handelns empfunden, sondern als eine auf Medienthemen und dem Zufallsprinzip beruhende Ablenkung von der eigentlichen schulischen Aufgabe“.

*Ra/Quelle: Thomas Böhm – Schule im Rechtsstaat, SchulRecht 3–4, 2016*

## ► DIGITALISIERUNG

# eBescheid-Beihilfe

**Die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamte können ihre Beihilfebescheide nunmehr elektronisch vom Landesamt für Finanzen übermittelt bekommen. Darauf weist die rheinland-pfälzische Finanzministerin Doris Ahnen hin.**

„Wir bieten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein höheres Maß an Service und entlasten gleichzeitig unsere eigene Verwaltung...“, so Ahnen. Die beihilfeberechtigten Beamtinnen und Beamte profitieren vom eBescheid-Beihilfe. Die Bescheide stehen früher zur Verfügung und können von jedem PC mit Internetzugang abgerufen werden. Die eingereichten Belege werden ebenfalls übermittelt, sodass keine Zweitkopien angefertigt

werden müssen. Die Finanzministerin hob auch hervor, dass die Teilnahme an dem neuen Verfahren freiwillig ist. Die Beamtinnen und Beamten können zwischen den beiden Alternativen wählen. Eine getroffene Entscheidung für den eBescheid-Beihilfe ist zudem nicht endgültig. Vielmehr kann jederzeit wieder in das bisherige Verfahren gewechselt werden.

*Wü/Quelle: NL Staatskanzlei 3. Mai 2016*

## ► RECHT AN SCHULEN

# Datenschutz bei Verwendung personenbezogener Daten in der Schule

## Was Lehrkräfte zu beachten haben

Datenschutz in Deutschland folgt zunächst einem sehr einfachen Prinzip: Personenbezogene Daten dürfen durch öffentliche oder private Stellen gespeichert werden, wenn es durch ein Gesetz erlaubt ist oder der/die Betroffene einwilligt. Leider ist die Umsetzung dieses Grundsatzes ganz und gar nicht einfach, da es im Einzelfall immer davon abhängt, welche Datenverarbeitung für welchen Zweck erforderlich ist. Außerdem sind immer mehr Sicherheitsstandards zu beachten. Im folgenden Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu wird der Umgang mit Schülerdaten auf mobilen Endgeräten und in sozialen Netzwerken näher erläutert.

### EINSATZ VON LAPTOPS UND TABLETS

Lehrkräfte setzen in der Vorbereitung und Gestaltung des Unterrichts verstärkt ihre eigenen Laptops bzw. Tablets ein, die praktisch zum täglichen Begleiter auch in der Schule geworden sind. Folglich verwenden Lehrkräfte auch in ihrem Verwaltungshandeln diese privaten Medien: Notenbücher werden elektronisch geführt, Klassenarbeiten ausgewertet, Schülerverhalten und Elterngespräche dokumentiert wie auch Notizen aus den Klassenkonferenzen und Teamsitzungen festgehalten. Hierbei fällt auch eine beachtliche personenbezogene Datenmenge an.

**Was muss ein Lehrer beim Einsatz der eigenen Geräte in der Schule beachten? Darf er Daten extern speichern?**

Im Bereich der Schulen gibt es Vorschriften, die die Verarbeitung und die Speicherung von Daten erlauben. So dürfen Schulen nach § 67 SchulG RLP zur Erfüllung schulbezogener Aufgaben

- zu Zwecken der Evaluation,
- zu Zwecken der Ausbildung oder Fortbildung,
- zur Übermittlung an Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs,
- für statistische Zwecke

Daten erheben, verarbeiten und speichern.

Dies gilt auch für die private Nutzung, da Lehrer – mangels schulischen Arbeitsplatzes – immer schon Ihre dienstlichen Pflichten auch im privaten Arbeitszimmer erledigt haben.

In Rheinland Pfalz gilt für die **private Nutzung** allerdings im § 89 der Übergreifenden Schulordnung (ÜSchO)<sup>1</sup> eine Sonderregelung: Danach dürfen personenbezogene Daten auf privaten Geräten nur dann genutzt werden, wenn die Schulleitung dies **genehmigt** hat, das Gerät unter den gleichen Bedingungen wie dienstliche **kontrolliert** werden kann und den Belangen des **Datenschutzes** Rechnung getragen wird.

Demnach muss sich der Lehrer schriftlich gegenüber der Schulleitung einverstanden erklären, dass er für die Wahrnehmung

von Kontrollaufgaben den zuständigen Personen den Zugang zu dem Gerät in seinem privaten Bereich ermöglicht (= Betretungsrecht einräumen).

In dieser Einverständniserklärung<sup>2</sup> ist ebenfalls die Verpflichtung zu erwähnen, dass ein unberechtigter Zugriff Dritter durch technisch-organisatorische Maßnahmen verhindert werden muss. Dies ist besonders wichtig, soweit der PC ebenfalls von anderen Familienangehörigen genutzt wird und über eine Internetverbindung verfügt.

### VERWENDUNG VON SPEICHERMEDIEN

Zeugnisse werden in der Regel mit einem Zeugnisprogramm erstellt. Im Vorfeld müssen die Noten eingegeben bzw. an die Kollegen weitergegeben werden. Dabei kommen Speichermedien wie z. B. USB-Sticks zum Einsatz.

**Was müssen Lehrer bei Verwendung eines USB-Sticks zur Notenein- und -weitergabe beachten?**

Wenn Speichermedien verwendet werden, müssen diese verschlüsselt sein und ausschließlich schulischen Zwecken dienen. Sie sollten daher nicht für andere Zwecke (Urlaubsfotos o.Ä.) verwendet werden.

### EINSATZ VON PRIVATEN RECHNERN BEI DER ERSTELLUNG VON ZEUGNISSEN

Verbalbeurteilungen als Anlagen zu den Zeugnissen werden auf privaten Rechner vorbereitet und teilweise zuhause ausgedruckt.

**Was müssen Lehrer beachten, wenn sie private Rechner für Erstellung von Verbalbeurteilungen verwenden? Dürfen Zeugnisprogramme auf privaten Rechnern zum Ausdrucken von Zeugnissen verwendet werden?**

Verwenden Lehrer private Rechner, müssen sie organisatorische und technische Sicherheitsvorkehrungen treffen. Dazu gehört

die Überprüfung der Software für Zeugnisprogramme. Sie sollte von einem deutschen Hersteller in Deutschland programmiert und vom rheinland-pfälzischen Datenschutzbeauftragten zertifiziert worden sein. Außerdem ist Folgendes zu beachten:

- Auf dem Rechner sollten einzelne Benutzerkonten mit Passwortschutz eingerichtet werden; die Zugriffsrechte sollten so konfiguriert sein, dass nur der Lehrer und nicht seine Angehörigen auf die Zeugnisprogramme zugreifen kann.
- Die Daten sollten verschlüsselt werden.
- Die Daten sollten nicht auf der häuslichen Festplatte gespeichert werden, sondern auf einem externen Datenträger (z. B. externe Festplatte ausschließlich für schulische Zwecke oder USB-Stick, auf dem die Daten verschlüsselt werden).
- Um sicher zu stellen, dass nicht unbefugte Dritte Zugriff auf die Daten erhalten, sollten die aktuellen Firewall- und Antivirenprogramme immer auf dem neuesten Stand sein.
- Um sich rechtlich abzusichern, ist zu empfehlen, dass der schulische Datenschutzbeauftragte oder der Systemadministrator der Schule in die Prozesse mit eingebunden werden. Diese können protokollieren, dass alle Vorgaben erfüllt sind.



Quelle für Bildkomposition: www.fotolia.de

## ELTERNKOMMUNIKATION ÜBER MESSENGER-APP?

Die Nutzung von Messenger-Apps wie z. B. WhatsApp gehört bei vielen Eltern zum täglichen Leben. Diese wollen die Eltern auch zur schulischen Kommunikation nutzen, um den Kontakt zu den Lehrern bzw. Klassenlehrern ohne Zeitverzug direkt im Sinne einer intensiven und effektiven schulischen Begleitung ihrer Kinder pflegen zu können.

**Ist den Lehrern die Nutzung von Messenger-App für die Elternarbeit erlaubt? Wenn dies der Fall ist, worauf müssen Lehrer achten? Was dürfen Lehrer auf diesem Wege weitergeben?**

Grundsätzlich sollen Lehrer in schulischen Belangen nicht über soziale Netzwerke kommunizieren. Dies hat das Land Rheinland-Pfalz im Oktober 2013 beschlossen. Oft wird entgegnet, dass

dies doch nur für Facebook gelte. Das Verbot erstreckt sich jedoch auf alle sozialen Netzwerke, und daher auch auf WhatsApp (welches inzwischen ohnehin zu Facebook gehört).

Zu erklären ist dies zum einen mit den mangelnden Sicherheitsstandards der sozialen Netzwerke, andererseits aber auch auf Grund des Umgangs personenbezogener Daten der Herausgeber dieser Netzwerke. Daher darf deren Einsatz von staatlichen Stellen keinesfalls gefördert werden.

Auch die Kommunikation mit Eltern<sup>3</sup> ist in der Regel dem schulischen Kontext zuzuordnen, und deshalb sollten Lehrer dafür die Nutzung einer Messenger-App vermeiden.

## SCHÜLERKOMMUNIKATION ÜBER MESSENGER-APP?

Über WhatsApp lassen sich schulische Angelegenheiten wie Rückmeldungen zu den Hausaufgaben, Erinnerungen an Klassenarbeiten nach langer Krankheit, Hinweise auf Lernstoff im Krankheitsfalle, auf Klassenfahrten zur Kontaktaufnahmen in dringenden Fällen bei Nichterscheinen am vereinbarten Treffpunkt usw. regeln.

**Ist die Kommunikation für rein schulische Angelegenheiten in den oben beschriebenen Fällen mit Zustimmung der Eltern erlaubt? Was ist zu beachten?**

Das Verbot der schulischen Kommunikation in sozialen Netzwerken kann auch nicht mit der Einverständniserklärung der Eltern unterlaufen werden. Stellen Sie sich vor, ein Lehrer möchte eine WhatsApp-Gruppe für schulische Belange gründen. Einige Schüler, die dem Netzwerk kritisch gegenüberstünden und es bisher noch nicht verwenden, müssen nun befürchten, Informationen zu verpassen. Der Druck, doch Mitglied bei WhatsApp zu werden, würde steigen. Eine solche Entwicklung darf von Schulen keinesfalls unterstützt werden.

Eine gute Alternative für schulische Kommunikation lässt sich auf der Lernplattform Moodle einrichten<sup>4</sup>. Hier ist eine Trennung zwischen dienstlichen und privaten Inhalten möglich und die Datensicherheit ist durch die Verwendung von landeseigenen Servern sichergestellt.

Die Fragen stellte Wilfried Rausch

<sup>1</sup> In anderen Schulbereichen gelten folgende §§: § 49 Abs. 4 GrundschulO, § 55 Abs. 3 SchulO BBS, § 91 Abs. 3 SchulO Sonderschulen.

<sup>2</sup> Einen Mustertext für die Einverständniserklärung findet sich unter: <http://medienkompetenz.bildung-rp.de/materialien/schulemedienrecht.html>

<sup>3</sup> Für weitere Information siehe: <http://medienkompetenz.bildung-rp.de/materialien/schulemedienrecht.html>

<sup>4</sup> Mehr Informationen gibt es hierfür unter: <http://lernenonline.bildung-rp.de/gehezu/startseite.html>

Ergänzender Literaturhinweis: Judith Hartig: Datenschutz an rheinland-pfälzischen Schulen. In: VRB-Handbuch für Lehrkräfte, Kap. 19.1, S. 1-39





**Rechtsanwältin Antonia Dufeu** ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz. Außerdem ist sie Co-Autorin der Handreichung „Schule.Medien.Recht.“ (Hrsg.: Ministerium für Bildung, Jugend und Kultur RLP). Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet sie als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.

### ► GESETZESÄNDERUNG

## Neue Regelung für Elternzeit von Beamten in Rheinland-Pfalz

**Änderungen der Urlaubsverordnung traten zum 1. April 2016 in Kraft. Davon betroffen sind die Regelungen zur Elternzeit. Für alle ab dem 1. Juli 2016 geborenen Kinder gibt es neue verbesserte Möglichkeiten für Anspruch und Zeiträume der Elternzeit. Für Kinder, die vorher geboren wurden, gelten die alten Regelungen.**

Der Anspruch auf Elternzeit soll nach der geänderten Urlaubsverordnung für einen Anteil von bis zu 24 Monaten zwischen dem dritten und dem vollendeten achten Lebensjahr des Kindes möglich sein. Bei mehreren Kindern besteht der Anspruch auf Elternzeit für jedes Kind, auch wenn sich die Zeiträume überschneiden. Lehrkräfte konnten bislang generell keine Elternzeit auf einen Zeitraum nach der Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes in Anspruch nehmen.

Eine Neuregelung gab es auch bezüglich des Zeitraums der Elternzeit. Die Elternzeit konnte bislang auf bis zu vier Zeitabschnitte verteilt werden. Die Neuregelung sieht vor, dass von jedem Elternteil drei Zeitabschnitte gewählt werden. Dabei gibt es verschiedene Kombinationsmöglichkeiten:

- Beide Elternteile bleiben zu Hause,
- ein Elternteil bleibt zu Hause, der andere arbeitet in Teilzeit,
- beide sind teilzeitbeschäftigt.

Die Mutterschutzfrist wird auf die mögliche Gesamtdauer (drei Jahre) bei der Mutter angerechnet.

Eine weitere Änderung liegt in den Antragsfristen für den Anspruch auf Elternzeit vor.

Für ab dem 1.7.2016 geborene Kinder gelten neue Fristen bezüglich des Antrags der Elternzeit: Für unter Dreijährige bleibt es bei sieben Wochen, für den Zeitraum zwischen dem dritten Geburtstag und dem vollendeten achten Lebensjahr des Kindes muss der Antrag spätestens dreizehn Wochen vor Beginn gestellt sein.

Im Anschluss an die Elternzeit kann bis zu zwölf Jahren eine Beurlaubung aus familiären Gründen genommen werden (§ 76

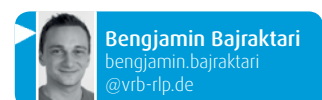


Von jedem Elternteil können drei Zeitabschnitte zur Gestaltung der Elternzeit kombiniert werden.

Foto: [www.fotolia.de](http://www.fotolia.de)

LBG). Elternzeit und Beurlaubung aus familiären Gründen dürfen, auch in Verbindung miteinander, die Dauer von insgesamt fünfzehn Jahren nicht überschreiten. Unterhäufige Teilzeit ist möglich, wird aber auf die Gesamtbeurlaubungszeit angerechnet.

Für Fragen steht Ihnen unser Referent für Mutterschutz/Elternzeit/Elterngeld und Beurlaubung gerne zur Verfügung:



**Benjamin Bajraktari**  
benjamin.bajraktari  
@vrb-rlp.de

► STUDIENSEMINAR IN MAINZ – AUSSENSTELLE OBERDIEBACH

## VRB begrüßt neuen Anwärterjahrgang

Anfang April stellte sich der VRB im Studienseminar Oberdiebach einem neuen Jahrgang der Anwärterinnen und Anwärter für das Lehramt an Realschulen plus vor. 62 junge Kolleginnen und Kollegen erhielten Informationen zu Ausbildung, Berufschancen und unserem Verband.



### Vortrag Verband Reale Bildung

Saskia Tittgen, Ansprechpartnerin des VRB für die Studienseminare, stellte den VRB als Lehrerverband vor, der sich beharrlich für gute Ausbildungsbedingungen und Einstellungsperspektiven einsetzt. Dabei erwähnte sie die Serviceleistungen des VRB (zum Beispiel Rechtsberatung, Rechtsschutz und Diensthauptpflicht sowie Schlüsselverlustversicherung), die auch neu eingetretene Lehramtsanwärterinnen und –anwärter als vollwertige VRB-Mitglieder zu einem reduzierten Beitragspreis in Anspruch nehmen können.

### Podiumsgespräch

Die Vertreter der drei Verbände und Gewerkschaften stellten sich den Fragen des stellvertretenden Seminarleiters des Studienseminars Mainz, Sascha Roschel, und der Anwärterinnen und Anwärter im Rahmen eines Podiumsgesprächs. Saskia Tittgen betonte, dass es trotz

der schwierigen Lage auf dem Lehrkräfte-Arbeitsmarkt Einstellungsmöglichkeiten für den gut ausgebildeten und motivierten pädagogischen Nachwuchs geben wird. So können Zusatzqualifikationen Chancen eröffnen und Flexibilität bei der Ortswahl die Einstellungschancen erhöhen. Der Beamtenstatus ist für den VRB nicht verhandelbar, denn dieser garantiert den Erhalt der pädagogischen Unabhängigkeit von Lehrerinnen und Lehrern und schützt diese gerade in politisch unsicheren Zeiten vor unzulässiger Einflussnahme.

### VRB zur Unterrichtsversorgung und zur Ausbildung

Saskia Tittgen bekräftigte die VRB-Forderung, dass eine Reduzierung der Vielzahl an Vertretungsverträgen zugunsten einer Erhöhung der Planstellen erfolgen müsse. Seminarabsolventen solle eine dauerhafte Einstellung auf eine Planstelle ermöglicht werden, so Tittgen weiter. Durch eine kontinuierliche Einstellung könnten schuleigene Vertretungsreserven geschaffen und somit für mehr Unterrichtskontinuität und Unterrichtsqualität gesorgt werden. Die Herabsetzung des eigenverantwortlichen Unterrichts in der Ausbildung sei dringend erforderlich, so Tittgen, denn hier spare die Landesregierung Lehrstellen zu Lasten einer qualifizierten Ausbildung ein. Überdies seien zusätzliche Anrechnungsstunden für schulische Ausbildungsleiter bzw. Mentoren notwendig, damit den Ausbildungserfordernissen Rechnung getragen werden kann. Saskia Tittgen plädierte in Oberdiebach auch für eine Erhöhung der Anwärterbezüge: Es könne nicht sein, dass junge Lehrkräfte in der Ausbildung von der Teilhabe an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt bleiben.

### Individuelle Gespräche

Die Anwärterinnen und Anwärter nutzten im Anschluss an die VRB-Vorstellung die Gelegenheit zu persönlichen Fragen an Saskia Tittgen, Katharina Bitz und Martin Radigk. In Ergänzung zu den Antworten und Verweisen auf die Informationsangebote des VRB, zum Beispiel die Homepage und die Druckschrift ‚Wegweiser‘ für Referendare, machten die VRB-Vertreter auch auf das Angebot der persönlichen Kontaktaufnahme mit den Beraterinnen und Beratern des Verbandes aufmerksam.

Vertreterinnen und Vertreter des VRB vor Ort: Saskia Tittgen, Katharina Bitz und Martin Radigk.



Fotos: Martin Radigk



Martin Radigk  
martin.radigk@vrb-rlp.de

## Pinnwand

### ► **LESEN FÜR DIE KATZ'** Lernschwache Kinder lesen Katzen im Tierheim vor



Foto: www.fotolia.de

Im Bremer Tierheim können Kinder künftig Katzen vorlesen. So sollen lernschwache Kinder gefördert und gestresste Katzen beruhigt werden, wie der Bremer Tierschutzverein mitteilte. Die Idee für die außergewöhnliche Lesestunde stammt aus den USA. Der Nutzen solcher Angebote ist nach Angaben des Tierschutzvereins wissenschaftlich belegt. Studien zufolge sollen Schüler, die sich als freiwillige Katzensvorleser engagieren, schneller und besser lesen lernen.

Hr/Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung 26. Februar 2016

### ► **NATURWISSENSCHAFTLICHE FÄCHER** Verwaltungsvorschrift „Sicherheit im Unterricht“ in Kraft getreten



Foto: www.fotolia.de

Die am 19. März in Kraft getretene Verwaltungsvorschrift ergänzt und ersetzt die bisherige Verwaltungsvorschrift „Durchführung des Chemikaliengesetzes, der Gefahrstoffverordnung und der Biostoffverordnung“. Aufgeführt sind Rechtsvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften und technische Regeln, die als Bestimmungen für den Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern, in den Bereichen Technik/ Arbeitslehre, in Hauswirtschaft sowie in Kunst und Musik Anwendung finden.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat die Vorgaben für den Unterricht in Schulen in der „Richtlinie zur Sicherheit im Unterricht“ (RISU) zusammengefasst. Neben dieser Richtlinie (ausgenommen ist der Anhang „Strahlenschutz“) ist noch die Gefahrenstoffliste „Stoffliste zur Regel, Unterricht in Schulen mit gefährlichen Stoffen (DGUV 113-019) zu beachten. Die „Richtlinie zur Sicherheit im Unterricht“ (RISU) wird jährlich aktualisiert und muss darum in der jeweils geltenden Fassung berücksichtigt werden.



**Hinweise:** Die VV „Sicherheit im Unterricht“ finden Sie auf unserer VRB-Homepage unter

[www.vrb-rlp.de/service/gesetze-verordnungen/](http://www.vrb-rlp.de/service/gesetze-verordnungen/)

Die aktuelle RiSU-Fassung kann heruntergeladen werden unter

[www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen\\_beschluesse/1994/1994\\_09\\_09-Sicherheit-im-Unterricht.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/1994/1994_09_09-Sicherheit-im-Unterricht.pdf)

Eine digitale Aufbereitung der Richtlinie finden Sie auf der Internetpräsenz der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) unter

[www.sichere-schule.de/](http://www.sichere-schule.de/)

Über den rheinland-pfälzischen Bildungsserver können darüber hinaus fortlaufend aktuelle Informationen und nützliche Unterstützungsmaterialien bezogen werden. Die dafür eingerichtete Sicherheitsseite finden Sie unter

<http://naturwissenschaften.bildung-rp.de/sicherheit.html>

Eich/Quelle: EPOS-Schreiben vom 18. April 2016

## Bezirk Neustadt

► PERSONALRÄTEFORTBILDUNG BEZIRK NEUSTADT

# Personalplanung und Dienstvereinbarung

Der Einladung zur Frühjahrstagung waren **69 Mitglieder örtlicher Personalräte** aus **37 Schulen** des Bezirks gefolgt. Geboten wurde ein vielfältiges Programm mit mehreren Referentinnen und Referenten.



Leitgedanke: Örtliche Personalräte sollten sich ihrer im Landespersonalvertretungsgesetz garantierten Rechte bewusst sein, um diese im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit zum Wohle der an der Dienststelle Beschäftigten wahrzunehmen.

Tatjana Kuhn erklärte die Details des vorläufigen Gliederungsplans und klärte Fragen zur Unterrichtsversorgung und Personalplanung sowie zum Bereich der Anrechnungstunden.

Michael Eich widmete sich dem Thema ‚Mehrarbeit‘. Er ging nach eingehender Begriffsklärung auf die Fragen der Teilnehmer ein und stellte Problemlösungsvorschläge aus der schulischen Praxis vor.



Saskia Tittgen referierte nach der Mittagspause über die ‚Organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen‘, die regelmäßig aktualisiert von der ADD veröffentlicht werden. Hierbei thematisierte sie insbesondere das Kapitel zum Umgang mit schwerbehinderten Lehrkräften.

Martin Radigk ging in seinem Vortrag zum Thema ‚Dienstvereinbarungen‘ auf die rechtlichen Grundlagen sowohl im Bundes- als auch im Landespersonalvertretungsgesetz ein und wies auf die Dienstvereinbarung als Möglichkeit der vorgezogenen Mitbestimmung des Personalrats bei ständig wiederkehrenden Fragestellungen vor.



Zur Umsetzung von Dienstvereinbarungen in der Praxis der Personalratsarbeit an Schulen stellte Horst Wittig Dienstvereinbarungen seiner Schule zum Thema ‚Vertretungsregelung und Mehrarbeit‘ vor. Die Teilnehmer interessierten sich sehr für die Vorteile von Dienstvereinbarungen in ihrer Praxis als örtliche Personalräte und fragten nach, ob die Möglichkeit gegeben sei, Musterdienstvereinbarungen an die eigene Personalratspraxis anzupassen.



Berichte aus HPR und BPR flossen in die Vorträge ein. Fragen der Teilnehmer wurden in Fragerunden und ergänzend im Nachgang zur Veranstaltung beantwortet.



**Martin Radigk**  
martin.radigk@vrb-rlp.de



**Wolfgang Wünschel**  
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de



► BEZIRKSVERBAND NEUSTADT: SASKIA TITGEN NEUE VORSITZENDE

## Reale Bildung verbindet

Der VRB-Bezirk Neustadt wählte am 27. April 2016, im Rahmen einer ordentlichen Bezirksversammlung in Mutterstadt, einen neuen Bezirksvorstand. Die 31-jährige Saskia Tittgen aus Bingen ist neue Bezirksvorsitzende und löst damit Michael Eich ab, der als neugewählter stellvertretender VRB-Landesvorsitzender nicht mehr kandidierte.



Der Zuspruch war groß. Die Aufbruchstimmung, die sich bereits auf der Hauptversammlung zeigte, war auch auf Bezirksebene zu spüren.

### Michael Eich zieht nach vier Jahren Amtszeit Bilanz

In seinem Bericht blickte Michael Eich auf die Bezirksarbeit von 2012 bis 2016 zurück. Er stellte wichtige Aufgabengebiete des Bezirks heraus und ging unter anderem auf den erfolgreichen Personalratswahlkampf und auf die Umbenennung des Verbandes ein. Eich betonte, dass der Bezirksverband zum Gelingen dieser Herausforderungen beigetragen habe, indem die Mitglieder auf Bezirks- und Regionalversammlungen Ideen austauschten und Anregungen für die Verbandsarbeit sammelten. Er hob darüber hinaus hervor, dass der VRB auf der letzten Bezirksversammlung mit Parteienvertretern diskutierte und so – mit Blick auf die Landtagswahlen – Flagge zeigen und gemeinsam für schul- und bildungspolitische Forderungen eintreten konnte.

Des Weiteren ging Michael Eich auf vielfältige Veranstaltungen ein, die zu den Kernaufgaben des Bezirksverbandes zählen: In den vier Studienseminaren, die dem Bezirk Neustadt zugeordnet sind, konnte sich der Verband stets gut präsentieren, sei es durch offene Gespräche mit den Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern, oder in Podiumsdiskussionen mit Vertretern anderer Verbände und Gewerkschaften. Die regelmäßig angebotenen Fortbildungsveranstaltungen für Personalräte stießen durchweg auf großen Zuspruch. Zu wechselnden Themen referierten externe Experten und VRB-Referenten. Besonderer Dank galt Martin Radigk für die kompetente Organisation. Eich lobte in diesem

Zusammenhang auch die gute bezirksübergreifende Zusammenarbeit, die für den VRB eine hohe Bedeutung habe.

Auf einer in Kooperation mit dem Philologenverband veranstalteten IGS-Tagung in der Integrierten Gesamtschule Deidesheim-Wachenheim vertraten Michael Eich und Regina Bollinger den Verband. Sie stellten Gesetzesnovellen vor und diskutierten mit interessierten Teilnehmern, die offen waren für einen regen Informations- und Gedankenaustausch.

### Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit des scheidenden Bezirksvorstands

Michael Eich dankte allen ausscheidenden Mitgliedern für ihren langjährigen Einsatz: Ulrike Wedekind (3. v.l.) und Tatjana Kuhn (2. v.l.) auf Bezirksebene, Gudrun Deck (2. v.r.) und Wolfgang Häring (4. v.r.) auf Landesebene. Besonders stellte er dabei das ehrenamtliche Engagement von Ulrike Wedekind heraus. Sie setzte sich in den letzten 30 Jahren auf unterschiedliche Art und





Weise für den Bezirk Neustadt und für die Umsetzung der Realen Bildung ein.

Die Würdigung des außergewöhnlichen Engagements Michael Eichs erfolgte durch den Landesvorsitzenden Timo Lichtenthäler. Er zeigte sich über die Bereitschaft aller ausscheidenden Mitglieder, den Bezirk auch weiterhin im Rahmen des erweiterten Vorstands zu unterstützen, sehr erfreut.



### Timo Lichtenthäler fordert eine Unterrichtsversorgung 100 %

Jegliche Form der Zusammenarbeit im Verband ist notwendig, um unsere Erwartungen gegenüber der Landesregierung, die Rahmenbedingungen

für die Arbeit an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen deutlich zu verbessern, mit Nachdruck vertreten zu können. Als eine der möglichen Verbesserungen forderte der neue Landesvorsitzende eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung mit einer Vertretungsreserve von mindestens 5 %. Lichtenthäler machte deutlich, dass es nicht ausreiche, eine volle Unterrichtsversorgung zu versprechen, wenn diese nicht durch eine schuleigene Vertretungsreserve realisierbar sei. Diese Forderung sei gerade jetzt, im Hinblick auf Inklusion und Migration, eine dringliche Notwendigkeit. Auch zeigte er auf, dass Inklusion nicht ohne die Kompetenzen der Förderschullehrkräfte gelingen kann, weshalb das Förderschullehramt sowie die Förderschulen weiterhin erhalten bleiben müssen. „Statt einer Schule für alle, ist die richtige Schule für jeden der richtige Weg“, so der Landesvorsitzende.

### Aufbruchstimmung: Neuer Bezirksvorstand

Als neue Bezirksvorsitzende wurde Saskia Tittgen aus Bingen einstimmig gewählt. Die 31-jährige Deutsch- und Biologielehrerin an der Realschule plus Kirn auf Halmen übernimmt damit das Amt von Michael Eich. Künftig werden ihr Martin Radigk (Richard-von Weizsäcker-Realschule plus Germersheim und Vorstandsmitglied im Bezirkspersonalrat Realschulen plus) und Katharina Bitz (Rochus-Realschule plus mit Fachoberschule Bingen) als stellvertretende Bezirksvorsitzende zur Seite stehen. Mit der Wahl von Christoph Schneider (IGS Ludwigshafen Edigheim) als Bezirksschatzmeister und Regina Bollinger (IGS Deidesheim und Mitglied des Bezirkspersonalrats Integrierte Gesamtschulen) als Bezirksschriftführerin wurde der Bezirksvorstand komplett.

Der neu gewählte Bezirksvorstand besteht somit aus neuen und erfahrenen Vorstandsmitgliedern sowie Lehrerinnen und Lehrern der Realschule plus und der Integrierten Gesamtschule, aus Rheinhessen und Pfälzern. Diese Vielfalt in der Vorstandschaft bietet weitreichende Möglichkeiten, sich konstruktiv und prag-



matisch in den verschiedenen Schulformen für die Reale Bildung einzusetzen.

### In Verband steckt Verbindung und Verbundenheit

Als neue Bezirksvorsitzende erläuterte Saskia Tittgen, wie sie den Slogan „Reale Bildung verbindet“ deutet. Darin versteckte sich unter anderem die Botschaft, dass aus einer bildungspolitischen Verbundenheit ein Interessensverband werden könne, der sich gemeinsam für Reale Bildung einsetzt. Sie sehe die Verbandsarbeit als gemeinschaftliche Aufgabe an, die man nur mit entsprechender Verbundenheit meistern könne. Daher sei es wichtig, dass sich viele Lehrerinnen und Lehrer mit der Realen Bildung und damit dem VRB verbunden fühlen. Sie erklärte weiterhin, dass Reale Bildung nach der Schulstrukturreform nicht mehr nur ein Merkmal einer bestimmten Schulart sei, sondern ein Anliegen aller Schulformen sein müsse. Reale Bildung sei zu einem verbindenden Element, nicht nur innerhalb des Verbands und zwischen den Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, sondern darüber hinaus auch zwischen den verschiedenen Schularten geworden.

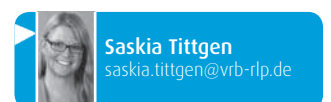
Saskia Tittgen dankte Michael Eich im Namen des neuen Bezirksvorstands für die Unterstützung und überreichte ihm ein selbstgezeichnetes Portrait.



Fotos: Wü



**Katharina Bitz**  
katharina.bitz@vrb-rlp.de



**Saskia Tittgen**  
saskia.tittgen@vrb-rlp.de

## Bezirk Koblenz

### ► PERSONALRÄTEFORTBILDUNG BEZIRK KOBLENZ

## Die Schulstatistik ist kein Hexenwerk

Die in der Schulstatistik erhobene Datenmenge im Frühjahr und Herbst wie auch die teilweise schwer lesbare Druckfassung der Tabellenblätter machen es den örtlichen Personalräten nicht gerade leicht, ihre durch das Landespersonalvertretungsrecht festgeschriebene Beteiligung bei der Personalplanung und Personalanforderung (§ 84 LPersVG) auszuüben. Häufig erschwert der Zeitdruck vor Abgabe der Statistik bei der Schulaufsicht die Durchdringung der Schulstatistik wie auch die Stellungnahme gegenüber der Schulleitung. Den Wunsch der örtlichen Personalräte nach einer Schulung, die die Schulstatistik ausführlich mit Praxisbezug behandelt, griff der Bezirksvorstand Koblenz in seiner Personalräteschulung im Frühjahr auf.

Mehr als 30 Vertreter örtlicher Personalräte aus dem Bezirk Koblenz nahmen an der Schulungsveranstaltung am 23. Februar 2016 in Waldesch teil. Diese wurde von Timo Lichtenthäler und Heinz-Jörg Dähler, beide Mitglieder des Hauptpersonalrats Realschulen plus, Bengjamen Bajraktari, Mitglied des Bezirkspersonalrats Realschulen plus, sowie Gerhard Hein, Nicole Weiß-Urbach und Wilfried Rausch, alle Mitglieder des Bezirksvorstands Koblenz, durchgeführt.

#### Praxisbezogene Erläuterungen hilfreich

Ausführlich thematisierte Timo Lichtenthäler die Inhalte der verschiedenen Tabellenblätter der Gliederungspläne. Im Einzelnen stellte er Poolstunden, Ansparstunden und Anrechnungstatbestände insbesondere in der Ganztagschule und in den Schwerpunktschulen dar. Auf Fragen der örtlichen Personalräte ging er praxisbezogen ein. Er betonte dabei die Bedeutung des Erörterungsrechts der örtlichen Personalräte für die Personalentwicklung an den Schulen. Gerade bei Abordnungen und Versetzungen müsse sich der örtliche Personalrat Gehör verschaffen können.

Bengjamen Bajraktari referierte über die allgemeine Lehrerversorgung mit Blick auf die Frühjahrsstatistik 2016. Welche Konsequenzen sich aus den unterschiedlichen Schülerentwicklungen ergeben können, illustrierte er an einigen Fallbeispielen. Dabei ging er besonders auf die Versetzungs- und Abordnungssituationen ein und verdeutlichte die Personalisierungsdynamik auch am Beispiel der fachbedarfsgerechten Einstellung. Er ermutigte die Personalräte, Vereinbarungen mit der Schulleitung nicht nur in Personalangelegenheiten über das Instrument einer Dienstvereinbarung dienstrechtlich zu verankern.

#### Beratungstipps für die Wechselprüfung II

Gerhard Hein gab einen kurzen Überblick über Gestaltung und Ablauf der Wechselprüfung II und konnte viele offene Fragen klären. Darüber hinaus gab er den örtlichen Personalräten hilfreiche Tipps für die Beratung der Kolleginnen und Kollegen an ihren Schulen, die sich für die Wechselprüfung II gemeldet haben bzw. sich noch melden möchten.

#### Initiativen schaffen Lösungen

Wilfried Rausch stellte dar, in welchem Rahmen Personalräte an ihrer Schule Initiativen entwickeln können und somit sich aktiv





an der Gestaltung ihres Arbeitsplatzes beteiligen können. An ausgewählten Praxisbeispielen zum Unterrichtseinsatz entwickelten die Teilnehmer mithilfe des LPersVG Lösungsstrategien. Er ermunterte die Teilnehmer, das vom LPersVG den Personalräten an die Hand gegebene Initiativrecht zu nutzen und zeigte Anwendungsmöglichkeiten.

Heinz-Jörg Dähler und Bengjamin Bajraktari gingen am Ende der Veranstaltung auf die vielen individuellen Fragen der Teilnehmer ein. Sie wiesen auf die Rechtslage hin und gaben konkrete Hinweise für eine für alle gewinnbringende Personalratsarbeit. Der Rechtsrahmen schaffe dabei lediglich die notwendigen Voraussetzungen.



Fotos: Wilfried Rausch



## „Nutzung und Nutzen von Evidenz zur Schul- und Unterrichtsentwicklung“

Transfertagung am 20. Juli 2016  
11.30–17.00 Uhr • Universität Mainz

- Vorträge, Info-Stände und Podiumsdiskussion (u. a. mit dem stv. VRB-Landesvorsitzenden Heinz-Jörg Dähler)
- Infos: [www.stebis.de/news/veranstaltungshinweis-zu-transfertagung.html](http://www.stebis.de/news/veranstaltungshinweis-zu-transfertagung.html)



## VRB-Fortbildung für Personalräte

Die nächsten Termine in den Bezirken:

- 16. November 2016: Koblenz und Trier
- 22. November 2016: Neustadt



► **BEZIRKSVERBAND KOBLENZ: BENJAMIN BAJRAKTARI NEUER VORSITZENDER**

## Aufbruchstimmung für Reale Bildung

**Der VRB-Bezirk Koblenz wählte am 3. Mai 2016 im Rahmen einer außerordentlichen Bezirksversammlung in Waldesch einen neuen Bezirksvorstand. Der 30-jährige Bengjamin Bajraktari aus Herschbach ist neuer Bezirksvorsitzender und löst damit Timo Lichtenthäler ab, der als neugewählter VRB-Landesvorsitzender nicht mehr kandidierte.**

Der Generationenwechsel, welcher bereits auf Landesebene stattgefunden hat, setzt sich nun durch Neuwahlen auch in den Bezirken Neustadt, Koblenz und Trier fort.

Timo Lichtenthäler blickt positiv auf die Vorstandsarbeit in Koblenz zurück und spricht auch in Funktion als neuer Landesvorsitzender zu den Mitgliedern. In seinem Tätigkeitsbericht sprach Timo Lichtenthäler in Doppelfunktion zu den zahlreich erschienenen Verbandsmitgliedern, denn zu diesem Zeitpunkt erfüllte er neben den Aufgaben des Bezirksvorsitzenden auch die des neuen Landesvorsitzenden. Somit durften in seinem Bericht kurze programmatische Ausführungen auf Landesebene nicht fehlen.

Zunächst blickte Timo Lichtenthäler aufgrund der Neukonstellation des Landesvorstandes auf eine verkürzte, aber nicht weniger intensive Legislaturperiode von drei Jahren Vorstandsarbeit zurück. Hierbei traf sich der Bezirksvorstand zu insgesamt 17 Vorstandssitzungen. Bei der Durchführung der jährlichen Bezirksversammlungen lud man immer wieder externe Referentinnen und Referenten zu spezifischen Themenfeldern ein. Als Beispiele nannte Lichtenthäler den Vortrag von Diane Röttig (Unfallkasse Rheinland-Pfalz) zum Themenfeld „Gesundheitsmanagement macht Schule“ sowie die hochkarätig besetzte bildungspolitische Podiumsdiskussion vor den Landtagswahlen.

Weiterhin hob Lichtenthäler den kontinuierlichen Austausch mit den Schulaufsichtsbeamten des Referats 35 sowie der Seminarleitung und den Fachleitungen des Staatlichen Studienseminars in Koblenz hervor, mit denen man sich zu regelmäßigen Sitzungen traf. In den vergangenen drei Jahren führte man zudem fünf Personalräteschulungen mit Koblenzer Beteiligung durch, drei davon in Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband Trier.

Timo Lichtenthäler stellte in seiner Bilanz auch die öffentliche Beratungstätigkeit des Bezirksverbandes heraus. So besuchte man die Lehramtsstudentinnen und -studenten der Universität Koblenz-Landau sowie die Anwärtinnen und Anwärter des Studienseminars Koblenz und der Teildienststelle Oberdiebach jeweils vor Ort. Außerdem zeigte Lichtenthäler



*Das Team: Bezirksvorsitzender Bengjamin Bajraktari (Mitte), stellvertretende Bezirksvorsitzende Gerhard Hein (2.v.re.) und Marion Bellinger (2.v.li.), Bezirksschriftführerin Joanna Boehlke (re.), Bezirksschatzmeisterin Nicole Weiß-Urbach (li.)*

sich stolz darüber, dass man von Seiten des Bezirksverbandes einen Stand auf der diesjährigen Didacta in Köln stellen konnte.

Besonders würdigte Lichtenthäler neben dem Engagement und der stets vertrauensvollen Zusammenarbeit seines Teams auch die Leistungen von Margit Lenarz, die die Pensionärs- und Delegiertentreffen organisierte und somit den persönlichen und kulturellen Austausch der Verbandsarbeit sicherstellte.

### **Gute Schulen brauchen gute Bedingungen – sowohl personell als auch sächlich und räumlich**

Als neuer Landesvorsitzender setzte Lichtenthäler in seiner Ansprache bereits einige programmatische Schwerpunkte. Dabei bezog er sich stets auf die „Marschroute“ des bereits in der Entwurffassung vorliegenden Koalitionsvertrags von SPD, FDP und Grünen. So verdeutlichte er, dass die Ampelkoalition ein durchlässiges und leistungsfähiges Schulsystem, die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung und die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen unterstützen wolle. Einen besonderen Stellenwert würde dabei die Realschule plus erfahren, die von der künftigen Landesregierung als tragende Säule des rheinland-pfälzischen Bildungssystems geschätzt werden soll. Lichtenthäler machte



deutlich, dass man von Seiten des Verbands erwartet, dass die Landesregierung auf die Kommunen einwirkt, die für die sachliche Ausstattung der Schulen Verantwortung trägt. Den Koalitionsanspruch einer 100-prozentigen Unterrichtsversorgung tat Lichtenthäler als „alten Hut“ ab, denn „Statistik und realer Personalbedarf klaffen seit Jahren auseinander“. So forderte der neue Landesvorsitzende „eine Unterrichtsversorgung von 100 plus 5 % als Voraussetzung für eine personelle Handlungsfähigkeit der Schulen“.

Lichtenthäler untermauerte diese Forderung unter anderem mit den gestiegenen Anforderungen an die Kolleginnen und Kollegen aufgrund der zunehmenden Heterogenität in den Klassen und die gelegentlich fehlende elterliche Erziehung, die das Konfliktpotenzial in den Klassen erhöht hat. „Unser Verband hält je 100 Schüler einen Schulsozialarbeiter für bedarfsgerecht und des Weiteren ist der schulpsychologische Dienst auszubauen und die Übergreifende Schulordnung mit Blick auf wirksame Ordnungsmaßnahmen zu konkretisieren“. Timo Lichtenthäler sandte in seiner Rede als neuer Landesvorsitzender ein deutliches Signal an die künftige Landesregierung, die Parteien und Schulträger.

#### Verabschiedung des alten Bezirksvorstands und Neuwahlen

Timo Lichtenthäler bedankte sich zum Ende seiner Ansprache bei seinem gesamten Team im Bezirk Koblenz für die vergangenen Jahre. Sein Dank richtete sich dabei an die beiden Stellvertreter Heinz-Jörg

Dähler und Marion Bellinger sowie an die Schatzmeisterin Nicole Weiß-Urbach und den Schriftführer Gerhard Hein. Weiterhin dankte er den Mitgliedern des erweiterten Bezirksvorstandes für Ihre Unterstützung, hierunter Wilfried Rausch, Margit Lenarz, Bengjamin Bajraktari, Sabrina Beuler, Saskia Tittgen, Eva Wilhelmus, Joanna Boehle und Christian Theisen.

Neben Lichtenthäler selbst trat auch Heinz-Jörg Dähler nicht wieder zur Wahl an, da beide sich ab sofort voll auf die Arbeit im Landesvorstand konzentrieren wollen.

Margit Lenarz, die einstimmig zur Wahlleiterin bestimmt wurde, bereitete gemeinsam mit Marion Bellinger dem scheidenden Bezirksvorstand einen stimmungsvollen und humoristischen Abschied.

Im Anschluss wählten die anwesenden Mitglieder den neuen Bezirksvorstand. Zum Bezirksvorsitzenden wählten sie einstimmig den 30-jährigen Chemie- und Sportlehrer Bengjamin Bajraktari, der an der Realschule plus in Neustadt/Wied unterrichtet und Mitglied im Bezirkspersonalrat der Realschulen plus ist. Gerhard Hein (Ernst-Barlach Realschule plus Höhr-Grenzhausen mit FOS) und Marion Bellinger (Realschule plus Mülheim-Kärlich) werden künftig als stellvertretende Bezirksvorsitzende die Arbeit von Bengjamin Bajraktari unterstützen. Joanna Boehle (Robert-Kosch-Schule Linz am Rhein) hat das Amt der Bezirksschriftführerin übernommen, Nicole Weiß-Urbach (Clemens-Brentano Realschule plus Koblenz) wurde als Bezirksschatzmeisterin im Amt bestätigt.

Der neu gewählte Bezirksvorstand setzt sich aus Lehrerinnen und Lehrern zusammen, die allesamt langjährige Erfahrung mit der Vorstandsarbeit im Bezirksverband Koblenz haben. Kontinuität und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sind somit für die kommende Legislaturperiode gesichert.

#### Antrittsrede des neuen Bezirksvorsitzenden Bengjamin Bajraktari: Imagekampagne für die Reale Bildung gefordert

Bengjamin Bajraktari erklärte in seiner Antrittsrede, dass Reale Bildung unverzichtbar ist, weil sie sich an den Bedürfnissen des Einzelnen und der Gesellschaft orientiert.

Der Fachkräftemangel einerseits und die inflationäre Akademisierung andererseits seien bedenkliche Entwicklungen. Diesem Negativtrend könnte eine verstärkte Berufs- und Studienorientierung in Form einer Imagekampagne entgegenwirken. Attraktive



Laufbahnen außerhalb der gymnasialen Bildung müssen dabei dringend in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden. „Die Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen bieten aufgrund ihres breitgefächerten Bildungsangebotes vielfältige Perspektiven sowohl für die Duale Ausbildung als auch für ein späteres Studium“, so Bajraktari. Der neue Bezirksvorsitzende sieht die Realschule plus als Schulform, „die in der breiten Öffentlichkeit und in der Wirtschaft ein positives Bild vermittelt“. Benjamin Bajraktari bedankte sich anschließend bei seinem

Vorgänger Timo Lichtenthäler und dessen Stellvertreter Heinz-Jörg Dähler, an deren Seite er bereits mehrere Jahre aktiv mitwirken und mitgestalten durfte.

Text und Fotos:



## Bezirk Trier

### ► PERSONALRÄTEFORTBILDUNG BEZIRK TRIER

# Schwerpunkte: Personalversammlung und Gliederungsplan

**Zahlreiche Personalräte nahmen Mitte Februar an der Fortbildungsveranstaltung des Bezirks Trier in Mertesdorf teil. Als Gastreferent war der leitende Regierungsschuldirektor Sigurd Hein von der ADD Trier eingeladen. Seine Ausführungen bildeten den Schwerpunkt dieser Fortbildung.**

Zu Beginn begrüßte der Bezirksvorsitzende Erwin Schneider die Teilnehmer und berichtete über die aktuelle Personalsituation und Neuigkeiten aus dem Bezirkspersonalrat. Aufmerksamkeit fanden seine Ausführungen zur Personalversammlung.

Eine Präsentation von Wolfgang Seebach zum neuen Landesgleichstellungsgesetz vom 22. Dezember 2015 weckte das Interesse der Personalräte und regte zu zahlreichen vertiefenden Nachfragen an.

Nach der Mittagspause erläuterte Sigurd Hein umfassend die „Feinheiten“ des vorläufigen Gliederungsplans. An konkreten Beispielen zeigte er die Wichtigkeit einer ordentlichen Bedarfsplanung und die frühzeitige Beteiligung der Personalräte an den Schulen auf. Insbesondere auf Neuerungen bei der Bedarfsanforderung für Deutsch-Förderkurse wies der Schulaufsichtsbeamte hin.

Zum Schluss gab Sigurd Hein noch einen Ausblick auf die Einstellungssituation und die Gestaltung befristeter Angestelltenverträge. Er machte Hoffnung, dass zahlreiche befristete Verträge verlängert werden könnten.

Zahlreiche Beiträge und Nachfragen der Kursteilnehmer zeigten auf, dass zu manchen Themenbereichen weiterer Schulungsbedarf besteht. Diesem Bedürfnis wird sich der VRB regelmäßig annehmen.



Fotos: Holger Schwab



► BEZIRKSVERBAND TRIER: CHRISTOPH KRIER NEUER VORSITZENDER

## Kompetent in eigener Sache

Auf seiner Bezirksversammlung wählte der Bezirk Trier am 10. Mai 2016 einen neuen Bezirksvorstand. Neuer Bezirksvorsitzender ist Christoph Krier. Der 33-jährige Deutsch- und Sozialkundelehrer löst Erwin Schneider ab, der als stellvertretender Landesvorsitzender nicht mehr kandidierte. Er hatte den Generationenwechsel bereits vor vier Jahren im Bezirk Trier eingeleitet. Die Mitglieder des Bezirks Trier stützten diese Entwicklung mit großem Zuspruch.



Der neue Bezirksvorstand (v.l. n.r.): Holger Schwab, Anna Becker, Christoph Krier, Katharina Becker und Erwin Schneider

### Erwin Schneider zieht sein Resümee

Zu Beginn bat Erwin Schneider um einen Moment der Stille, um den verstorbenen Mitgliedern des Bezirks Trier zu gedenken. In seiner anschließenden Rede verwies er auf das hohe Maß an Engagement, das der Bezirksvorstand Trier im Bezirk aufgebracht hatte. Es wurden konstruktive Gespräche mit Mitgliedern, Vertretern der Schulaufsicht, Abgeordneten des Mainzer Landtags und Vertretern der Kammern geführt, um die Realschulen plus und die Integrierten Gesamtschulen im Bezirk Trier zu stärken. Er betonte, dass durch einen gelungenen Personalratswahlkampf des VRB drei Bezirksvorstandsmitglieder in die Stufenvertretung einzogen: Erwin Schneider in den Bezirkspersonalrat und Katharina Becker sowie Christoph Krier in den Hauptpersonalrat.

In der endenden Wahlperiode waren pro Ausbildungszeitraum zwei regelmäßige Besuche der Lehramtsanwärtergruppen des Studienseminars für das Lehramt an Realschulen plus Trier gesetzt, um den neuen Kolleginnen und Kollegen sowohl zu Beginn

als auch gegen Ende ihrer Ausbildung beratend zur Seite zu stehen. Eine erfolgreiche und gewinnbringende Bezirksversammlung fand vor den Landtagswahlen statt. Die bildungspolitischen Sprecher von SPD, CDU und FDP stellten sich den Fragen der Mitglieder und gingen mit ihnen in eine lebendige Diskussion. Abschließend hielt Erwin Schneider fest, dass der Zug des VRB im Bezirk Trier mit voller Kraft weiterfahre, und das mit hohem Engagement – jedoch mit einem neuen Zugführer sowie jungem und erfahrenem Zugpersonal.

### Timo Lichtenthäler fordert die Stärkung der Realschulen plus

Der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler forderte eine spürbare Verbesserung der Personalsituation an den Schulen. Es sei nicht damit getan, eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung zu versprechen. Diese Zusage der Landesregierung müsse durch die Einrichtung einer Vertretungsreserve im Schulalltag auch umgesetzt werden. Schließlich stünden in Rheinland-Pfalz ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung, die auf eine Übernahme in den Schuldienst warten.

### Generationenwechsel: Der neue Bezirksvorstand

Mit hohem Zuspruch wurde Christoph Krier in das Amt des Bezirksvorsitzenden gewählt. Der 33-jährige Deutsch- und Sozialkundelehrer von der Nelson Mandela Realschule plus Trier übernimmt das Amt von Erwin Schneider. Katharina Becker (Nelson Mandela Realschule plus Trier) und Anna Becker (Realschule plus Trier-Ehrang) werden als Stellvertreterinnen den Bezirksvorsitzenden in seiner Arbeit unterstützen. Das Amt des Bezirksschriftführers hat Erwin Schneider übernommen, und als Bezirksschatzmeister wurde Holger Schwab (Friedrich-Spee-Realschule plus Neumagen-Dhron) bestätigt.

Der neu aufgestellte Bezirksvorstand besteht aus erfahrenen Vorstandsmitgliedern und Kolleginnen und Kollegen, die das Arbeiten an Realschulen plus kennen. Dies wird es ihnen ermöglichen, sich konstruktiv und konsequent für die Schulform einzusetzen.



### Gemeinsam mit starker Stimme die Realschule plus stärken

In seiner Antrittsrede betonte der neue Bezirksvorsitzende Christoph Krier, dass die Realschulen plus eine Stärkung in der rheinland-pfälzischen Bildungslandschaft erfahren müssen, da sie eine tragende Säule im Bildungssystem sind. Die Reale Bildung gewinnt für die Schülerinnen und Schüler enorm an Bedeutung, da sie „kompetent in eigener Sache“ macht. Aus eben diesem Grund sei es wichtiger denn je, die Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen mit ihren breit aufgestellten Konzepten der Berufs- und Studienorientierung zur Fachkräftesicherung eine Aufwertung erfahren zu lassen. Dies habe auch die künftige Landesregierung erkannt und in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten. „Und ich verspreche Ihnen, wir nehmen die Landesregierung beim Wort, denn wir sind real zukunftsorientiert!“, versicherte der neue Vorsitzende.

Er erklärte weiterhin, dass der VRB nur durch die Unterstützung seiner Mitglieder mit einer starken Stimme sprechen könne. Er baue auf die Verbundenheit und den Zusammenhalt der Verbandsmitglieder, um „an der einen oder anderen Stellschraube in der Schullandschaft“ zu drehen und nachbessern zu können.

Der neue Bezirksvorsitzende bedankte sich bei den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Peter Quint und Hanns Peters und würdigte deren Engagement: „Ihr habt den Verband im Bezirk mit aufgebaut, mitgestaltet und stets unterstützt. Vielen herzlichen Dank!“.

### Tablets und Apps im Unterricht

An die Neuwahlen schloss sich eine Information zum Thema „Tablets und Apps im Unterricht“ an. Christoph Krier und Holger Schwab präsentierten den Kolleginnen und Kollegen exemplarisch, wie sich Tablets, Smartphones und Apps sinnvoll im eigenen Unterricht einsetzen lassen. Hierzu zeigten sie u. a.

am Einsatz des PowerDirector (App für Android) oder iMovie (Apple-App), wie man im Wahlpflichtfach-, Physik- und Deutschunterricht Erklär- und Kurzfilme drehen lassen kann.

Wie sich eine Fahrt nach Metz in Form eines Comics mit dem iPad dokumentieren lässt, veranschaulichte Holger Schwab anhand von Schülerergebnissen. Im Anschluss an den theoretischen Input durften sich die Mitglieder in der praktischen Umsetzung üben und an den von Holger Schwab aus dem Medienzentrum Wittlich bereitgestellten iPads ausprobieren.



Fotos: Holger Schwab

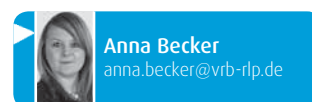




Foto: www.fotolia.de

## Bezirk Koblenz

### 90. Geburtstag

Helmut Rohrbach 26. Mai

### 83. Geburtstag

Herbert Simons 13. April

### 82. Geburtstag

Herbert Flögel 28. April

### 80. Geburtstag

Wolfgang Schaefer 24. April  
Volker Christ 23. Juni

### 79. Geburtstag

Hannelore Mannheim 16. April  
Rudolf Lamerz 28. April  
Hubert Heinrichs 13. Mai

### 78. Geburtstag

Günter Jung 26. Mai  
Lothar Bellinger 26. Mai

### 77. Geburtstag

Paul Groß 29. Juni

### 76. Geburtstag

Horst Neumeyer 02. April  
Helmut Schlabach 12. Mai

### 75. Geburtstag

Brigitte Burth 01. April  
Horst Gerber 16. April  
Marlene Breil 22. April

### 74. Geburtstag

Gerda Job 27. April  
Christa Machurig 11. Mai

### 73. Geburtstag

Rüdiger Kosinski 02. April  
Wolfgang Weidenbach 03. Mai

### 72. Geburtstag

Georg Begerow 06. Mai  
Henning Freude 07. Mai  
Jutta Grabkowsky 16. Mai  
Christa Lameli 31. Mai  
Rosemarie Bachmann 31. Mai

### 70. Geburtstag

Wolfgang Harbig 13. Mai  
Peter Dick 13. Juni

## Bezirk Neustadt

### 92. Geburtstag

Helmut Schnell 9. Juni

### 89. Geburtstag

Joachim Diery 14. April

### 85. Geburtstag

Erwin Forster 12. Juni

### 84. Geburtstag

Richard Scherer 5. April

Helmut Schwahn 28. Juni

### 83. Geburtstag

Helmar Stoppelkamm 18. Mai

### 81. Geburtstag

Karl Gerd Scheidt 19. April

Günther Ableiter 8. Mai

Bernhard Geppert 12. Juni

### 80. Geburtstag

Ignaz Hampel 1. Mai

### 79. Geburtstag

Alfred Lützel 2. Juni

### 78. Geburtstag

Gerhard Kaufmann 17. Mai

### 77. Geburtstag

Mechthild Töpfer 1. April

Brigitte Minarech 10. April

Walter Döring 16. Mai

Siegrun Wipfler-Pohl 19. Juni

### 76. Geburtstag

Ingrid König 15. Juni

### 75. Geburtstag

Horst Jurczyk 12. April

Klaus Müller 30. Mai

Gerlinde Krauß 11. Juni

### 74. Geburtstag

Hilmar Geiss 15. Mai

Helga Bröhmer 6. Juni

### 73. Geburtstag

Jürgen Schmidt 1. April

Bärbel Müller 6. April

Hilmar-Bruno Ginap 9. Juni

Hans-Jürgen

Willenbacher 30. Juni

### 72. Geburtstag

Dieter Gruber 4. Mai

Birgitta Mercker 2. Juni

### 71. Geburtstag

Ernst Geiger 25. April

Ludwig Geminn 12. Mai

### 70. Geburtstag

Heinz-Richard Funck 21. April

Walter Mainer 25. April

Wolfgang Häring 25. April

Christel Kremb 30. Mai

## Bezirk Trier

### 89. Geburtstag

Günther Faber 03. April

### 77. Geburtstag

Hartmut Guckert 10. April

Josef Braun 12. April

Dieter Westhäusler 16. April

### 75. Geburtstag

Rainer Graupner 19. Juni

### 74. Geburtstag

Michael Horbach 06. Juni

### 73. Geburtstag

Birgitt Maczuck 13. April

### 72. Geburtstag

Hans-Peter Leinen 27. Juni

### 70. Geburtstag

Götz Krieger 13. April

---

**Haben wir jemanden vergessen?  
Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind  
dankbar für Ihren Hinweis.**

► VRB-HANDBUCH

## Neuaufgabe steht an – 56. Ergänzung vor der Auslieferung

**Das VRB-Handbuch erfährt eine Neuaufgabe auf dem Stand der 56. Ergänzung, die vor der Auslieferung steht.**

Aktualisiert werden das Inhaltsverzeichnis (1.1), die Adressen „Schulbuchverlage“ (1.15), der Beitrag „Nebentätigkeit“ (8.20).

Neu aufgenommen bzw. neu bearbeitet werden folgende Beiträge:

- In der Neufassung des Beitrags „Der Mutterschutz für Lehrerinnen, Elternzeit und Elterngeld“ (4.40) erläutert Hanns Peters die rechtlichen Informationsgrundlagen von der Schwangerschaft bis zur Elternzeit. Aktuell: Für Geburten ab dem 1. Juli 2015 gilt das ElterngeldPlus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit. Damit ist es für Mütter und Väter nun einfacher, Elterngeldbezug und Teilzeitarbeit miteinander zu kombinieren.
- Das Beamtenstatusgesetz hat für die Landesbeamtengesetze eine Vorbildfunktion entfaltet, die Möglichkeiten, Beamtinnen und Beamte abzuordnen oder zu versetzen auszuweiten. Vor diesem

Hintergrund wird der Beitrag „Versetzung und Abordnung von Lehrkräften“ (4.65) von Gerhard Peifer von Grund auf neu bearbeitet.

- Am 25.6.2015 ist das Neunte Landesgesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften in Kraft getreten, in dem u. a. die Altersgrenzen für eine Versetzung in den Ruhestand neu geregelt wurden. Rainer Gierlich hat den Beitrag „Ausscheiden aus dem Dienst – Möglichkeiten für verbeamtete Lehrkräfte“ (5.13) entsprechend aktualisiert.
- In der Bearbeitung des Beitrags „Steuerfragen: Aktuelle Informationen“ (5.40.2) beschreibt Hartmut Ross interessante Neuerungen auf den Ebenen „Gesetzesgebung“, „Verwaltung“ und „Rechtsprechung“ (z. B. Aufwendungen Dienstjubiläum).
- Viele Lehrkräfte üben Nebentätigkeiten aus (z. B. Nachhilfeunterricht, Lehrtätigkeit an Volkshochschulen, Übungsleiter in Sportvereinen). Für



*Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 29 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.*

**VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.**



Einnahmen aus solchen Nebentätigkeiten gibt es unter bestimmten Voraussetzungen erhebliche Steuervergünstigungen. Sie stehen im Mittelpunkt der Neubearbeitung des Beitrages „Steuerfragen: Nebenberufliche Tätigkeiten“ von Hartmut Ross. (5.40.5)

- ▶ Wir setzen die schulrelevante Kommentierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG) fort. In der zweiten Teillieferung (§§ 76–78) führt Klaus Lotz das Kapitel „Beteiligung des Personalrates – Mitwirkung und Mitbestimmung (§§ 73–83)“ (11.5.2) weiter aus. Der Beitrag wird wegen seines Umfangs auf mehrere Ergänzungen verteilt. Die

§§ 79ff. werden ab ErgLfg. 57 eingebracht.

- ▶ „Das berufliche Gymnasium“ (14.10.7) wird in besonderer Weise dem Grundsatz der vertikalen Durchlässigkeit im Bildungssystem gerecht. In der Neufassung seines Beitrags beschreibt Georg Jooß die Profile der Bildungsgänge und die organisatorische Grundstruktur.



▶ **IMPULSMATERIAL FÜR SCHULKLASSEN**

## DADA 100: Hannah Höch in der Kunsthalle

Zum 100. Geburtstag der DADA-Bewegung widmet die Kunsthalle Mannheim der Avantgardistin Hannah Höch eine Retrospektive mit über 150 Werken. Sie gilt als eine der bedeutendsten deutschen Künstlerinnen der klassischen Moderne und als „Revolutionärin der Kunst“. Sie wurde bekannt durch ihre Fotocollagen und machte diese salonfähig.



Gudrun Deck (re) im Austausch mit Dr. Dorothee Höfert

Foto: Wü

Im Rahmen einer „Teachers’ Night“ zur Ausstellung wurde interessierten Lehrkräften didaktisch aufbereitetes Material mit Vorschlägen zu Themenführungen für Schulklassen zur Verfügung gestellt.

Gudrun Deck nutzte im Austausch mit Koordinatorin Dr. Dorothee Höfert die Gelegenheit, für VRB-Mitglieder eine exklusive Führung abzusprechen.

Sie fand am 9. Juni statt. Wir berichten darüber im nächsten Heft.

Die aktuelle Hannah Höch Sonderausstellung wird bis zum 14. August 2016 gezeigt.

Wü


 KlarText!

## Realschule plus stärken - von bildungspolitischen Dogmen befreien

Vera Reiß ist nicht mehr Bildungsministerin. Wir bedauern ihren Rückzug aus der Landesregierung. Wir konnten uns auf ihr Wort verlassen, dass sie gerade die Realschule plus als aufstiegsorientierte und attraktive Alternative zum Gymnasium stärken wollte. „Ich stehe zur Realschule plus“, betonte Vera Reiß auf unserer diesjährigen Hauptversammlung in Ingelheim. Sie sagte es als Ministerin und bahnte damit ihrer Nachfolgerin den Weg.

Gilt dieses Wort nach ihrem Abgang noch? Gelten auch die diesbezüglichen Zusagen noch, die Ministerin Reiß zuletzt in Ingelheim bekräftigt hat? „Die Realschule plus ist eine aufstiegsorientierte Schulart. Wir werden sie weiter unterstützen, auch durch Weiterentwicklung in den Fachrichtungen, auch durch Ressourcen.“ Betrachtet man den Koalitionsvertrag, dann besteht zunächst wenig Anlass zum Zweifel, denn die „Stärkung der Realschule plus“ ist hier explizit aufgeführt und damit nach unserem Verständnis eine politische Verpflichtung: „Die Realschule plus ist eine tragende Säule unseres durchlässigen Bildungssystems und der erfolgreichen Fachkräftesicherung. Wir wollen die Schulart Realschule plus stärken und im Rahmen einer breit angelegten Informationskampagne die mit dem Besuch der Realschule plus verbundenen Bildungs- und Aufstiegschancen im Land noch bekannter machen“ (KOALITIONSVERTRAG, Seite 16).

Koalitionsverträgen ist zu eigen, dass die dort getroffenen Aussagen wenig konkret sind. Es wird also darauf ankommen, welche Prioritäten die neue Landesregierung und die sie tragenden Parteien im Regierungsalltag setzen. Und das wird wiederum davon abhängen, wie sie folgende Unwägbarkeiten klärt: Wie ernst meint es die SPD damit, dass sie die Realschule plus als attraktive Alternative zum Gymnasium stärken will? Gelingt es BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich nach ihren empfindlichen Wahleinbußen von überkommenen bildungspolitischen Dogmen („Eine Schule für alle“; „Inklusion ohne Ressourcenvorbehalt“) zu befreien? Hat die FDP die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen, oder verfällt sie wieder in alte Reflexe (Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst als symbolpolitischer Selbstzweck)? Und zuletzt: Wie weit fühlt sich unsere neue Bildungsministerin, Dr. Stefanie Hubig (SPD), der bildungspolitischen Agenda ihrer Vorgängerinnen verpflichtet?

**KlarText:** Die Realschule plus ist eine leistungsstarke Alternative zum Gymnasium, wenn man uns denn lässt. Voraussetzung ist, dass man die großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen auf alle Schularten verteilt und dass die im Koalitionsvertrag angekündigte „Stärkung der Realschule plus“ sich spürbar in zusätzlichen Ressourcenzuweisungen und in Entlastungen niederschlägt.



# Beitrittserklärung

**Verband Reale Bildung**  
**Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz**  
**Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach**  
**Unterstraße 19**  
**56814 Faid**

**Tel.: 0 26 71 / 85 49**  
**Fax: 0 32 12/9 65 73 31**  
**E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de**

.....

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

.....

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

.....

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe  A .....  TV-L .....

Ich bin vollbeschäftigt  Ich bin teilzeitbeschäftigt mit ..... Wochenstunden  Ich bin Mitglied im ÖPR

Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar .....

Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ..... ist bereits Mitglied im Verband.

**Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.**  
 Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin (Quartal) erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert werden.

.....

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

.....

(sofern bekannt) IBAN BIC

.....

Ort Datum Unterschrift

## Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Die Beiträge orientieren sich an der Besoldung des Eingangsamtes. Der Monatsbeitrag wird auf 0,55 % vom Bruttobetrag festgesetzt, mindestens aber vom Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 erhoben.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		18,50
A 15		17,50
A 14		15,-
A 13		14,-
A 12	oder darunter	13,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
TV-L	Vollbeschäftigung	12,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	10,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	9,-
Pensionäre		7,-
Lehramtsanwärter		3,-



- Lehrkräfte mit einem Deputat**
- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
  - von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.
- Mitglieder in Alterszeit**
- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
  - nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbeitrag.
- Beurlaubte, Pensionäre**  
zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.
- Ehegatten, Lebenspartner**  
Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.
- Lehramtsanwärter**  
zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.
- Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.**





... noch 148.713 Mails  
checken. Wer weiß,  
was mir dann noch  
passiert...!

# Impressionen

Hauptversammlung 2016



Wir wollen  
Timo!!!

Timo! Timo!!



Vorbildlich!



Wann Vera wohl  
merkt, dass ich ihre  
Karteikarten  
vertauscht habe...?



Mensch,  
ist das super!

Ich krieg' 'nen  
Krampf ... Immer  
nur lächeln ...!

